



CHINA 1.0

CHINA 2.0

CHINA 3.0

Herausgegeben von
Mark Leonard

Mit einer neuen Einleitung für
die deutsche Ausgabe und einem
Nachwort von François Godement
und Jonas Parello-Plesner



ÜBER ECFR

Der **European Council on Foreign Relations** (ECFR) wurde im Oktober 2007 als erster pan-europäischer Think Tank gegründet. Sein Ziel ist die Erforschung und Verbreitung relevanter Informationen, um eine fundierte Debatte über eine kohärente, effektive und wertorientierte europäische Außenpolitik anzuregen.

Die Strategie des ECFR umfasst drei zentrale Elemente:

- **Ein pan-europäischer Rat.** Der ECFR verfügt über einen erlesenen Council mit über 170 Mitgliedern – Politiker, Entscheidungsträger, Gelehrte und Unternehmer aus den EU-Mitgliedstaaten sowie den EU-Kandidatenstaaten – die einmal im Jahr zu einem Ratsstreffen zusammenkommen. Durch geografische und thematische Arbeitsgruppen arbeiten die Mitglieder eng mit den Mitarbeitern des ECFR zusammen und stehen ihnen mit Feedback, Ideen und Ratschlägen zur Seite. Vorsitzende des Rates sind Carl Bildt, Emma Bonino und Mabel von Oranje.
- **Direkt vor Ort in den wichtigsten Mitgliedsstaaten.** ECFR ist als einziger Think Tank in Berlin, London, Madrid, Paris, Rom, Sofia und Warschau vertreten. In naher Zukunft plant ECFR auch die Eröffnung eines Büros in Brüssel. Unsere Büros sind Orte der Forschung, der Debatte, der Interessensvertretung und der Kommunikation.
- **Einzige Forschung und Politikanalysen.** ECFR hat es geschafft, ein Team von ausgezeichneten Wissenschaftlern und Entscheidungsträgern aus ganz Europa zusammenzustellen, um seine Ziele durch innovative Projekte mit einem paneuropäischen Fokus voranzutreiben. Die Aktivitäten des ECFR umfassen Primärforschung, Veröffentlichung von Policy Reports, private Gesprächsrunden und öffentliche Debatten sowie Zusammenkünfte der „Friends of ECFR“ in EU-Hauptstädten und Pressearbeit.

ECFR wird vom Netzwerk der Soros Stiftungen, der spanischen Stiftung FRIDE (La Fundación para las Relaciones Internacionales y el Diálogo Exterior), der bulgarischen Communitas Stiftung, der italienischen UniCredit-Gruppe, der Stiftung Mercator und Steven Heinz unterstützt. ECFR arbeitet mit anderen Organisationen zusammen, vergibt aber keine Stipendien an Einzelpersonen oder Institutionen.

DAS CHINA-PROGRAMM DES ECFR

Ziel des China-Programms des ECFR ist die Entwicklung einer intelligenteren europäischen Strategie gegenüber China. Hierzu werden Informationen über China bereitgestellt und das Bewusstsein über das wachsende Machtgleichgewicht zwischen China und Europa sowie die fehlende Prioritätensetzung, Konsistenz und Koordination in der europäischen Chinapolitik aufgezeigt.

Der Bericht **A Power Audit of EU-China relations** (April 2009) gilt als Standardwerk für die europäische Chinapolitik. ECFR hat zu dieser Thematik zudem mehrere Kurzberichte veröffentlicht: *A Global China Policy* (Juni 2010), *The Scramble for Europe* (April 2011), *China and Germany: Why the emerging special relationship matters for Europe* (Mai 2012), die *Essays China at the Crossroads* (April 2012) und *Xi Jinping's China* (Juli 2013) sowie *Policy Briefs* zu den Themen *Divided Asia: The implications for Europe* (November 2013), *China on Asia's Mind* (September 2014) und *The European interest in an investment treaty with China* (Februar 2015).

In Zusammenarbeit mit dem Asia Centre gibt ECFR zudem die China Analysis heraus, in denen vierteljährlich eine Analyse chinesischer Quellen mit dem Ziel erfolgt, europäischen Lesern einen Überblick über die relevanten in China geführten Debatten zu ermöglichen.



**EUROPEAN
COUNCIL
ON FOREIGN
RELATIONS**
ecfr.eu

CHINA 3.0

**Herausgegeben von
Mark Leonard**

*Die deutsche Ausgabe wurde durch Finanzierung
der Stiftung Mercator ermöglicht.*

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG



**FUNDAÇÃO
CALOUSTE
GULBENKIAN**

Robert Bosch Stiftung

**STIFTUNG
MERCATOR**

*Der European Council on Foreign Relations hat keinen
gemeinsamen Standpunkt. Wie alle ECFR Veröffent-
lichungen, gibt diese Veröffentlichung ausschließlich die
persönliche Meinung der Autoren wieder.*

Das Urheberrecht liegt beim European Council on Foreign Relations.
Das Kopieren und Weiterverbreiten dieses Inhaltes ist nur zu persönlichen, nicht-kommerziellen Zwecken gestattet.

© ECFR November 2012 (deutsche Version: März 2015)

Übersetzung: Dr. Dorothea Jestädt

ISBN: 978-1-910118-29-0

Veröffentlicht durch den European Council on Foreign Relations (ECFR)
35 Old Queen Street, London, SW1H 9JA, United Kingdom

london@ecfr.eu

Inhaltsverzeichnis

VORWORT ZUR DEUTSCHEN AUSGABE VON CHINA 3.0	11
EINLEITUNG	29
Mark Leonard	30
Was denkt das neue China?	
MODELLE	53
1. Cui Zhiyuan	54
Das Experiment von Chongqing: Wegweisend für China?	
2. Xiao Bin	62
Das Modell von Guangdong im Übergang	
WIRTSCHAFT	71
3. Yu Yongding	72
Restrukturierung mit Hilfe von Wachstum	
4. Justin Yifu Lin	80
Chinas Potenzial für nachhaltiges, dynamisches Wachstum	
5. Zhang Weiyang	90
Von Privilegien zu Rechten	
6. Wang Shaoguang	98
Chinesischer Sozialismus 3.0	
7. Hu Shuli	106
China: Auf Kurs bleiben	
POLITIK	113
8. Sun Liping	114
Das Modell von Wukan und Chinas demokratisches Potenzial	
9. Ma Jun	122
Rechenschaftspflicht ohne Wahlen	
10 Pan Wei und Shang Ying	131
Ein neuer Ansatz zur Bewahrung der Stabilität	
11. Wang Hui	139
Politische Unterdrückung und das Wiederaufleben des Neoliberalismus in China	
12. Michael Anti	147
Das Chinanetz und intelligente Zensur	
AUSSENPOLITIK	153
13. Wang Yizhou	154
„Gestalterisches Engagement“: Ein neuer Ansatz der chinesischen Außenpolitik	
14. Yan Xuetong	162
Die Schwächung der unipolaren Struktur	
15. Wang Jisi	170
Chinas düsteres internationales Umfeld	
NACHWORT	177
François Godement und Jonas Parello-Plesner	178
Welche Bedeutung hat China 3.0 für Europa?	
Über die Autoren	189

Danksagung

Das Anliegen dieses Buches ist es, über Spekulationen hinsichtlich der vierteljährlichen Wachstumsraten und Auf- bzw. Abstiege in der Parteihierarchie hinauszukommen. Stattdessen sollen die großen Debatten beleuchtet werden, die in Chinas intellektueller, politischer und ökonomischer Elite über die Zukunft des chinesischen Wachstumsmodells, des politischen Systems und der Außenpolitik stattfinden. Anstatt Schlussfolgerungen über den künftigen Weg Chinas anzustellen, wollen wir versuchen, den Lesern einige der prägnantesten Stimmen aus den verschiedenen Lagern vorzustellen, deren Vorstellungen die Zukunft Chinas prägen könnten – das Spektrum reicht von links nach rechts, von neokonservativ bis liberal, und von Falken hin zu Internationalisten.

Dieses Buch ist Teil eines größeren Projekts mit dem Titel „Was denkt das neue China und welche Bedeutung hat das für Europa?“ Das Programm ist das Ergebnis einer erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen dem China-Programm des ECFR und vier Partnern: der Robert Bosch Stiftung, der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Stiftung Calouste Gulbenkian und der Stiftung Mercator, die nicht nur die Herstellung dieses Bandes, sondern das China-Programm des ECFR bereits seit Jahren maßgeblich unterstützt haben. Jede dieser Organisationen hat einen wichtigen Anteil am Erfolg dieses Projekts gehabt, der über ihren finanziellen Beitrag hinausgeht.

Die Robert Bosch Stiftung hat uns die Nutzung ihrer Plattform auf Sina Weibo ermöglicht, um für dieses Projekt einen größeren Teilnehmerkreis innerhalb Chinas zu erreichen und Dr. Ingrid Hamm und Professor Joachim Rogall haben ein Abendessen zur Diskussion

dieser Themen in Peking ausgerichtet. Oliver Radtke und Nan Haifen haben großartige Arbeit geleistet, das Projekt voranzutreiben und neue Zielgruppen in China zu erschließen.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung war bei der Organisation zweier Studienreisen nach Peking, Shanghai und Guangzhou ein unschätzbarer Partner. Sven Schwersensky hat ein unvergessliches Abendessen mit der Internationalen Abteilung des ZK der KP ausgerichtet und Catrina Schläger hat zusammen mit den Shanghai Institutes for International Studies eine Veranstaltung zu globalen Fragen organisiert. Jürgen Stetten und Rolf Pasch haben die Idee des Projekts sofort verstanden und dieses mit großer Freude unterstützt.

Die Stiftung Calouste Gulbenkian hat nicht nur das Projekt unterstützt, sondern auch Teresa Patricio Gouveia ermöglicht, an einer Reise teilzunehmen. Zu guter Letzt schulden wir der Stiftung Mercator großen Dank. Andre Wilkens und Marc Bermann haben das Potenzial dieses Projekts schnell erkannt und konnten zusammen mit Sebastian Heilmann und Michael Kahn-Ackermann an der Studienreise nach Peking und Shanghai teilnehmen. Noch wichtiger war die von Mercator gewährte Unterstützung für das Programm an sich, die, unter anderem, dazu geführt hat, dass ECFR zusammen mit dem Asia Centre vierteljährlich die China Analysis veröffentlicht, durch die europäische Entscheidungsträger einen Eindruck von den in China geführten Debatten erhalten. Nicht zuletzt wurde die vorliegende deutsche Version von China 3.0 durch die Unterstützung der Stiftung Mercator ermöglicht.

Viele ECFR Council-Mitglieder haben an unserer Studienreise zum Thema „Was denkt das neue China?“ teilgenommen. Mein Dank geht an unsere herausragenden intellektuellen und sozialen Gefährten: Lluís Bassets, Daniel Daianu, Hans Eichel, Lykke Friis, Carlos Gaspar, Teresa Patricio Gouveia, Sylvie Kauffmann, Andrzej Olechowski, Ana Palacio, Aleksander Smolar und Andre Wilkens. Durch ihre Kommentare in China und die Berichte nach ihrer Rückkehr haben sie unser Denken stark bereichert und dazu beigetragen, dass wir Menschen und Institutionen, die ich schon lange kenne, in einem anderen Licht sehen.

Ich möchte zudem all den chinesischen Intellektuellen danken, die unser Denken während unserer Forschungsreisen in den Jahren 2011 und 2012 in Peking, Shanghai, Chongqing und Guangdong bereichert haben: Michael Anti, Cao Haili, Cui Zhiyuan, Fang Ning, Guo Weiqing, He Gaochao, He Weifang, Hu Angang, Hu Shuli, Huang Renwei, Jin Canrong, Kaiser Kuo, Lai Hairong, Liu Kaiming, Li Yongning, Ning Er, Pan Wei, Shen Dingli, Shi Yinhong, Su Wei, Qin Yaqing, Wang Hui, Wang Jisi, Wang Shaoguang, Wang Xiaodong, Wang Yizhou, Xiao Bin, Xu Mingqui, Yan Xuetong, Yu Keping, Yu Yongding, Yuan Weishi, Zhang Feng, Zhang Weiyong, Zhang Xiaotong und Zhu Jiangang.

Während dieser Reisen kam ich auch in den Genuss des umfangreichen Wissenseiniger der kenntnisreichsten westlichen Analysten Chinas aus dem journalistischen und diplomatischen Bereich – allen voran Jamil Anderlini, Jonathan Ansfield, Sylvie Bermann, Chris Buckley, Markus Ederer, Gady Epstein, Kathrin Hille, James Miles, Friis Arne Petersen, Norbert Riedel und Sebastian Wood.

Mein Dank gilt zudem François Godement, Jonas Parello-Plesner und Andrew Small für ihre Anmerkungen zur Einleitung.

Meine „Komplizin“ beim Arrangieren, Sezieren und Übersetzen dieser Texte war Chan Yang, eine bemerkenswerte talentierte junge chinesische Forscherin an der Sciences Po, die nach ihrem Praktikum bei ECFR und beim Asia Centre für mich als studentische Hilfskraft gearbeitet und eine Schlüsselrolle bei der Erstellung vieler Produkte gespielt hat, inklusive einer bemerkenswerten Ausgabe der China Analysis, die sich mit den Modellen von Guangdong und Chongqing befasst. Viele der in diesem Band abgedruckten Essays sind ihr Verdienst, von denen sie einige komplettierte und für die sie die biographischen und kontextbezogenen Einleitungen verfasste. Zu Beginn des Projektes hatte ich zudem das Glück von dem Praktikanten Zhang Hui unterstützt zu werden, der die chinesischen Quellen hervorragend übersetzt und zusammengefasst hat. Nishat Ali kam später als Praktikant hinzu und unterstützte uns hervorragend, vor allem bei der Vorbereitung der Reise im September.

Ich arbeite mit einigen außergewöhnlichen Kollegen zusammen, denen ich für ihren Beitrag zu diesem Projekt danken möchte. Ich fühle mich geehrt, mit François Godement zusammenzuarbeiten, der das China-Programm des ECFR leitet. Sein umfangreiches Wissen und seine intellektuelle Neugierde machen ihn zu einem der besten China-Analysten weltweit, von denen es nur sehr wenige gleichwertige, aber keinen besseren gibt. Ich habe viel von seiner Gelehrsamkeit profitiert und fühle mich geehrt, mit ihm in diesem Projekt und bei vielen anderen zusammengearbeitet zu haben. Jonas Parello-Plesner, der vor einigen Jahren unser China-Programm bereicherte, hat den Trick raus, bei all den innovativen Entwicklungen in China auf dem Laufenden zu bleiben – von der Art und Weise, wie die Partei auf das Internet reagiert bis zur Frage, wie China mit seinen Pflichten als Großmacht zurechtkommt. Er hat eine entscheidende Rolle dabei gespielt, die anfängliche Unterstützung für dieses Projekt zu gewinnen, es zu jedem Zeitpunkt zu planen und dank seiner außerordentlichen diplomatischen Fähigkeiten am Laufen zu halten. Das China-Programm des ECFR hat von der Unterstützung einiger außergewöhnlicher junger Forscher als Programm-Koordinatoren profitiert.

Die Vorbereitungen für dieses Projekt wurden von Alice Richard übernommen, die damals noch beim ECFR arbeitete und von deren einzigartiger Kombination aus intellektueller Feuerkraft und Organisationsgabe wir profitieren konnten. Ich hatte Sorge, dass es unmöglich sein würde, sie zu ersetzen, aber wir hatten das große Glück, Thomas König zu finden, der die eigentliche Kraft hinter diesem Projekt war und mit überdurchschnittlichem Einsatz dafür gearbeitet hat. Ohne sein profundes Wissen über China, sein organisatorisches Talent und seine Stachanowsche Arbeitsethik wäre dieses Projekt nicht denkbar gewesen.

Bei ECFR hat uns Dick Oosting durch seine unendliche Weisheit, seine Geduld und Entschiedenheit gut durch das Projekt geführt, während Jennie Bradley unsere Bewegungen mit militärischer Präzision überwacht und mir unglaubliche organisatorische und moralische Unterstützung in diesen sehr arbeitsreichen Monaten geleistet hat. Ich möchte zudem Hans Kundnani danken, der der perfekte Redakteur und Sparringspartner für diesen Band war, und der die Auswahl

der Stücke, die Planung des Sammelbandes sowie die Kürzung und sprachliche Glättung der chinesischen Texte übernommen hat, der aus Gesprächsnotizen Artikel verfasst, mir bei der Strukturierung meiner Einleitung geholfen und uns allgemein auf Linie gehalten hat.

Im Rahmen der Veröffentlichung dieser deutschen Ausgabe gilt mein Dank Dr. Dorothea Jestädt für die Übersetzung und Agatha Kratz für die Mitarbeit und Hilfe am neuen Vorwort. Außerdem danke ich Felix Mengel, Rachel Tausendfreund und Jonathan Korntheuer für die Kommentierung und das Lektorat, sowie Anja Fengler für Typografie und Buchgestaltung.

Vorwort zur deutschen Ausgabe von China 3.0

Die chinesische Stadt Wenzhou beschloss im Dezember 2014, Weihnachten zu verbieten.¹ Die eine Million Christen, die in dieser prosperierenden Stadt in der südöstlichen Provinz Zhejiang wohnt, dürfte wohl kaum die Vorhut für einen Kulturkrieg gegen den Westen bilden; vor allem deswegen nicht, weil Wenzhou in den letzten dreißig Jahren als Vorreiter für privates Unternehmertum und Verwestlichung galt. In den 1980er Jahren wurde das „Wenzhou-Modell“, bestehend aus familiengeführten Unternehmen, von vielen nachgeahmt. In den 1990er Jahren galt die Stadt als Aushängeschild für den Sozialismus chinesischer Prägung. Anfang dieses Jahrhunderts wurden die Handelskammern in Wenzhou als Vorläufer einer „Zivilgesellschaft“ nach westlicher Prägung gefeiert.² Und als Wenzhou im Jahr 2011 von einer Kreditkrise heimgesucht wurde, funktionierte man die Stadt zu einem Labor für die Liberalisierung des Finanzsektors um. Doch im Dezember 2014 wurde Wenzhou aus einem anderen Grund zum Gegenstand der Berichterstattung: Die Stadtverwaltung hatte Schulen und Universitäten das Abhalten von Weihnachtsfeiern aus dem Grund verboten, dass Weihnachten ein westlicher Feiertag ist. Steht Wenzhou damit sinnbildlich für größere Veränderungen in China?

Der staatliche Angriff auf ein „westliches Konzept“, das in China keinen Platz habe, ist Teil einer größer angelegten nationalistischen

1 Vgl. Yuen Yeuk-laam: Wenzhou bans Christmas in schools, in: *Global Times*, 25. Dezember 2014, abrufbar unter: <http://www.globaltimes.cn/content/898554.shtml>.

2 Vgl. Joseph Fewsmith: Chambers of Commerce in Wenzhou Show Potential and Limits of 'Civil Society' in China, in: *China Leadership Monitor*, Nr. 16, Herbst 2015, abrufbar unter: http://media.hoover.org/sites/default/files/documents/clm16_jf.pdf.

Kehtwendung Chinas unter Xi Jinping.³ Der chinesische Staatsmann, der seine Amtszeit mit der Verkündung eines „chinesischen Traums“ begonnen hat, vollzieht derzeit einen Wandel von einem China 2.0, das sich durch Verständigung mit dem Westen auszeichnete hin zu einer kulturellen sowie politischen Emanzipation seines Landes. Er symbolisiert eine neue Denkweise nach der China seine eigene Ordnung gestalten soll – die alle Bereiche von der Verwaltung einer Wirtschaft bis hin zur Zukunft der chinesischen Diplomatie betrifft.

Aus diesem Grund ist Wenzhou ein sehr gutes Beispiel für den seit 2012 erfolgten Sprung. Als die englische Fassung dieses Buches erschien, waren wir in Erwartung von China 3.0 – das gleichwohl in Wenzhou bereits gelebt wurde. Xi Jinpings rasanter Aufstieg an die Macht beendete die Ära von Deng Xiaoping abrupter und endgültiger als wir dies bei Erscheinen der englischen Ausgabe des Sammelbandes Ende 2012 prophezeit hatten. In diesem Vorwort zur deutschen Ausgabe sollen die bedeutendsten Ereignisse in China seit der Machtübernahme von Xi Jinping reflektiert werden. Diese Entwicklungen werden durch das Prisma intellektueller Debatten zwischen chinesischen Gelehrten und Intellektuellen innerhalb des Landes betrachtet. Das Vorwort greift das Narrativ aus der Einleitung von 2012 auf und ergänzt dieses um einige Ereignisse und Debatten seit Erscheinen der englischen Fassung.

Wirtschaft

Während einige Regionen Chinas für ihre Produkte bekannt sind, sind in Wenzhou Unternehmer das bekannteste Produkt. Und für sie war die Ära von Xi Jinping bislang oft ein zweifelhaftes Vergnügen.

Nach einem Jahrzehnt bescheidener Reformen durch Hu und Wen hat Xi Jinping mit der Neujustierung der chinesischen Wirtschaft begonnen. Das Schlagwort bei Wirtschaftsanalysten ist „die neue

3 Vgl. für eine hervorragende Beschreibung von Xi Jinpings Regierungsstils die Studie von François Godement: China unter Staatspräsident Xi Jinping, ECFR, Juli 2013, abrufbar unter: http://www.ecfr.eu/page/-/China_unter_Xi.pdf.

Normalität“, für die beispielhaft Lis Entscheidung vom März 2015 steht, das Wachstumsziel bei „rund 7 Prozent“ festzulegen.⁴

Laut dem einflussreichen Ökonom Yu Yongding ist diese Situation durch drei Elemente charakterisiert: das Ende hoher Wachstumsraten (er prophezeit langfristiges Wachstum um die sieben Prozent); der Verzicht auf den Einsatz expansionistischer Fiskal- und Geldpolitik zur Ankurbelung von Wachstum (abgesehen von begrenzten und „zielgerichteten“ Lockerungsmaßnahmen); sowie eine Zunahme marktorientierter Reformen.⁵ Yu Yongding, der in seinem Beitrag in diesem Band für eine Neujustierung plädiert, sieht darin den besten Weg, um eine wirtschaftliche Katastrophe bestehend aus dauerhaften Überkapazitäten, saturierten Exportmärkten und aufkommenden Gemeinschaftsschulden abzuwenden. Es bereitet ihm jedoch Sorgen, dass das Tempo der Neujustierung seit 2014 zurückgegangen ist.

Ob jedoch die „neue Normalität“ von „rund“ – und wahrscheinlich eher weniger als 7 Prozent Wachstum – das Ergebnis verminderter staatlicher Intervention oder vielmehr ein verstärkter Fokus auf Neujustierung ist, d.h. dem Ende der proaktiven Ankurbelung der chinesischen Wirtschaft durch öffentliche Maßnahmen, bleibt abzuwarten und wird sich entscheidend auf das Verständnis Chinas in den nächsten fünf Jahren auswirken. Diese „neue Normalität“ könnte auch einfach nur das Resultat von Marktkräften sein, die das Ende der Ära zweistelliger Wachstumsraten signalisieren, die für Chinas Wirtschaft entweder eine weiche oder eine harte Landung zur Folge haben werden.

Wie auch immer diese Frage beantwortet wird, „Neujustierung“ ist und bleibt eines der Hauptziele für Wirtschaftsanalysten und für China. Nach einem ‚verlorenen Jahrzehnt‘ unter Hu und Wen, in

4 Tania Branigan: China lowers growth target to 7% as it fights 'deep-seated' economic problems in: *The Guardian*, 8. März 2015, abrufbar unter: Tania Branigan: China lowers growth target to 7% as it fights 'deep-seated' economic problems in: *The Guardian*, 8. März 2015, abrufbar unter: <http://www.theguardian.com/world/2015/mar/05/wrapup-2-china-lowers-annual-growth-target-pledges-more-reform-0>.

5 Vgl.: Yu Yongding: What is 'New Normal' of China's Economy?, in: *China US Focus*, 6. Januar 2015, abrufbar unter: <http://www.chinausfocus.com/finance-economy/what-is-new-normal-of-chinas-economy/>.

denen das jährlich Wachstum zwar bei knapp 10 Prozent lag, aber das Ungleichgewicht zunahm und Reformen nur zögerlich angegangen wurden, waren sich die Autoren des Sammelbandes bereits zum Zeitpunkt der Erst-Veröffentlichung 2012 einig, dass es Bedarf für wirtschaftliche Umstrukturierung gab. Allerdings wurde intensiv darüber debattiert, welche Rolle der Staat und welche Rolle der Markt in diesem Prozess einnehmen sollten. Diese Debatte wird noch immer geführt.

Wang Shaoguang, der Autor von *Sozialismus 3.0*, war im Jahr 2012 davon überzeugt, dass Chinas „Wohlstandskrise“ nur mit einem erneuten Fokus auf soziale Fürsorge, verbessertem Zugang zu öffentlichen Gütern und verbesserter menschlicher Sicherheit angegangen werden kann. Heute ist er der Ansicht, dass China auf einem guten Weg ist, die von Deng Xiaoping ausgelöste Wohlstandskrise zu beenden. Seiner Meinung nach hat China große Fortschritte im Bereich des sozialen Schutzes gemacht. „Einerseits ist die Ungleichheit nicht schlimmer geworden, andererseits wurde ein günstiges Umfeld für die Verringerung der menschlichen Unsicherheit geschaffen.“⁶ Wang ist der Ansicht, dass Chinas Wirtschaft nicht nur mehr marktwirtschaftliche Reformen benötigt, sondern sich auch soziale Ziele setzen muss – Wachstum kann dabei nicht mehr das einzige Ziel sein. Dieser Schritt Richtung soziale Neujustierung wird an den Zielen des Dritten Plenums deutlich sichtbar. Während des Plenums prägte Li Keqiang den Spruch von einem „effizienteren, gerechteren und nachhaltigeren“ China.

Am anderen Ende des Spektrums setzen sich Ökonomen der Neuen Rechten wie Zhang Weiyang und Hu Shuli immer noch dafür ein, staatliche Interventionen zu verringern und wirtschaftliche Rechte auszubauen. In seinem Beitrag für diesen Band argumentiert Zhang Weiyang, dass Chinas Wirtschaft „noch immer auf Privilegien statt auf Rechten“ basiert. Diese Ansicht vertrat er auch 2014 als er argumentierte, dass der Markt nicht nur für Wachstum, sondern auch für die Stärkung der Rechte der Menschen benötigt werde – und zwar vor allem für die wirtschaftlichen Rechte. In einigen

⁶ Wang Shaoguang: *Toward Shared Prosperity: China's New Leap Forward in Social Protection*, *Economic and Political Studies*, Band 2, Heft 1, Januar 2014, S. 161-196.

seiner jüngst erschienenen Meinungsartikel vertrat er die Ansicht, dass wirtschaftliche Aktivitäten vor allem eine gerechte, verfassungsgemäße und unparteiische Regierung bräuchten. Der Schlüssel für die Schaffung einer neuen Wachstumsdividende für China liege in der Stärkung der Unternehmer, nicht in staatlicher Intervention. Hu Shuli schließt sich der Forderung Zhangs nach der Bedeutung der Herrschaft des Rechts sowie nach einem gesunden rechtlichen Umfeld zur Förderung einer prosperierenden Wirtschaft an. Hu Shuli hat zudem unzählige Meinungsartikel verfasst, in denen er die vertiefte und schnelle Liberalisierung der fiskalischen, öffentlichen, finanziellen und ländlichen Sektoren forderte.

Doch die Art und Weise, wie Xi Jinping die Wirtschaft neu ausrichtet, ist genauso wichtig wie die Inhalte der Neuausrichtung selbst. Der einflussreiche Ökonom Hu Angang, der Mitte der 1990er Jahre mit einer Reihe von gemeinsam mit Wang Shaoguang verfassten Berichten bekannt wurde, in denen er für eine Stärkung der Zentralregierung plädierte, hat ein Rahmenwerk entwickelt, dessen Forderung, dass „zwei Hände besser sind als eine“⁷ als Essenz des Ansatzes von Xi Jinping interpretiert werden kann. Nach Professor Hu ist die unsichtbare Hand des Marktes bei der Zuweisung von Mitteln am effizientesten, doch muss sie durch die sichtbare Hand des Staates ergänzt werden, um Marktineffizienzen zu durchbrechen. „Wo der Markt versagt, muss die Regierung eingreifen, und zwar um Makro-Stabilität durch Makrokontrolle zu gewährleisten, eine aktive Beschäftigungspolitik zum Wohlergehen der Menschen zu fördern und um die Bereitstellung grundlegender öffentlicher Dienstleistungen auszugleichen, damit geographisch bedingte Entwicklungsdisparitäten begrenzt werden. Doch der Staat darf nicht exzessiv intervenieren und es muss verhindert werden, dass er sich an wirtschaftlichen Gewinnen bereichert.“ Diese beiden Hände müssen koordiniert werden.

Die Betonung von staatlicher Intervention und öffentlichem Sektor in Xis Wirtschaftsprogramm – staatseigene Betriebe sollen reformiert, aber nicht abgeschafft werden und der öffentliche Sektor

⁷ Hu Angang: Two hands is better than one, in: *Aisixiang*, 23. Juni 2014, abrufbar unter: <http://www.aisixiang.com/data/75682.html>.

eine „dominante Rolle“ in der Wirtschaft erhalten⁸ - ist sicherlich eine Quelle der Frustration für Zhang Weiyang und Hu Shuli sowie ihresgleichen. Es ist auch auffällig, dass einige von Xi Jinpings und Li Keqiangs radikalsten Reformen – wie die Freihandelszone in Shanghai und die gewaltsame Einführung des Anti-Monopolgesetzes (AMG) dadurch charakterisiert sind, dass sie selektiv ausgewählt und umgesetzt wurden, zumeist zugunsten einheimischer Akteure. So hat Hu Shuli den ehrgeizigen Reformplan der Regierung in Gestalt der 60 Entscheidungen des Dritten Plenums freudig begrüßt, die nationalistische Kehrtwendung im Fall der AMG-Ermittlungen jedoch sehr offen kritisiert. Auf gewisse Weise hat Xi Jinping die Agenda der neuen Rechten gekapert – Wirtschaftsreformen, die Rolle des Marktes und Rechtsstaatlichkeit – aber er nutzt sie zur Verfolgung einer gelenkten Wirtschaftsagenda.

Politik

Das Weihnachtsverbot in Wenzhou ist Teil eines härteren Vorgehens gegen Kulte und symbolisch für die Einschränkung des politischen Raums unter Xi Jinping. Angesichts des langsameren Wirtschaftswachstums hat er versucht, die Legitimität der Partei durch populistische Kampagnen gegen Korruption, durch eine Verschärfung der Vorgaben hinsichtlich der öffentlichen Meinungsäußerung und eine Re-Politisierung der Partei anstatt durch eine liberale Reformagenda wiederherzustellen. Auch wenn er am tiefen Sturz von Bo Xilai Mitschuld hat, scheint es, als habe er einige Techniken des in Ungnade gefallenen ehemaligen Chefs von Chongqing übernommen. In Bezug auf die Führung der Kommunistischen Partei und die Kontrolle der Machtstrukturen hat Xi Jinping Deng Xiaoping schnell in den Schatten gestellt, dem permanent die Hände durch innerparteiliche Gegner gebunden waren.⁹ Die meisten China-Analysten sind sich daher einig, dass Xi Jinping inzwischen der mächtigste Führer seit Mao ist.

8 N. Salidjanova und I. Koch-Weser: Third plenum economic reform proposals: A scorecard, in: *U.S.-China Economic and Security Review Commission Staff Research Backgrounder*, 19. November 2013, abrufbar unter: http://origin.www.uscc.gov/sites/default/files/Research/Backgrounder_Third%20Plenum%20Economic%20Reform%20Proposals--A%20Scorecard%20%282%29.pdf.

9 Vgl. François Godement: China unter Staatspräsident Xi Jinping, abrufbar unter: http://www.ecfr.eu/page/-/China_unter_Xi.pdf.

Anti-Monopolgesetz (AMG)

Das AMG wurde am 30. August 2007 verabschiedet und trat am 1 August 2008 in Kraft. Drei Aufsichtsbehörden sind damit befasst, verschiedene Aspekte des Gesetzes auf seine Einhaltung zu überprüfen: das Wirtschaftsministerium (MOFCOM) überwacht den Aspekt der Marktdominanz; die Staatliche Verwaltung für Industrie und Handel (SAIC) überwacht wettbewerbsschädliches Verhalten; und die Nationale Entwicklungs- und Reformkommission (NDRC) überwacht die Preisfestsetzung. In den ersten fünf Jahren nach seiner Einführung wurde das Gesetz allerdings kaum durchgesetzt. Dies hat sich erst 2013 und 2014 verbessert, als verschiedene öffentlichkeitswirksame Untersuchungen bei einheimischen (u.a. Moutai und Wliangye) sowie ausländischen Firmen (u.a. Tetra Pak, Microsoft, Audi, BMW) durchgeführt wurden.

Das offizielle Ziel des AMG ist, das Land auf dem Weg zu einer modernen Marktwirtschaft voranzutreiben, in dem die Probleme von Monopolen und monopolistischem Verhalten angegangen werden und fairer Marktwettbewerb ermöglicht wird. Einige Beobachter, zu denen auch Hu Shuli gehört, der in diesem Band einen Beitrag verfasst hat, haben angesichts der Untersuchungen auf monopolistische Strukturen vor einer nationalistischen und ausländerfeindlichen Wendung gewarnt. Ein anderer chinesischer Gelehrter, Yang Junfeng, hat ermittelt, dass ausländische Unternehmen für drei Viertel der 2,8 Milliarden Yuan Strafgebühren verantwortlich waren, die seit 2011 für Nichteinhaltung des AMG verhängt wurden – was seiner Ansicht nach ein Indiz für eine „selektive Durchsetzung“ des AMG ist. Diese Befürchtungen wurden größtenteils von den Wirtschaftskammern der EU und der USA in China geteilt.¹

¹ Für weitergehende Informationen vgl. European Chamber Releases Statement On China AML-Related Investigations auf der Webseite der EU Chamber of Commerce in China, 13. August, 2014, abrufbar unter: http://www.eurochamber.com.cn/en/press-releases/2132/european_chamber_releases_statement_on_china_aml_related_investigations; sowie Laurie Burkitt: China's Use of Antimonopoly Law May Violate WTO Pact, U.S. Group Says, in: *Wall Street Journal*, 8. September 2014, abrufbar unter: <http://www.wsj.com/articles/chinas-use-of-antimonopoly-law-may-violate-its-wto-commitments-1410166981>.

Der Fokus, Legitimität durch Politisierung der Partei statt durch Einführung von Beschränkungen staatlicher Macht zu suchen, entspricht teilweise dem Gedankengut der neuen Linken. In seinem Beitrag für diesen Band beschreibt der Vordenker der neuen Linken, Wang Hui, die Entpolitisierung der Kommunistischen Partei Chinas als Weg zum Zerfall. Jüngst argumentierte er, dass es „ohne Werte, ohne Initiative, ohne Spontanität keine Politik mehr gibt und niemand wirklich die großen Leitlinien diskutieren kann [...]. Mit einer sich entpolitisierenden Partei ist der politische Raum eingeschränkt, weil öffentliche Diskussionen und politische Erörterungen auf rein technische Diskussionen über Markterweiterung reduziert werden und die politische Debatte schrittweise zum Erliegen gebracht wird.“ Professor Wang zufolge hat politische Macht die Funktion, den Markt zu kontrollieren und zu verhindern, dass der „Finanzkapitalismus“ auf Kosten der chinesischen Gesellschaft geht. Xi Jinping scheint sich dies zu Herzen genommen zu haben und sorgt für ein Revival der Parteipolitik und der ideologischen Propaganda – mit Hilfe von Massenlinien-Erziehungsprogrammen, einer Betonung des Sozialismus und der marxistischen Philosophie sowie öffentlich ausgetragenen Angriffen gegen korrupte Funktionäre.

Unter Präsident Xi wurden chinesische Akademiker sogar davor gewarnt, Sympathie für die „westliche konstitutionelle Demokratie“, „universelle Werte“, unabhängige Medien oder „Neoliberalismus“ zu bekunden. Diese „sieben Gefahren“ wurden im Dokument Nummer 9 formuliert, einem Memo, das vom zentralen Parteibüro im April 2013 an Parteifunktionäre verteilt wurde.¹⁰ Doch ironischerweise war es Xi Jinpings früherer Doktorvater Sun Liping, der im April 2013 als einer der deutlichsten und lautesten Fürsprecher für Liberalismus westlicher Prägung aufgetreten ist. In der englischen Fassung des Sammelbandes verfasste er einen Beitrag, in dem er die Wahl in Wukan zwar lobte, aber zugleich darlegte, warum diese kein Vorbild für ganz China sein könne. Während Xi Jinping dabei war, mit eiserner Hand gegen die Debatten in China vorzugehen, argumentierte Sun Liping, dass die Suche nach Stabilität das Risiko

¹⁰ Vgl. Chris Buckley: China Takes Aim at Western Ideas in: *New York Times*, 19. August 2013, abrufbar unter: http://www.nytimes.com/2013/08/20/world/asia/chinas-new-leadership-takes-hard-line-in-secret-memo.html?_r=0.

XJPs Korruptionskampagne

Die aktuelle Anti-Korruptionskampagne wurde direkt nach dem 18. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas gestartet. Im Dezember 2012 nahm das neue 25-köpfige Politbüro die „acht Regeln“ von Xi Jinping über gutes Benehmen mit dem Ziel an, die Bürokratie abzubauen sowie Verschwendung und Extravaganz zu stoppen.

Beobachter sind sich einig, dass die Kampagne im Hinblick auf Ausmaß und Intensität unerreicht ist. Gleichwohl gibt es drei primäre, sich nicht gegenseitig ausschließende Deutungen der ihr zugrunde liegenden Absichten. Die Kampagne könnte entweder lediglich Flügelkämpfe herausstellen, um den politischen Wettbewerb beim nächsten Parteikongress in Grenzen zu halten. Oder sie könnte ein Versuch sein, Chinas mächtige Interessengruppen zu entmachten – mit dem Ziel, die Umsetzung ökonomischer Reformen zu erleichtern. Oder es könnte sich um das genuine Bemühen handeln, die Partei zu säubern – mit dem Ziel, auf den gestiegenen öffentlichen Ärger über offizielle Korruption und Ungerechtigkeit zu reagieren.

Die von der Disziplinarkontrollkommission (CCDI) geführte Kampagne ist als innerparteiliche Operation angelegt – auch wenn sie durchaus formale rechtliche Ermittlungen gegen korrupte Parteifunktionäre nach sich ziehen kann.

Ein Jahr nach dem Start der Kampagne wurden bereits 182.000 Funktionäre sanktioniert, unter ihnen rund 21.500 hochrangige Kader. Dies ist ein Zuwachs um 13 Prozent im Vergleich zum Jahr 2012. Die Kampagne wurde im Jahr 2014 intensiviert und es wurden 232.000 Funktionäre aller Hierarchieebenen bestraft – dies bedeutet einen jährlichen Zuwachs von 30 Prozent. Es wurden auch mehr Missstände gemeldet: diese stiegen von bereits eindrucksvollen 1,95 Millionen im Jahr 2013 auf 2,72 Millionen Briefe und Beschwerden im Jahr 2014. Von diesen 232.000 Fällen wurden 12.000 an Ermittlungsbehörden mit dem Verdacht auf kriminelle Handlungen weitergeleitet.

Nach zwei Jahren intensiver Bemühungen zur Bekämpfung der Korruption hat China jüngst bekannt gegeben, auch die korrupten Funktionäre zu verfolgen, die ins Ausland geflohen sind.

der Instabilität berge, wenn dabei die Rechtsstaatlichkeit unterminiert wird. Um objektive Rechtsprechung zu gewährleisten, müsse China öffentliche Macht beschränken und kontrollieren und das politische und soziale Leben in einen rechtstaatlichen Rahmen integrieren. Dieser Rahmen werde nicht nur durch unparteiische und unabhängige Justizorgane untermauert, sondern auch durch das Bewusstsein der Bürger, soziale Organisationen zum Schutz und zur Förderung von Zivilrechten etablieren zu können.

Dieser Fokus auf „Rechtsstaatlichkeit“ wurde 2014 zu einem wichtigen Diskussionsthema der chinesischen Elite, nachdem mehrere Gelehrte sich für eine „konstitutionelle Regierung“ und stärkere Verlässlichkeit ausgesprochen hatten. Ende Oktober 2014 veröffentlichte das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei einen 17.000 Wörter starken Bericht, in dem „Rechtsstaatlichkeit“ bis zum Jahr 2020 gefordert wurde.¹¹ Doch das so genannte 4. Plenum setzte eher einen Schwerpunkt auf die Stärkung und Effizienz des Rechtssystems als auf Gewaltenteilung. Xi Jinping scheint in der Tat die Reformsprache zu nutzen, um die Partei zu stärken. Anstatt das Recht als Mittel zur Begrenzung der Macht der Partei zu nutzen, scheint Präsident Xi es dafür zu nutzen, die Partei mit eiserner Hand zu führen. Am stärksten wird das an der Antikorruptionskampagne sichtbar. Diese Einengung des politischen Raums trifft sowohl auf die virtuelle als auch auf die reale Welt zu. In seinem Beitrag legt Michael Anti dar, wie soziale Medien wie Weibo zur Stärkung der Autorität der Zentralpartei im politischen Bereich genutzt wurden – und er weist nach, dass nationale Politiker die sozialen Medien so nutzen wie Mao damals die Massen nutzte. Er zeigte jedoch auch, wie Chinesen durch soziale Medien an Debatten teilnehmen und Rechenschaftspflicht einfordern können. Seit Xi Jinpings Amtsantritt hat Anti mehr über die Kontrolle des Internets gesprochen als über seine befreienden Effekte innerhalb Chinas. Dies resultiert daraus, dass die vergangenen zwei Jahre durch verstärkte Kontrolle und Zensur statt durch eine Ausweitung der Meinungsfreiheit charakterisiert waren.

¹¹ Vgl. Rules of the Party in: *The Economist*, 1. November 2014, abrufbar unter: <http://www.economist.com/news/china/21629528-call-revive-countrys-constitution-will-not-necessarily-establish-rule-law-rules>.

Außenpolitik

So interessant die Situation in Wenzhou ist, erlaubt sie uns doch keinen Rückschluss auf einen der größten Brüche, die Xi Jinping mit der Ära von Deng Xiaoping vollzogen hat – und zwar im Bereich der Außenpolitik. Gegen Ende der Hu-Wen-Ära tat sich China bereits schwer damit, seine zurückhaltende Außenpolitik aufrechtzuerhalten und trat bei Territorialstreitigkeiten gegenüber seinen Nachbarn zunehmend selbstbewusst auf. Xi Jinping hat dies zur Grundlage genommen und Pekings Beziehung mit Washington und mit Chinas Nachbarn neu formuliert sowie eine Reihe neuer diplomatischer und institutioneller Initiativen gestartet, mit der Hoffnung, dass das internationale System etwas mehr zugunsten Chinas tendiert.

Xi Jinping hat zwei große Initiativen gestartet, die die eurasische Landfläche, die „Weltinsel“, als Geburtsstätte des Konzepts der Geopolitik revolutionieren könnte. Auf einer Reise durch Zentralasien im September 2013 hat Xi Jinping eine Seidenstraßen-Initiative vorgestellt – dahinter steckt der Plan, physische Verbindungen von China nach Bangkok und Budapest zu schaffen. Während einer Reise nach Indonesien einen Monat später verkündete er die Initiative zur maritimen Seidenstraße des 21. Jahrhunderts, die darauf setzt, dass China große Häfen an der eurasischen Küste zwischen China und dem Mittelmeer entwickelt. Xi Jinping bezeichnet beide Projekte als „Ein Gürtel und eine Straße“ (yidai, yilu). Zu einer Zeit, in der Washington sich stärker auf sich selbst konzentriert und Europa mit der Bewältigung seiner großen Sicherheitsprobleme an seinen Grenzen beschäftigt ist, hat Präsident Xi Jinping damit eine große Vision einer eurasischen Integration unter chinesischer Führung entworfen.

Diese Strategie basiert auf den im Oktober 2012 in der *Global Times* veröffentlichten Überlegungen zum „Marsch nach Westen“ (xijin) von Wang Jisi, einem der einflussreichsten chinesischen Gelehrten aus dem Bereich der internationalen Beziehungen.¹² Der Artikel von Professor Wang war zum Teil ein Versuch, die Falken unter den

¹² Vgl. Wang Jisi: 'March West'. China's geostrategic rebalancing in: *Global Times*, 17. Oktober 2012, abrufbar unter: http://opinion.huanqiu.com/opinion_world/2012-10/3193760.html.

Ein Gürtel und eine Straße

Die Idee zu Chinas neuer Seidenstraßen-Diplomatie/-Initiative basiert auf einem Vorschlag von Präsident Xi Jinping. Im September 2013 sprach dieser an der Nazarbayev Universität in Astana davon, einen „Wirtschaftsgürtel entlang der neuen Seidenstraße“ zu schaffen. Die Initiative wurde nun detaillierter ausformuliert und beinhaltet drei große Projekte, die wirtschaftliche, diplomatische, finanzielle, energetische und strategische Bereiche umfasst: „einen „Wirtschaftsgürtel entlang der Seidenstraße“, der auch Zentralasien umfasst (verkündet in Astana); eine „Maritime Seidenstraße“ mit Südostasien (vorgeschlagen im Oktober 2013 während einer Rede von XJP im indonesischen Parlament in Jakarta) und einen „Wirtschaftskorridor“ in Südasien, der China mit Myanmar, Bangladesch und Indien verbindet. Vor allem die ersten beiden Projekte standen bislang im Fokus chinesischer Bemühungen und Auseinandersetzungen. Und dies so sehr, dass die Initiative nun unter der Bezeichnung „Ein Gürtel und eine Straße“ (yidai, yilu) bekannt ist.

Die Initiative wird durch zwei neu geschaffene multilaterale Finanzierungsorgane unterstützt: eine Asiatische Investmentbank für Infrastruktur,¹ die im Oktober 2014 mit dem Ziel gegründet wurde, 100 Milliarden US-Dollar (davon 50 Milliarden Dollar aus China) zu beschaffen sowie einen Seidenstraßenfonds in Höhe von 40 Milliarden US-Dollar, der sich zu 65 Prozent aus Chinas ausländischen Devisen und zu 35 Prozent aus der chinesischen Investitionsgesellschaft CIC, der Export-Import Bank von China und der chinesischen Entwicklungsbank CDB speist.²

China verfolgt mit diesen Projekten mehrere Ziele: die Beziehungen zu den Nachbarstaaten zu verbessern, Chinas Peripherie durch wirtschaftliche Entwicklung zu befrieden, durch die Öffnung neuer Märkte Chinas Handel durch Infrastrukturentwicklung zu fördern, internationale (Finanz)regeln durch zwei neue Finanzinstitutionen zu verändern sowie Chinas auswärtige Investitionen zu fördern.

1 Why China is creating a new 'World Bank' for Asia, in: *The Economist*, 11. November 2014, abrufbar unter: <http://www.economist.com/blogs/economist-explains/2014/11/economist-explains-6>.

2 Vgl. Zhang Yuzhe: With New Funds, China Hits a Silk Road Stride in: *Caixin Online – English*, 3. Dezember 2014, abrufbar unter: <http://english.caixin.com/2014-12-03/100758419.html>.

chinesischen Geopolitikern von einem noch aggressiveren Verhalten gegenüber Nachbarstaaten abzuhalten, das viel von dem Anfang 2012 aufgebautem Kapital verspielt hat (wie dies in seinem Artikel in diesem Band dargestellt wird). Wang argumentiert, dass eine stärkere Hinwendung Washingtons nach Asien dazu führen wird, dass Nullsummenspiele und Aggressivität die Geopolitik Ostasiens bestimmen. Andererseits, so die Argumentation Wangs, versucht der Westen, sich aus der Region westlich von China, inklusive Zentralasien, Südasien und dem Nahen Osten zurückzuziehen – Gegenden, in denen keine amerikanisch dominierte regionale Ordnung oder andere gut entwickelte Mechanismen wirtschaftlicher Integration bestehen. Stattdessen konstatiert er eine Lücke, die gefüllt werden muss – und für China eine perfekte Gelegenheit an dringend benötigte Ressourcen zu kommen, neue Märkte zu entwickeln und seine ausländischen Devisen stärker zu diversifizieren. Optimistisch argumentiert Professor Wang, dass der „Marsch nach Westen“ Peking sogar einen Hebel gegenüber Washington verschaffen könnte, da die „USA dringend auf die Unterstützung Chinas bei der Stabilisierung Afghanistans und Pakistans angewiesen sind“.

Seit der Plan „Ein Gürtel und eine Straße“ formuliert wurde, wurde er durch viel Geld, politisches Engagement und das Versprechen neuer Institutionen flankiert – und dies wird auch so bleiben. Statt multilaterale Verträge zur Liberalisierung von Märkten zu nutzen, bindet China Länder ökonomisch durch harte Standortfaktoren wie Eisenbahnnetze, Autobahnen, Häfen, Pipelines, Industrieparks, Grenzzolleneinrichtungen und spezielle Handelszonen; sowie durch weiche Standortfaktoren wie Entwicklungsfinanzen, Handel und Investitionsvereinbarungen sowie multilaterale Kooperationsforen. Peking etabliert sich selbst als eurasischer Knotenpunkt und verbindet sich mit jedem Land in der Peripherie. Jeder muss bilateral mit China verhandeln und kann dadurch nicht vom internationalen Rechtsschutz profitieren.

Obgleich Xi Jinping den Marsch von Wang Jisi Richtung Westen enthusiastisch begrüßt hat, scheint sein Ansatz mehr mit dem selbstbewussten Nationalismus übereinzustimmen, wie er von Yan

Xuetong entwickelt wurde. In seinem bahnbrechenden Artikel in diesem Buch spricht er sich für einen kompletten Bruch mit dem dreifachen Dogma der Deng Ära aus: Nicht-Einmischung, Blockfreiheit und ökonomisch orientierte Außenpolitik. Stattdessen plädiert er für eine bipolare Welt mit Washington und Peking als Konkurrenten. Dies schien Xi Jinping auf seiner ersten Reise nach Washington im Kopf zu haben, als er auf dem Anwesen in Sunnylands davon sprach, dass es sich um „ein neues Beziehungsmodell zwischen Großmächten“ handelt.

Seitdem hat Yan Xuetong an einigen Faktoren gearbeitet, die China zur Steigerung seiner Macht und Präsenz auf der Weltbühne benötigt. In einem in der Global Times Ende 2014 erschienenen, maßgeblichen Artikel argumentierte er, dass sich China mehr um seine Nachbarn als um Washington kümmern müsse, weil „für den Aufstieg einer Großmacht die Unterstützung der Peripherie notwendig“ sei. Professor Yan argumentiert, dass China einen Weg finden müsse, um seine Nachbarn von der Notwendigkeit friedlichen Verhaltens zu überzeugen. Hinsichtlich ihrer Politik gegenüber China haben die Nachbarstaaten tatsächlich die Wahl, Chinas Aufstieg zu unterstützen oder zu blockieren. China kann somit von den Ländern profitieren, die seinen Aufstieg unterstützen und sollte in dieser Hinsicht nicht wählerisch sein. Yan Xuetong schlägt sogar vor, dass China die Unterstützung von US-Verbündeten wie Südkorea und Thailand sucht. Er ist der Ansicht, dass es aus strategischer Sicht für China sinnvoller ist, die Unterstützung seiner Nachbarstaaten zu gewinnen als direkt die amerikanischen Bemühungen, China an seinem Aufstieg zu hindern, zu konterkarieren. Der Wunsch, die Beziehungen mit seinen Nachbarn auf eine friedliche Grundlage zu stellen, wird seit dem letzten APEC-Gipfel im November 2014 auf gewisse Art durch den relativen Burgfrieden im Bereich der chinesischen Außenbeziehungen symbolisiert. Dies könnte ein Ergebnis sowohl der Stärkung des Einflusses von Xi auf die Volksbefreiungsarmee sein – und damit eine Beschränkung des fragmentierten Aktionismus innerhalb der militärischen Hierarchie – als auch eines taktischen diplomatischen Rückzugs angesichts zunehmender (wirtschaftlicher) Schwierigkeiten im eigenen Land. In diesem Zusammenhang könnte die Strategie „Ein Gürtel

und eine Straße“ eine wichtige Plattform werden, um ein förderliches Verhältnis mit den Nachbarn zu pflegen, die wirtschaftlichen Herausforderungen im Land selbst anzugehen und schließlich zur Weltmacht zu werden. Professor Yan weist jedoch auch auf die „Gefahr der Überdehnung“ hin. Seiner Meinung nach ist die amerikanische Einflussosphäre überdehnt und da China keine Mittel zur Überdehnung hat, sollte es seine Bemühungen auf seine direkte Peripherie beschränken.

Der eher liberal gesinnte Gelehrte Wang Yizhou argumentiert ähnlich. Auf Basis seiner in diesem Band erhobenen Forderung nach einem „gestalterischen Engagement“ im Inneren argumentiert er, dass sich China deutlich mehr für die internationale Zusammenarbeit einsetzen sollte (u.a. maritime Kooperation, Erkundung der Arktis, Raumfahrttechnologie und Energieforschung). In dieser Hinsicht befürwortet Wang Yizhou eine aktive (wenngleich nicht eine selbstbewusstere) chinesische Diplomatie, die sich durch eine Beteiligung an friedenserhaltenden Missionen, die Schaffung neuer multilateraler Institutionen wie die BRICS-Entwicklungsbank oder die Seidenstraßen-Projekte auszeichnet. Er ist überzeugt, dass Peking mit diesem Ansatz schrittweise globale Regeln zu seinen Gunsten gestalten kann.

Xi Jinping scheint somit den außenpolitischen Ansatz von Deng Xiaoping noch weiter hinter sich gelassen zu haben als dessen ökonomischen und politischen Reformansatz. Im Laufe der Zeit hat er seine aggressive Rhetorik abgeschwächt und eine etwas feiner kalibrierte Form der selbstbewussten Diplomatie entwickelt. Inzwischen richtet sich der Fokus nicht mehr direkt auf Angriffe gegen die USA, sondern darauf, das weitere Umfeld zu gestalten. Zusammen mit dem Erstarken von ISIS und den Problemen in der Ukraine hat dies die Spannungen in der Auseinandersetzung zwischen China und den USA reduziert. Xi Jinping ähnelt in vielerlei Hinsicht Yan Xuetong, zum Beispiel wenn er eine neue Beziehung der Großmächte einfordert, in der China nicht danach strebt, die führende Weltmacht zu werden, sondern eher der Mittelpunkt einer Reihe neuartiger Beziehungen, mit denen dem negativen amerikanischen Einfluss auf Chinas Aufstieg entgegengewirkt werden soll.

Die nächsten fünf Jahre

Dieser Sammelband erschien erstmalig am Ende einer Zwischenherrschaft, in der die Hu-Wen Dyade an Autorität eingebüßt hatte, aber Xi Jinpings Macht noch nicht gefestigt war. Dadurch wurde ein seltener Moment der politischen Öffnung möglich, den man seit dem Massaker auf dem Tiananmen Platz nicht mehr erlebt hatte: Unterschiedliche Lager konnten ihre Ideen vortragen, führende Kader aus der Kommunistischen Partei konnten sich an der Debatte beteiligen und auf Gedankengut von Intellektuellen zurückgreifen, um ihre Ideen zu verfeinern und voranzutreiben. Diese intellektuelle Blütezeit ermöglichte der Welt einen Einblick in die Dilemmata, mit denen Chinas Technokraten normalerweise abseits der Öffentlichkeit beschäftigt sind. Drei grundlegende Dilemmata der Volksrepublik wurden sichtbar: Eine Wohlstandskrise, eine politische Stabilitätskrise und eine Machtkrise. Doch während das China des Jahres 2012 an der Weggabelung dieser Dilemmata zu stehen schien, hat das China des Jahres 2014 einen klaren Schritt nach vorne unternommen.¹³ Xi Jinping glaubt daran, dass die Wirtschaft durch staatliches Handeln neujustiert werden kann, dass die politische Legitimität der Partei im Gegensatz zur Verfassungsmäßigkeit der Politik wiederhergestellt werden und der zurückhaltende außenpolitische Ansatz aufgegeben werden kann.

In den zwei Jahren seit Machtübernahme durch Xi Jinping sind bereits einschneidende Veränderungen eingetreten. Es ist davon auszugehen, dass noch größere Projekte angegangen werden, wenn er in seinem Amt noch gefestigter ist. Viele Menschen sehen China als Motor der Weltwirtschaft und fragen sich, ob Xi Jinping den politischen Mut und die Energie haben wird, die Wirtschaft so geräuschlos neu auszurichten, dass eine Finanzkrise und ein Platzen der Blase vermieden werden kann. Wird es ihm gelingen, die Wirtschaft zu reformieren und schnell genug auf der Wertschöpfungskette emporzusteigen, um wirklich die Nachfrage anzukurbeln (vor allem angesichts der Tatsache, dass die Antikorruptionskampagne den politischen und wirtschaftlichen Sektor gelähmt hat)? Und wie

¹³ Vgl. François Godement: China at a Crossroads, ECFR, April 2012, abrufbar unter: http://www.ecfr.eu/page/-/ECFR53_CHINA_ESSAY_AW.pdf.

wird er mit Gegnern umgehen, nun, da er die Macht fest um sich zentralisiert hat? Müssen wir uns für den Fall größerer wirtschaftlicher Probleme auf Spaltungen innerhalb der Elite einstellen? Und als welche Macht wird China auf der Weltbühne agieren? Wird Xis Diplomatie und sein Projekt „Ein Gürtel und eine Straße“ dazu führen, dass die westlichen Säulen des globalen Systems erodieren und China als selbstbewusste globale Macht auftritt? Oder wird sein selbstbewusster Nationalismus zu ständigen Spannungen in Ostasien führen und die wirtschaftliche Interdependenz auflösen?

Dies sind nur einige der Fragen, die die Autoren in diesem Sammelband vor dem Hintergrund beschäftigen, dass China 3.0 vom theoretischen Bruch mit der Ära von Deng Xiaoping zu einer gelebten Realität wird.

EINLEITUNG

Mark Leonard

Was denkt das neue China?

Es war ein Blutbad. Bei der Kollision eines mit Methanol beladenen Tanklasters mit einem Reisebus am 26. August 2012 in der Nähe der chinesischen Stadt Xian starben 36 Menschen und es gab einige Verletzte. Doch wie so oft in China folgte auf die Tragödie unmittelbar eine Farce. Kurz nach dem Unfall erschien ein Foto des für die Straßensicherheit verantwortlichen Funktionärs Yang Dacai, auf dem dieser grinsend am Unfallort zu sehen war. Dies löste im Internet einen Sturm der Empörung aus. Die Kommentare der Netzbürger konzentrierten sich zunächst auf sein Verhalten, entwickelten sich dann aber zu einer Diskussion über den Wert seiner Armbanduhr. Bloggern gelang es, Bilder von ihm auszugraben, auf denen er elf unterschiedliche Luxusuhren trug, die den Wert seines Gehaltes um ein Vielfaches überstiegen. Einige Wochen später wurde gegen ihn wegen Korruption ermittelt und im September 2013 wurde er zu 14 Jahren Haft verurteilt.

Dies ist nur einer von vielen endlosen Skandalen, die jedes Jahr in China aufflackern. Aber er versinnbildlicht, warum viele chinesische Intellektuelle glauben, dass China an der Schwelle einer neuen Entwicklungsphase steht. Der Skandal um Yang Dacais teure Uhren zeigt, dass im heutigen China der unrechtmäßige Wohlstand der chinesischen Oberklasse größere Spannungen auslöst als die Armut der Massen. Die Tatsache, dass wenig gegen die Blogger vorgegangen wurde, die ihn bloßgestellt hatten, sondern gegen den Funktionär, zeigt, dass Chinas traditioneller Ansatz der Stabilität im Zeitalter sozialer Medien einer Neubetrachtung unterliegt. Und die Tatsache, dass über das Fehlverhalten eines relativ jungen Staatsdieners in den internationalen Medien berichtet wird, zeigt, dass China weltweit

große Aufmerksamkeit erzielt und Probleme damit hat, seine Politik der Zurückhaltung beizubehalten.

Die Welt hat sich an einen chinesischen Moloch gewöhnt, der sich durch exportbasierten Staatskapitalismus und politische Unterdrückung auszeichnet. Doch Chinas Intellektuelle weisen darauf hin, dass es an der Zeit ist, sich auf ein stark verändertes China vorzubereiten. Das Jahr 2012 begann mit einer Reihe sehr kraftvoller Wechselsignale: Im Januar wurde in Guangdong die Abwahl eines korrupten Funktionärs ermöglicht, dem vorgeworfen wurde, kommunale Grundstücke zu künstlich niedrigen Preisen veräußert zu haben. Im Februar veröffentlichten die Weltbank und die Staatliche Kommission für Entwicklung und Reform einen Bericht über China im Jahr 2030 und riefen zu einer neuen Welle von Marktreformen auf. Im März wurde der „Prinzling“ Bo Xilai von seiner Machtbasis Chongqing vertrieben verbunden mit einer Warnung vor einer Wiederbelebung der Kulturrevolution.¹ Auch wenn es bisweilen Anzeichen für einen Rückfall in die Vergangenheit gibt – Spannungen mit Japan; der Showprozess von Bo und Gu Kailai; das zeitweilige Verschwinden von Xi Jinping sowie die Entmachtung charismatischer Führer – geht man in Peking allgemein davon aus, dass China am Ende einer Ära angelangt ist. Die Menschen erwarten nicht nur neues Führungspersonal, sondern das Ende eines Entwicklungsmodells, das mit Deng Xiaopings „Öffnung und Reform“ im Jahr 1979 begonnen hat.

Die Chinesen verstehen ihre Geschichte als Abfolge von 30-Jahr-Zyklen.² China 1.0, also der Zeitraum von 1949 bis 1978, umfasst die Jahre von Mao Zedong mit einer starren Planwirtschaft, einem leninistisch geprägten politischen System und einer Außenpolitik, die sich der Weltrevolution verschrieben hatte. China 2.0 begann im Jahr 1978 mit dem Machtantritt Deng Xiaopings und überdauerte eine Generation bis zur Finanzkrise im Jahr 2008. Dengs Wirt-

¹ Diese Aufsatzsammlung und die Einleitung erläutert die Auseinandersetzung zwischen den Intellektuellen des Establishments. Für ein Verständnis des Zusammenhangs dieser Argumente mit der Hierarchie sei auf François Godements hervorragenden Aufsatz „China at the Crossroads“ verwiesen, European Council on Foreign Relations, April 2012, abrufbar unter: http://www.ecfr.eu/page/-/ECFR53_CHINA_ESSAY_AW.pdf (fortan: Godement, China at the Crossroads).

² Pan Wei spricht von einem „Ende der Öffnungs- und Reformära“ und Wang Shaoguang von einem „Sozialismus 3.0“. Im Folgenden soll der Versuch unternommen werden, über die von ihnen beschriebenen wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen hinaus darüber nachzudenken, wie Chinas gesamter Politikmix an der Schwelle zum Wandel stehen könnte.

schaftspolitik, als „Sozialismus chinesischer Prägung“ bezeichnet, war charakterisiert durch exportgetriebenes Wachstum und „finanzielle Repression“. Im Zuge des Tiananmen-Massakers war Dengs politische Agenda von der Suche nach Stabilität und einem Konsens der Elite dominiert. Außenpolitisch ging es ihm darum, ein friedliches Umfeld für Chinas Entwicklung zu schaffen, in dem er still Macht anhäufte und Zurückhaltung übte.

Seit dem weltweiten Zusammenbruch der Finanzmärkte im Jahr 2008 durchlebt China eine Erfolgskrise, da jedes der drei Ziele der Deng-Ära – Wohlstand, Stabilität und Macht – als Quelle neuer Probleme angesehen wird. François Godement bezeichnet dies als Erfolgsfalle: die unglaublichen Errungenschaften der Vergangenheit haben eine mächtige Anhängerschaft für die Grundsätze der Deng-Ära geschaffen. An ihnen festzuhalten birgt jedoch das Risiko, selbstzerstörerisch zu sein.³ Einige Intellektuelle bezeichnen die Hu-Wen-Ära mit ihren durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten von zehn Prozent sogar als „verlorenes Jahrzehnt“, weil dringend erforderliche Reformen ausblieben.⁴ China 3.0 zeichnet sich durch eine Suche nach Lösungen für diese drei Krisen aus. Manche prophezeien Veränderungen, die so durchgreifend sind wie der Beginn des Kommunismus im Jahr 1949 oder die Befürwortung des Marktes im Jahr 1979. Anders als in früheren Zeiten haben die heutigen Reformen jedoch keine internationalen Vorbilder, an denen sie sich orientieren könnten. Zum einen ist der Peking-Konsens zerbrochen und zum anderen sind auch die westlichen Vorbilder diskreditiert. Die Intellektuellen von China 3.0 bewegen sich auf absolutem Neuland.

Diese Diskussion über Chinas Zukunft verlagerte sich im letzten Jahr kurzzeitig aus der Akademie der Sozialwissenschaften in den gewöhnlich ruhigen Bereich der kommunistischen Parteipolitik. Die Auseinandersetzung um den besten Weg wurde durch die zwei Regionen Chongqing und Guangdong verkörpert, die zu konkurrierenden Prototypen von China 3.0 geworden sind. Guangdong, eine prosperierenden Küstenregion, stand für den Anspruch, sich auf der wirtschaftlichen Wertschöpfungskette empor zu arbeiten und zur

3 Godement: China at the Crossroads.

4 Vgl. Deng Yuwen: The Political legacy of the Hu-Wen Decade, *Caijing*, 29. August 2012.

Unterdrückung von sozialen Spannungen auf freie Medien, eine Zivilgesellschaft und politische Offenheit zu setzen. Im Gegensatz dazu stand Chongqing, das aus einer rückständigen Provinz im Landesinneren ein Versuchslabor für egalitäre Sozialpolitik und Inlandskonsum machte. Bo fiel Anfang des Jahres 2012 in tiefe politische Ungnade und seitdem hält sich auch der Parteiführer in Guangdong, Wang Yang, zurück. Aber die Debatte über Parteigrenzen hinweg geht weiter.

Der vorliegende Sammelband soll westlichen Lesern einen Einblick in die Debatte unter Chinas Eliten geben. Uns ging es vor allem darum, die neuen intellektuellen Konfliktlinien in China aufzuzeigen. Im ökonomischen Bereich verläuft diese Trennlinie zwischen einer sozialdarwinistischen Neuen Rechte, die unternehmerische Energie durch die Privatisierung aller staatlichen Unternehmen freisetzen möchte und einer egalitären Neuen Linke, die glaubt, dass die nächste Wachstumswelle durch geschickte staatliche Planung ausgelöst wird. Im politischen Bereich verläuft die Trennlinie zwischen politischen Liberalen, die den Machtanspruch des Staats durch Wahlen, Rechtsstaatlichkeit oder öffentliche Beteiligung begrenzen wollen und Neo-Autoritären, die befürchten, dass diese Maßnahmen zu einer bürokratisierten kollektiven Regierung führen, die keine schwierigen Entscheidungen treffen kann oder die Partikularinteressen der korrupten, kapitalistischen Vetternwirtschaft nicht in Frage stellt. In der Außenpolitik verläuft die Bruchstelle zwischen defensiven Internationalisten, die in den bestehenden Institutionen des globalen Ordnungsrahmens eine Rolle spielen möchten oder zu Besonnenheit aufrufen, und Nationalisten, die für ein selbstbewusstes Auftreten Chinas auf der globalen Bühne plädieren. Die folgende Tabelle listet die verschiedenen Gruppierungen auf und zeigt an, wo die Autoren dieses Buches im Kampf der Ideen über Chinas drei Krisen – Wohlstand, Stabilität und Macht – zu verorten sind.

DENKSCHULEN DER CHINESISCHEN ELITE

<p>WIRTSCHAFT Der Wohlstandsfalle entkommen</p>	<p>Neue Linke Cui Zhiyuan Wang Shaoguang Wang Hui</p> <p>Auf Gleichheit ausgerichtete Anhänger des freien Marktes Yu Yongding</p>	<p>Neue Rechte Zhang Weiyong Hu Shuli Justin Yifu Lin</p>
<p>POLITIK Der Stabilitätsfalle entkommen</p>	<p>POLITISCHE LEGITIMATIONSQUELLE</p> <p>Neokonservative Pan Wei</p> <p>Neo-Maoisten Wang Shaoguang Wang Hui</p>	<p>BEGRENZTE REGIERUNG</p> <p>Liberale Sun Liping Ma Jun Xiao Bin Michael Anti</p>
<p>AUSSENPOLITIK Der Machtfalle entkommen</p>	<p>INTERNATIONALISTEN</p> <p>Globalisierer Wang Yizhou</p> <p>Defensive Realisten Wang Jisi</p>	<p>NATIONALISTEN</p> <p>Neo-Kommunisten Yan Xuetong</p>

Chinas Wohlstandskrise

Mehr als 30 Jahre haben sich die politischen Führer Chinas den Kopf über die Armut im Land und die Probleme einer sozialistischen Wirtschaft zerbrochen. Heute müssen sie sich hingegen mit Chinas Wohlstand und den Probleme des Marktes herumschlagen. Die heutige Situation beruht auf einem Ausspruch von Deng aus dem Jahr 1979, wonach das Ziel der chinesischen Modernisierung die Schaffung ei-

ner „xiaokang“, d. h. einer Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand ist, in der es den Menschen so gut geht, dass sie nicht täglich um ihr Überleben kämpfen müssen. Mehr als ein Jahrzehnt haben die Chinesen eine Variante dieses einst utopischen Konzepts gelebt. Doch seit der Finanzkrise, durch die das neureiche Bürgertum an Wohlstand eingebüßt hat, fürchtet die Regierung um den Verlust ihrer Legitimität.

Als im Jahr 2008 die chinesischen Exporte in den Westen dramatisch einbrachen, brach in florierenden Regionen wie Guangdong umgehend das Chaos aus. Dies geschah zu einem Zeitpunkt, an dem man ohnehin das Gefühl hatte, dass traditionelle Wachstumsgrundlagen am Wegbrechen waren, da Arbeitskosten, Grundstückspreise und Wechselkurse allesamt angestiegen waren. Ein massives chinesisches Konjunkturpaket verbesserte die Lage zwar kurzfristig, verstärkte aber die langfristigen Ungleichgewichte. Einige, wie etwa der Wirtschaftswissenschaftler Justin Yifu Lin, der sich in einer dramatischen Aktion im Jahr 1979 aus seinem Heimatland Taiwan absetzte und während einer militärischen Übungseinheit durch das Meer auf chinesisches Staatsgebiet schwamm, glaubt, dass China rückständig genug ist, um den traditionellen Wachstumskurs noch zwei Jahrzehnte fortsetzen zu können. Andere halten ihn für hoffnungslos überoptimistisch, auch wenn sie wahrscheinlich genauso reagiert hätten, wenn er ihnen 1979 gesagt hätte, dass das Land in den nächsten 30 Jahren zweistellige Wachstumsraten haben würde. Yu Yongding argumentiert hingegen, dass die kurzfristige Lage zwar viel günstiger ist als viele Analysten behaupten, im Gegensatz dazu aber Chinas langfristige Aussichten sehr viel schwieriger sind. Anders als Lin ist Yu alt genug, um sich sowohl an ein China zu erinnern, das sich im Niedergang befindet, als auch an eines, das wächst. Die Kulturrevolution war dabei das Schlüsselerlebnis, das seine Welt auf den Kopf stellte: von einer Minute auf die andere musste er sein Dasein als Student an einer prestigeträchtigen Universität aufgeben und in einer Schwermetall-Fabrik arbeiten.

Chinesische Wissenschaftler wie etwa Wang Shaoguang und Sun Liping suchen an interessanten Orten eine Erklärung für die Krise. Anstatt die Erfahrungen anderer postkommunistischer Staaten zu

analysieren, haben sie J. K. Galbraiths Klassiker zur „Gesellschaft im Überfluss“ wiederentdeckt und dessen Kritik an der wachsenden Ungleichheit und dem ausufernden Konsum im Amerika des 20. Jahrhunderts auf China übertragen. Wang glaubt, dass Galbraith die Symptome einer Überflussgesellschaft im heutigen China leicht ausmachen würde. Die chinesische Führungsschicht habe sich eine Generation lang wie besessen nur dem wirtschaftlichen Wachstum gewidmet und dabei alles andere vernachlässigt. Nachdem das sozialistische China die „Eiserne Reisschüssel“ sozialen Schutzes zerstört habe, habe die Ungleichheit überhandgenommen. China habe sich von einem Land mit der größten Gleichheit in der Welt zu einer Nation entwickelt, in der die Schere zwischen Arm und Reich größer ist als in den USA. Zudem habe es eine Welle demonstrativen privaten Konsums und ruhsüchtiger Projekte gegeben, die zu Lasten von Investitionen in öffentliche Güter wie Altersrenten, eine erschweringe Gesundheitsversorgung oder das öffentliche Bildungswesen gegangen seien.

Chinas billige Exporte wurden durch eine an das sogenannte Hoku-System gebundene Masse von Wanderarbeitern möglich. Dieses System knüpft die sozialen Rechte der Landbevölkerung an ihren Geburtsort und benachteiligt sie in den Städten, in die sie aus Arbeitsgründen ziehen. Im Ergebnis ähnelt die Stadt Guangzhou (ehemals Kanton), die Hauptstadt der Provinz Guangdong, Saudi-Arabien: ihr Pro-Kopf-Einkommen ist genauso hoch wie das eines Landes mit mittlerem Einkommen, aber laut Schätzungen sind nur drei der rund 15 Millionen täglich in Guangzhou arbeitenden Menschen gemeldete Einwohner. Die übrigen haben keinen Anspruch auf Unterkunft, Ausbildung oder Krankenversicherung und leben von Minimallohnen. Die billigen Wanderarbeiter in Saudi-Arabien werden vom Ölreichtum angezogen; in Guangdong hingegen sind die Arbeiter die Ursache sowie das Nebenprodukt des Wohlstandes. Eine Reform dieser Bedingungen wurde 2013 langsam eingeleitet.

Fehlender Schutz für die meisten Arbeiter trägt dazu bei, das andere Standbein des chinesischen Wachstums zu festigen: billiges Kapital für Investitionen in die inländische Infrastruktur. Ohne staatliche abgesicherte Altersrenten, Krankenversicherung oder ein öffentli-

ches Bildungssystem legen die Bürger fast die Hälfte ihres Verdienstes als Absicherung vor privatem Unglück zur Seite. Dafür erhalten sie jedoch von den staatlichen Banken nur einen künstlich niedrig gehaltenen Zinssatz. Dadurch steht den Vertretern der Vetternwirtschaft für spekulative Investitionen enorm viel Kapital zu niedrigen Zinssätzen zur Verfügung, die das Bruttoinlandsprodukt aufblähen und in ganz China Spuren teurer Prestigeobjekte hinterlassen („weiße Elefanten“) wie etwa prunkvolle städtische Gebäude, Fabriken, in denen nicht gearbeitet wird, und leer stehende Hotels.

Auf der einen Seite der Debatte über einen Ausweg aus der Wohlstandsfalle gibt es eine Gruppe von Wirtschaftswissenschaftlern um Zhang Weiyang, die den Kern der marktfreundlichen Neuen Rechte bilden. Sie haben in den 1980er und 1990er Jahren die schrittweisen Wirtschaftsreformen mitinitiiert und verlangen nun, dass der Staat die Aufgabe vollendet und den Rest der Wirtschaft privatisiert. Zhang, der als neoliberaler Wirtschaftswissenschaftler in Großbritannien zu Zeiten von Margaret Thatcher ausgebildet wurde, ist der Ansicht, dass die Krise gelöst wird, in dem die unterbrochene Privatisierung des staatlichen Sektors wiederaufgenommen, das Finanzsystem liberalisiert wird und insbesondere der Privatsektor die gleichen Rechte für Finanzgeschäfte erhält sowie der kollektive Landbesitz abgeschafft wird. In einer interessanten Umkehrung des berühmten Spruches von Pierre-Joseph Proudhon über Eigentum („Eigentum ist Diebstahl“), bezeichnet er öffentliches, und nicht privates Eigentum als Diebstahl. Gleichermäßen beschwört die kämpferische Journalistin Hu Shuli die chinesische Führung, Interessengruppen zu ignorieren, denen es ansonsten gelingen könnte, die Umsetzung dieser Reformen zu verhindern. Die Befürchtungen dieser Gruppe werden innerhalb des chinesischen Systems auf höchster Ebene geteilt: Der damalige Vizepremierminister Li Keqiang schrieb das Vorwort eines 468-Seiten starken Berichts über China im Jahr 2030, der von der Weltbank und der Staatlichen Kommission für Entwicklung und Reform im Jahr 2012 veröffentlicht wurde und der für einen „tiefgreifenden Wandel“ hin zu einer stärkeren Marktorientierung im chinesischen Entwicklungsmodell plädiert.

Auf der anderen Seite des Debattenspektrums sind die Vertreter der Neuen Linke wie Wang Hui, Cui Zhiyuan und Wang Shaoguang, die bereits seit den 1990er Jahren ein anderes Entwicklungsmodell fordern. Ihrer Meinung nach hat Chinas unstillbarer Durst nach Wachstum und Wohlstand eine Wirtschaftsblase geschaffen und Millionen von Menschen in Armut gestürzt, weshalb die Lösung eher in der Planung als in der Privatisierung zu suchen ist. Seit Anfang der 1990er Jahre fordern sie mit ihren Vorschlägen die orthodoxen neoliberalen Wirtschaftswissenschaftler heraus und verlangen die Rückkehr des Staates. Diese Gruppe ist „neu“, weil sie anders als die maoistischen Verweigerer auf den Markt als Teil einer gemischten Wirtschaftsform setzen; und sie ist links, weil sie sich über Ungleichheit Gedanken macht. Ganz oben auf ihrer Liste mit Reformideen für das chinesische Entwicklungsmodell steht eine Erhöhung der Löhne, die Beendigung künstlicher Exportsubventionen, der Zugang zu Sozialleistungen, die Reform des Meldewesens und die Beendigung der „finanziellen Repression“ von künstlich niedrig gehaltenen Zinssätzen. Sie setzen sich für eine kostengünstige Gesundheitsvorsorge, verstaatlichtes Kapital und eine Reform der Eigentumsrechte ein, um den Arbeitern Mitspracherechte in ihren Unternehmen einzuräumen, und plädieren für eine ökologisch orientierte Entwicklung.

Die globale Finanzkrise war zunächst ein Motivationsschub für die Neue Linke, deren Stern unaufhaltsam am Steigen war, bevor er mit Bo Xilais Implosion abstürzte. Als die neoliberalen Ökonomen in den 1990er Jahren das Sagen hatten, tat sich die Neue Linke schwer damit, führende Politiker zu finden, die ihre Vorstellungen teilten; die einzigen, die sie aufsuchen konnten, waren Dorfvorsteher, die noch immer an die Kollektivierung glaubten. Im Jahr 1996 gab Cui Zhiyuan ein atemlos erzähltes Buch über ein rückständiges Dorf namens Nanjie heraus, das auf Kollektivierung setzte und seine Konkurrenten um Längen übertraf und damit zum Modell einer nicht-neoliberalen chinesischen Zukunft wurde. Im Jahr 2011 kippte die politische Stimmung dann nach links. Anstatt das Land nach neo-maoistischen Dörfern abzusuchen, konnte die Neue Linke auf Chongqing verweisen, eine Stadt von der Größe eines Landes, direkt dem Staatsrat verantwortlich und vom namhaftesten und charismatischsten Politiker Chinas regiert.

In seinem hier abgedruckten Essay, der nach der Verhaftung von Bo überarbeitet wurde, argumentiert Cui, dass Shenzhen das Model für die 1990er Jahre und Pudong für die 2000er Jahre war. Jetzt aber setze Chongqing den Maßstab für Chinas zukünftige Entwicklung. Er plädiert für eine Nachahmung der innovativen Maßnahmen Chongqings, um durch eine Reform des ungerechten Meldewesens (Hukou) sowie des Landtauschprogramms, das Bauern Zugang zu Kapital ermöglicht, die Kluft zwischen städtischer und ländlicher Entwicklung zu verringern. Am wichtigsten für Cuis Vorstellung einer Mischwirtschaft, die auf inländischem Konsum basiert, ist seine Beschreibung einer öffentlich-privaten wirtschaftlichen Mischform.

Das Problem sowohl für den linken (Ankurbelung der Nachfrage) als auch für den rechten (angebotsorientierte Reformen) Ansatz ist, dass ihnen gewichtige Interessengruppen gegenüberstehen, die während der schwindelerregenden zwei Jahrzehnte erstarkt sind, in denen die Vetternwirtschaft sich breitgemacht hat. Der Soziologe Sun Liping, der Xi Jinpings Doktorvater war und im Jahr 2011 eine Studie an der Tsinghua-Universität durchgeführt hat, die die Rolle des Staates in der Wirtschaft bei der Entstehung neuer, reformfeindlicher Interessengruppen untersucht hat – hat nachgewiesen, wie es diesen Gruppen gelungen ist, sämtliche Bereiche zu dominieren: Landerwerb, Bergbau, Finanzmittel, landesweite Basisinfrastruktur, die urbane Entwicklung, öffentliche Bauprojekte und die Entwicklung ländlicher Wasserprojekte sowie Energie, Strom, Telekommunikation, Handwerk und andere wichtige Industrien.⁵ Diese Gruppen haben vom Zuwachs der enormen Schattenwirtschaft und allgegenwärtigen Korruption profitiert. Die größten Feinde einer Neuen Linken und einer Neuen Rechte sind folglich nicht der jeweils andere, sondern die Profiteure des entstandenen Systems. Wie dies durchbrochen werden kann, wird zunehmend zu einer politischen Frage.

⁵ Social Development Task Group der Fakultät für Soziologie der Tsinghua-Universität: „Research Report Series on Social Progress“, Januar 2012. Eine ausführliche Zusammenfassung des Berichts erschien am 9. Januar in der China Youth Daily, wurde aber anschließend von der Webseite der Zeitung entfernt. Die Zusammenfassung wurde jedoch übersetzt und vom China Media Projekt an der Universität von Hongkong veröffentlicht. Sie ist abrufbar unter: <http://cmp.hku.hk/2012/01/12/17967/>. Für eine ausführlichere Diskussion des Tsinghua-Berichts vgl. Godement, China at the Crossroads, S. 7.

Chinas Stabilitätskrise

Vor dem Jahr 1989 waren die meisten chinesischen Intellektuellen der Ansicht, dass das Land sich an westlichen politischen Modellen orientieren, ein Mehrparteiensystem, die Trennung von Partei und Staat und die Gewaltenteilung einführen müsse. Doch nach dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens und dem Zusammenbruch der Sowjetunion hat China diese politischen Reformen aus Angst vor einem Zerfall des Landes gescheut. In seinem Tsinghua-Bericht stellt Sun Liping fest, dass die chinesische Besessenheit mit Stabilität selbstzerstörerisch ist: „Das Ergebnis des starren Denkens über die Bewahrung der Stabilität und das ungeheure Stabilitäts-Bewahrungsprojekt führt sogar zu einer Intensivierung sozialer Spannungen.“

Angesichts dieser Stabilitätsfalle wird zum ersten Mal seit zwei Jahrzehnten eindringlich über politische Reform und Legitimität diskutiert. Überraschend viele Intellektuelle sprechen unter vier Augen über die Gefahr einer Revolution oder zumindest über deutlich dramatischere Szenarien eines demokratischen Übergangs. Pei Minxin, ein in Amerika lebender chinesischer Politikwissenschaftler hat zu Papier gebracht, was viele seiner Gefährten denken, aber nicht aufschreiben können: dass die Bedingungen für „ein weiteres Tiananmen“ erfüllt sind.⁶ Andere Intellektuelle fragen sich, wie das neue Führungspersonal ausreichend Legitimität gewinnen möchte, um sich mit den Interessengruppen anzulegen – und, noch viel schwieriger, wie sie diese Legitimität in Zeiten nachlassenden Wirtschaftswachstums aufrechterhalten wollen. Die größte Kluft ist zwischen Forschern, die an institutionelle Quellen der Legitimität glauben und solchen, die an politische Legitimationsquellen glauben.

Eine Gruppe chinesischer Intellektueller schlägt als Ausweg aus der Stabilitätsfalle die Institutionalisierung chinesischer Politik vor. Die Neue Rechte, die nicht an die Abschaffung der Ursachen der Ungleichheit glaubt, will ihr mit politischen Mitteln größere Legitimität verschaffen. Angesichts einer starken Zunahme von Aufständen im

⁶ Pei Minxin: Signs of a New Tiananmen in China, in: Diplomat, 4. April 2012, abrufbar unter: <http://thediplomat.com/2012/04/signs-of-a-new-tiananmen-in-china/>.

ganzen Land ist ihr bewusst, dass das Land vielschichtiger und unruhiger wird. Im Jahr 1995 reagierten die Menschen noch schockiert auf die Bekanntgabe des chinesischen Ministeriums für öffentliche Sicherheit (der chinesische Inlandsgeheimdienst), wonach es fast 9.000 „Massenvorfälle“ im Jahr gegeben habe (definiert als gewalttätige Demonstrationen). Seitdem ist jedoch die Zahl der Aufstände noch schneller gewachsen als die chinesische Wirtschaft: staatlich geförderte Studien gehen davon aus, dass die Zahl im Jahr 2011 auf 180.000 gestiegen ist. Dies bedeutet, dass alle zwei Minuten ein größerer Aufstand stattfindet. Wie gelingt es dem System, diesen Ärger so zu kanalisieren, dass er keine Gefahr für das System darstellt?

Der Ort, an dem sich diese Tendenzen am stärksten zeigen, ist Guangdong, das zum Modell eines flexiblen Autoritarismus geworden ist. Hier dürfen Bürger ihre Sorgen im Internet äußern und sowohl die Zivilgesellschaft als auch NGOs können ihre Bedenken zum Ausdruck bringen. Im Dorf Wukan in Guangdong wurde im Januar 2012 ein Streit zwischen Landbewohnern, deren Land konfisziert wurde und korrupten lokalen Funktionären durch Neuwahlen gelöst. Der Streit erregte nationale Aufmerksamkeit – und wurde zum radikalsten Beispiel der Möglichkeiten, die das „Guangdong-Modell“ bietet. Vor dem Vorfall in Wukan standen Wahlen als eine Möglichkeit für Reformen am System nur selten zur Diskussion. Auf kommunaler Ebene wurden sie in den 1990er Jahren eingeführt, aber auch wenn einige Intellektuelle wie Yu Keping – der ein einflussreiches Buch mit dem Titel „Demokratie ist eine gute Sache“ geschrieben hat – sich für die schrittweise Einführung innerparteilicher Demokratie ausgesprochen haben, sahen doch nur wenige Menschen darin eine wirkliche Lösung. Doch dann kam es zu den Vorfällen in Wukan und der Parteisekretär von Guangdong, Wang Yang, nutzte sie als Experiment zum Umgang mit sozialen Unruhen – was eine sehr radikale Abkehr von früheren Praktiken darstellte, wie Sun Liping in seinem Essay darlegt.

Doch selbst Sun, der sich kühn und wortgewandt für die politische Liberalisierung ausspricht, befürchtet, dass das Wukan-Modell nicht als Lösung für soziale Spannungen verallgemeinert werden kann. Das Problem liege darin, so Sun, dass bereits zu viele Chinesen ent-

eignet worden seien und freie Wahlen das ganze System außer Kontrolle bringen könnten. Aus diesem Grund sprechen sich einige Wirtschaftsliberale in diesem Buch wie etwa Zhang Weiyang eher für eine starke politische Führung aus als für Wahlen. Wie viele andere Intellektuelle dieses Buches wurde auch er intellektuell von der Kulturrevolution geprägt und befürchtet, dass Massendemokratie schnell in eine „Herrschaft des Pöbel“ umschlagen könne.

Einige chinesische Gelehrte wurden auch durch den in entwickelten Demokratien zu beobachtenden Vertrauensverlust in Wahlen beeinflusst, die zudem mit sinkender Wahlbeteiligung, zunehmenden Populismus und einer Krise des Konzepts der Repräsentation zu kämpfen haben. Auch wenn sie ein stärker institutionalisiertes chinesisches System anstreben – mit Begrenzungen der Amtsdauer, Einbindung der Öffentlichkeit und Rechtsstaatlichkeit – sind für sie Wahlen kein Allheilmittel. Sie weisen darauf hin, dass obwohl im Westen Wahlen, bei denen unterschiedliche Parteien antreten, noch immer zentraler Bestandteil des politischen Prozesses sind, auch hier neue Formen der Beteiligung hinzugekommen sind, wie etwa Referenden, öffentliche Anhörungen, Meinungsumfragen oder „Bürgerjurs“.

Diesen neuen politischen Denkern zufolge wird es in China andersherum ablaufen: in entlegeneren Gebieten wird man Wahlen zulassen (eventuell bis hinauf zur Dorfebene), aber ansonsten werden öffentliche Konsultationen, Expertentreffen und Umfragen zentrales Element der Entscheidungsfindung. So glaubt beispielsweise auch Ma Jun, dass Wahlen in China eines Tages erforderlich sein werden und in seinem in diesem Band abgedruckten Artikel über „Rechnungspflicht ohne Wahlen“ führt er die Maßnahmen an, die die chinesische Regierung durchgeführt hat, um das Regime zu einer „beratenden Diktatur“ zu machen.

Eine andere Gruppe chinesischer Intellektueller glaubt, dass solche institutionelle Innovationen kontraproduktiv sind. Ihrer Meinung nach besteht das Risiko, eine Krise der chinesischen Legitimität auszulösen, die die politische Führung zu bürokratisch und vorsichtig werden lässt und die unfähig ist, die radikalen Entscheidungen zu treffen, die für Chinas Legitimität notwendig sind. Diese Intellektuel-

len sehen die Lösung vielmehr darin, weitere politische Legitimationsquellen zu suchen. Außerhalb Chinas gibt es das Vorurteil, dass chinesische Politik festgefahren ist, obwohl die Wirtschaft radikale Veränderungen durchlaufen hat. Tatsächlich aber hat sich das Land verändert: einst ein System, in dem überlebensgroße charismatische Figuren wie Deng oder Mao herrschten, erleben wir heute eine kollektive bürokratische Führung von Technokraten, die Macht gemäß strikter Begrenzung der Amtsdauer ausübt und regelmäßigen Bewertungen durch Parteifreunde und Wähler unterliegt. Vertreter des Neo-Autoritarismus und der Massenbeteiligung befürworten diese Entwicklung nicht. Sie argumentieren, dass die Schwachstellen in Chinas politischem System, zu denen Vetternwirtschaft, Korruption, die Machtzunahme von neuen Interessengruppen wie staatseigene Unternehmen und die weitverbreitete Verachtung des Rechtes zählen, die Suche nach einer institutionellen Konstellation für Chinas Probleme erschweren. Nur ein charismatischer Führer – zusammen mit der politischen Parteiorganisation – könnte dies überwinden.

Die Angst vor Bürokratisierung wird am besten an Pan Wei, einem neokonservativen Denker, sichtbar. In seinem hier abgedruckten Aufsatz spricht Pan dem bürokratischen Staat zwar die Fähigkeit zu, große Entscheidungen zu treffen, gibt aber zu bedenken, dass es die einfachen Dinge sind, die zu sozialen Unruhen und zum Zusammenbruch des politischen Systems führen. Pans Meinung nach sind die lokalen Lebensgemeinschaften, die in China Tausende von Jahren Bestand hatten, schrittweise zerstört worden, zunächst durch den Maoismus, und schließlich durch den Markt. Zu ihrer Wiederherstellung schlägt er eine chinesische Variante des Kommunitarismus vor. Pan zufolge sind die Unruhen in Wukan aus Mangel an Respekt für die örtlichen ursprünglichen Clan-Gemeinschaften entstanden, und die Wahl eines neuen Ortsvorstehers würde diese nur verstärken. Er empfiehlt die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Organisationen in der Gemeinde Wuxi in der Provinz Sichuan als Vorbild einer neuen Version von Maos „Massenlinie“, die „Beteiligung“ betont anstatt Staat und Partei zur „Deckung“ zu bringen. In dieser Hinsicht teilt Pan mit einigen Denkern der Neuen Linken die Ansicht, dass die Institutionen des Staates korrupt sind und Mitschuld an der bestehenden Ordnung tragen. Seiner Meinung nach sind sie unfähig, sozi-

ale Gerechtigkeit herzustellen oder die „Ersünde“ zu korrigieren, die zur Herausbildung einer superreichen Schicht neben den verarmten Massen geführt hat. Vertreter der Neuen Linken geht es weniger um die Beschränkung der Macht der Exekutive als um die Ermächtigung der Massen, wofür sich ihrer Meinung nach die Volksdemokratie eignet.

Viele Kritiker des chinesischen Systems werfen Chinas unterdrückendem politischen System Inkohärenz vor und fragen sich, wie sich eine Wirtschaft im Informationszeitalter mit einem Einparteienstaat verbinden lasse. Vertreter der Neuen Linken wie Wang Hui argumentieren, dass gerade wegen der Offenheit der Wirtschaft die Neue Rechte in den 1990er Jahren auf politische Unterdrückung angewiesen war. Starke politische Kontrollen waren die einzige Möglichkeit für die Führungsschicht, Marktrefor-men ohne das Risiko schwerer politischer Unruhen durchzuführen. Gleichwohl haben sie aber dazu geführt, dass in der ehemals egalitärsten Gesellschaft der Welt nun eine noch größere Ungleichheit herrscht als in den USA. Wang spricht sich jetzt für eine politischere und demokratischere Regierungsform aus, um es mit den Kapitalinteressen aufzunehmen und Sozialprogramme für die Massen aufzulegen. Doch wie sein Aufsatz in diesem Band zeigt, befürchtet er, dass durch die Absetzung von Bo Xilai statt eines neuen Zeitalters der Massendemokratie eine Ära eingeleitet werden könnte, in der politische Unterdrückung und Wirtschaftsliberalisierung Hand in Hand gehen.

Innerhalb dieses Debattenkontextes zwischen politischen und institutionellen Legitimationsquellen muss der Einfluss des Internet in China analysiert werden. Viele westliche Beobachter sind felsenfest davon überzeugt, dass das Internet Gesellschaften öffne, autokratische Regime bekämpfe und für den Einzug von liberalen Demokratien Sorge. Doch der chinesische Staat hat das Internet selbst genauso viel verändert wie er durch das Internet verändert wurde. Michael Anti weist in seinem Artikel nach, dass die Strategie der Regierung, Seiten von sozialen Medien „zu blockieren und nachzuzahlen“ den Einparteienstaat eher stärken als schwächen könnte. Seiner Meinung nach ist die selektive Öffnung und Blockade von Informationen integrales aber schädliches Element der Regierungsstrategie der Partei

geworden und ähnelt der im Westen praktizierten PR-Arbeit. So nutzt die Zentralregierung ausbleibende Zensur als politisches Mittel, um lokale Funktionäre zu zügeln.

Nach einem tragischen Zugunglück in Wenzhou im Jahr 2011 ließ die Regierung fünf Tage lang zehn Millionen kritische Stimmen über den chinesischen Eisenbahnminister in den sozialen Medien zu – der zu diesem Zeitpunkt selbst bei Topfunktionären das Objekt des Zorns war. Zwischen Februar und April 2012 wurde im Internet eine noch drastischere und relativ freie Diskussion über den Parteisekretär in Chongqing, Bo Xilai, zugelassen. Es wird vermutet, dass reißerische Gerüchte über Bo und seine Frau Gu Kailai von der Partei mit Absicht geduldet wurden, um die Legitimität eines äußerst populären Führers derart zu beschädigen, dass er abgesetzt werden konnte. Antis stärkste These ist, dass die elektronischen Massen mobilisiert werden, um die gleiche Rolle zu spielen wie die Roten Garden zu Zeiten von Chinas Kulturrevolution.

Dieses eindrückliche Bild zeigt, auf welche Weise China 3.0 immer noch von den politischen Taktiken aus den Zeiten von China 1.0 bestimmt werden könnte. In dieser Hinsicht könnten die soziale Medien sogar zu einer Verlängerung des Einparteienstaates beitragen: Man ermöglicht den Bürgern ein Ventil für ihre Unzufriedenheit und gleichzeitig verhilft man so der Führungsschicht zu einem besseren Verständnis der öffentlichen Meinung (und verhindert, wenn nötig, politische Mobilisierung). Dies wäre ein praktischer Ausweg aus der Stabilitätsfalle, solange er nicht die erforderlichen Reformen verhindert, die China für sein Wachstum als wirtschaftliche und politische Macht braucht.

Chinas Machtkrise

Eine Generation lang war Chinas Außenpolitik geprägt von Deng Xiaopings Maxime „tao guang yang hui“, was frei übersetzt heißt: „Versteckt Euren Ehrgeiz, nährt ihn im Dunklen“. China solle sich, so Deng, als armes und schwaches Land zurückhalten, Konflikte vermeiden und sich auf die wirtschaftliche Entwicklung konzentrieren. Dies hatte eine defensive Außenpolitik zur Folge, die nur selten die Initiative ergriff, aber auf westlichen Druck reagierte und andere Ziele dem Gebot unterordnete, ein stabiles Umfeld für Chinas wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen. Die Außenpolitik von China 1.0 konzentrierte sich darauf, die Sicherheit des revolutionären Staates zu garantieren und die Revolution andernorts voranzutreiben. China akzeptierte die von den USA dominierte internationale Ordnung und versuchte so viel Nutzen wie möglich daraus zu ziehen. Zudem profitierte es als Trittbrettfahrer vom amerikanischen Schutz seiner Investitionen sowie den freien Märkten, die der Westen garantierte.

Seit dem Ausbruch der globalen Finanzkrise ist Dengs Ansatz zunehmender Kritik ausgesetzt. Chinas außenpolitische Community weiß, dass Zurückhaltung für ein Land mit der zweitgrößten Wirtschaft in der Welt, zweistellig wachsenden Militärausgaben und einer physischen Präsenz auf allen Kontinenten schwierig ist. Aber wie darauf reagiert werden soll, wird gegenwärtig heftig diskutiert. Auf der einen Seite sind diejenigen, die westlichen Mächten weit entgegenkommen wollen. Unter ihnen befinden sich überzeugte Globalisierer und defensive Realisten, die überzeugt sind, dass Chinas Machtzuwachs genau der Grund ist, weswegen „Bescheidenheit“ und „Besonnenheit“ wichtiger sind als je zuvor. Andere argumentieren, dass China jetzt eine selbstbewusstere Außenpolitik verfolgen muss, zu der es auch gehört, die Regeln der Außenpolitik zu definieren anstatt sich immer nur den Diktaten aus Washington und anderswo zu unterwerfen. Dies betrifft die Frage der Global Governance, aber noch viel stärker die Frage nach Chinas Nachbarschaft, in der das Südchinesische Meer, das Ostchinesische Meer und Japan eine zunehmend größere Rolle spielen.

In seinem Aufsatz erläutert Wang Yizhou eine der grundlegendsten Veränderungen der chinesischen Außenpolitik: China muss nun die Interessen und die Sicherheit seiner Bürger auf der ganzen Welt schützen. Zählt man zu den 50 Millionen Auslandschinesen noch die 80 Millionen Menschen chinesischer Abstammung hinzu, kommt man auf 130 Millionen Bürger. Würden sie ein eigenes Land bilden, wäre es das zehntgrößte Land der Welt und hätte mehr Einwohner als Japan. Zudem sind staatliche chinesische Firmen und Bürger in einigen der angespanntesten Unruheherde der Welt zu Hause. Die Welt nahm davon Notiz, als China 38.000 Bürger aus Libyen ausflog. Gleichwohl arbeiten noch viele Millionen Chinesen in instabilen Gegenden wie Sudan, Afghanistan, Iran und Angola. Führten Militärplaner bislang Taiwan als Argument für zusätzliche Ressourcen an, so sprechen sie nun über die Notwendigkeit, eine schlagkräftige Kriegsflotte zum Schutz chinesischer Investitionen anzuschaffen.

Als Resultat dieser Faktoren fordern Internationalisten wie Wang Yizhou die Regierung nun auf, den zurückhaltenden Ansatz durch eine Doktrin des „gestalterischen Engagements“ abzulösen. Wang gehört zu der kleinen Gruppe von Globalisten in der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften, die sich für die Integration Chinas in die internationale Ordnung stark machen. Oberflächlich betrachtet gleicht seine Doktrin der des früheren Weltbank-Präsidenten Robert Zoellick, der im Jahr 2008 China aufforderte, ein „verantwortungsvoller Akteur“ zu werden. Schaut man jedoch genauer hin, erkennt man, dass das eigentliche Ziel von „gestalterischem Engagement“ darin liegt, taktische Möglichkeiten zur Kooperation mit internationalen Institutionen zu finden, um die Kritik an China zu minimieren.

Das Gros der chinesischen internationalistischen Außenpolitik-Community ist zurückhaltender als Wang Yizhou, wenn es um die Frage der Verwicklung in globale Verpflichtungen geht. In seinem Aufsatz teilt Wang Jisi, ein Realist, USA-Experte und früherer Mitbewohner des ehemaligen Präsidenten Hu Jintao, die Bedenken von Wang Yizhou hinsichtlich der Pflege guter Beziehungen mit dem Westen. Er sieht jedoch die Lösung in einem gemäßigeren und umsichtigeren Vorgehen. Dieser angstvolle Beitrag reflektiert den Schrecken chine-

sischer Außenpolitiker angesichts der Selbstüberschätzung der jüngsten chinesischen Diplomatie. Wang Jisi verweist auf das Paradox, dass die Aussichten für Chinas Außenpolitik düsterer sind als je zuvor – trotz einer größeren Verschiebung des Machtgleichgewichts zugunsten Chinas. Er befürchtet, dass das chinesische Selbstbewusstsein im Südchinesischen Meer, im Gelben Meer, auf den Senkaku Inseln und an der indischen Grenze dazu beigetragen hat, ein Wiedererstarken der amerikanischen Macht in Asien zu ermöglichen. Wangs vorsichtiger aber entschlossener Pragmatismus spiegelt sich im allgemeinen Tenor, dass Chinas Diplomatie in den 1990er Jahre sowie zu Beginn dieses Jahrhunderts geschickt, aber zurückhaltend war. Doch seit 2008 ist es immer schwieriger geworden, Deng Xiaopings Strategie zu befolgen.

Das Paradoxe ist, dass je stärker China wird, umso schwächer scheint die Regierungsmacht seines Staates zu werden. Dem traditionell zurückhaltenden Außenministerium laufen inzwischen viele Unternehmen und Inlandsabteilungen den Rang ab; Provinzregierungen und große staatliche Unternehmen haben ein stärkeres Interesse an Umsatzsteigerung als an einer Beruhigung der Welt; und die Volksbefreiungsarmee agiert zunehmend widerspenstig. Zudem ist der Austausch mit dem Rest der Welt inzwischen so stark geworden, dass die leitende Führungsebene sich nur bei einer krisenhaften Entwicklung zu kümmern scheint – mit Ausnahme der Beziehung zu den USA.

Da eine jüngere Generation, die nur Chinas Aufstieg kennt, sich in Internet-Chats und auf den Straßen bewegt, scheint die öffentliche Stimmung in Richtung durchsetzungsfähiger Nationalisten wie Yan Xuetong umzuschwenken. Als ich Yan vor einem Jahrzehnt kennenlernte – damals sprach jeder über strategische Partnerschaft zwischen Europa und China – habe ich ihn gefragt, was China von Europa erwartet. „Wenn wir gegen die USA Krieg führen“, sagte er, „würde ich mir wünschen, dass sich Europa neutral verhält.“ In den letzten Jahren ist Yan dadurch bekannt geworden, dass er sich weigerte, westliche Begriffe als gegeben hinzunehmen und stattdessen alte chinesische Konzepte auf die internationalen Beziehungen anwandte.

In seinem ausgewogenen Beitrag für diesen Band fordert Yan einen umfassenden Neuansatz in Chinas Außenpolitik. Anstatt über die Schaffung einer multipolaren Welt zu reden, wie das chinesische Funktionäre in den vergangenen Jahren getan haben, ruft er eine Ära der „Bipolarität“ aus, in der China als einziges Land in den nächsten zehn Jahren zum Gegenpol der USA wird. In knapp 2.000 Worten stellt Yan anschließend die grundlegenden Maximen der Deng-Ära in Frage: die Vorherrschaft der Wirtschaft (er ist der Ansicht, dass sich die Wirtschaft in die Dienste der Politik stellen soll), die Suche nach einer multipolaren Welt (er befürwortet eine Ära des bipolaren Wettbewerbs), das Prinzip der Ungebundenheit (er deutet an, dass Peking eine Allianz mit Russland aufbauen sollte) und die Vorgabe, nicht zu intervenieren (an anderer Stelle schreibt er, dass Chinas Ansatz hinsichtlich Intervention dem der USA ähneln würde, wenn es genauso stark ist wie die USA). Yans Konzept der „Verantwortlichkeit“ sieht vor, dass China seinen Alliierten keine wirtschaftlichen Hilfen oder Investitionen zur Verfügung stellen sollte, sondern Sicherheitsgarantien. Wenn China 3.0 sich tatsächlich einmal zum Schutz chinesischer Interessen veranlasst sehen sollte, wie Yan es vorschlägt, könnte der Westen es noch bereuen, die Passivität chinesischer Außenpolitik kritisiert zu haben.

Doch selbst Yan Xuetongs selbstbewusster Ansatz erscheint übervorsichtig im Vergleich zur Stimmung außerhalb der traditionellen außenpolitischen Community. Die Demonstrationen gegen Japan und die Unmutäußerungen im Internet über die Entwicklungen im Süd- und Ostchinesischen Meer lassen darauf schließen, dass viele Chinesen von ihren Politikern angesichts des gestiegenen wirtschaftlichen Gewichts eine härtere Gangart gegenüber den Nachbarstaaten erwarten. Ein Zeichen für Chinas Übergangszustand sind die Bücher, die sich gut verkaufen. So war das meistverkaufte Buch nach der Krise 2008 „Unglückliches China“, eine in wütendem ultra-nationalen Ton verfasste Tirade, die die Regierung auffordert, endlich keinen Kotau mehr vor dem Westen zu machen und seine wirtschaftliche Macht in politische und militärische Macht umzumünzen. Einer der Autoren, Wang Xiaodong, erklärte mir, dass China zu Zeiten der Opiumkriege ein höheres Bruttoinlandsprodukt gehabt habe als Großbritannien, weswegen sich China nicht allein auf seine Wirt-

schaftsmacht verlassen könne. Trotz der Versuche der chinesischen Regierung, den Verkauf des Buches zu unterbinden, ist es über eine Million Mal verkauft worden und viele weitere Male als Raubkopie, und es hat zu einer Heerschar ähnlicher Wälzer geführt.

Diese Bücher zeigen, dass im Bereich der Außenpolitik, wie in anderen Bereichen auch, eine wachsende Spannung zwischen der Stärke des Landes und des Schwäche des Systems zu beobachten ist. Die große, in der außenpolitischen Debatte zugrundeliegende Frage ist, ob die neue Führungsschicht politische Ziele verfolgen kann, die einerseits den nationalistischen Druck und andererseits die Forderungen von Chinas neuen Interessengruppen überwindet. Da China auf dem Sprung in die globale Superliga ist, wird seine Vorgehensweise sicherlich von innenpolitischem Druck wie auch von einer „Grand Strategy“ geprägt sein.

Warum China 3.0 wichtig ist

Diese Diskussionen über China 3.0 sind von ungeheurer Wichtigkeit für den Rest der Welt. Und das nicht nur, weil ein Fünftel der Menschheit in China lebt. Es ist auch klar, dass die anderen vier Fünftel der Weltbevölkerung zunehmend von Chinas Handlungen beeinflusst werden. Chinesische Ökonomen sagen voraus, dass die chinesische Wirtschaft in den nächsten 20 Jahren mehr als doppelt so groß sein wird wie die amerikanische. Sie erwarten, dass sich China zum größten Inlandsmarkt der Welt und zur wichtigsten Quelle von Auslandsinvestitionen entwickeln und mit seinen Ersparnissen westliche Unternehmen, Marken sowie Vermögenswerte aufkaufen wird. Doch auch wenn Chinas Fußabdruck für die Welt an Bedeutung gewinnen wird, werden die Antriebskräfte für seine intern geführten Debatten zunehmend innenpolitischer Natur sein.

In der Vergangenheit sind Europäer davon ausgegangen, dass mit zunehmendem chinesischem Wohlstand und Entwicklungsgrad China dem Westen immer ähnlicher wird. Dies hat zu einem mangelnden Interesse an Chinas internen Debatten geführt und es wurde der primitive Versuch unternommen, seine Gelehrten und Funktionäre

in „Reformer“, die die westlichen Vorstellungen befürworten und „Konservative“, die zu Chinas maoistischer Vergangenheit zurückkehren möchten, einzuteilen. Wie François Godement und Jonas Parello-Plesner in ihrem Nachwort darlegen, müssen die Europäer ihre mentalen Landkarten jetzt ändern, um mit einem China umzugehen, dessen interne Struktur und strukturelle Beziehung zum Rest der Welt auf den Kopf gestellt wurde. Der Anfangspunkt hierfür muss sein, die Vorurteile der Vergangenheit abzuschütteln und anzufangen, sich mit China 3.0 zu beschäftigen.

MODELLE

Cui Zhiyuan

Das Experiment von Chongqing: Wegweisend für China?

1

Cui Zhiyuan wurde 1993 als junger Absolvent durch einen Artikel bekannt, in dem er zu einer „zweiten Befreiung des Denkens“ aufrief. China müsse sich selbst von der blinden Gefolgschaft neoliberaler Ideen befreien, und zwar genauso, wie Deng Xiaoping dies bei der Abkehr von marxistisch-leninistischen Dogmen ermöglicht habe. Diese Forderung sowie sein Buch über die sozialistische Marktwirtschaft des Dorfes Nanjie haben seinen Ruf als Gründungsmitglied der Neuen Linken gefestigt, einer losen Gruppierung von Intellektuellen, die Alternativen zum neoliberalen Kapitalismus aufzeigen. Cui ist seit langem ein großer Verehrer von James Meades „liberalem Sozialismus“. Durch seine Untersuchungen des „Chongqing-Modells“ erregte er jüngst erneut Aufmerksamkeit und trat als führender intellektueller Fürsprecher der Kommunalverwaltung von Chongqing auf. Er steht dem Bürgermeister von Chongqing, Huang Qifan und dem ehemaligen Parteisekretär Bo Xilai nahe und wurde sogar als Funktionär in die Regierung berufen.

Im Westen wurde über Chongqing hauptsächlich in Zusammenhang mit dem „Singen maoistischer Kampflieder“, dem Drama um die Absetzung von Bo, der Verhaftung seiner Frau wegen des Mordes an einem britischen Geschäftsmann und der Flucht Wang Lijuns, einem Robocopartigen Korruptionsermittler in die US-Botschaft berichtet. In Cuis Aufsatz wird analysiert, warum so viele chinesische Intellektuelle vor dem Sturz Bos das „Chongqing-Modell“ befürwortet haben. Ihm liegt eine längere wissenschaftliche Abhandlung zugrunde, die in akademischen Kreisen und der Partei breit diskutiert wurde: „Partial Intimations of the Coming Whole: The Chongqing Experiment in Light of the Theories of Henry George, James Meade, and Antonio Gramsci“ (Modern China, Heft 37, November 2011, S. 646 – 660). Cui beschreibt Chongqing als Entwicklungsmodell, das Chinas Abhängigkeit von Exporten und Spareinlagen beenden, die wachsende Kluft zwischen Land- und Stadtbevölkerung verringern sowie Staatsbesitz und staatliche Planung nutzen könnte, um die Privatwirtschaft anzukurbeln.

Shenzhen symbolisierte das China der 1980er Jahre und Pudong (der neue Teil von Shanghai) das China der 1990er Jahre. Heutzutage sehen jedoch viele Menschen Chongqing – eine Stadt mit 33 Millionen Einwohnern im Landesinneren, westlichen Teil Chinas gelegen – als Verkörperung Chinas zu Beginn des 21. Jahrhunderts. So schrieb 2008 der in Harvard lehrende Wirtschaftshistoriker Niall Ferguson, der die Bezeichnung „Chimerica“ aus den beiden Begriffen China und Amerika prägte:

Kurz vor dem Jahrestag der großen Kreditklemme des Westens besuchte ich ihr Gegenteil: die große östliche Sparorgie. Nirgendwo sonst wird die halsbrecherische wirtschaftliche Expansion Chinas besser sichtbar als an der Stadt Chongqing. Am Yangtze-Fluss gelegen, gehört sie heute zu den am schnellsten wachsenden Städten weltweit. Ich hatte bei früheren Besuchen Chinas bereits einnige spektakuläre Bauwerke gesehen, aber das hat sogar Shanghai und Shenzhen in den Schatten gestellt.⁷

Fergusons Besuch von Chongqing veränderte seine Vorstellung von „Chimerica“. Er hatte ursprünglich eine Arbeitsteilung im Sinn, wonach China „spart“ und die USA „konsumieren“, weil er der Ansicht war, Chinas Binnenmarkt sei nicht groß genug und daher auf exportgestütztes Wachstum angewiesen. Doch die „spektakulären Bauwerke“, die er in Chongqing zu sehen bekam, verdeutlichten ihm die kommende Wirklichkeit des riesigen chinesischen Marktes – und damit das Ende von „Chimerica“.

Es ist durchaus nachvollziehbar, dass Ferguson Chongqing als Gegensatz seiner Vorstellung von „Chimerica“ wahrnahm. Schließlich wurde Chongqing im Jahr 2007 vom chinesischen Staatsrat zum „nationalen Experimentierfeld für die Integration ländlicher und urbaner Entwicklung“ auserkoren. Diese Integration ist der Schlüssel für die Ankurbelung der chinesischen Binnennachfrage, insbesondere, da Stadtbewohner sechs Mal so viel konsumieren wie Landbewohner und somit die chinesische Wachstumsstruktur verändern können,

⁷ Rede von Niall Ferguson über „Chimerica“ am Carnegie Council, 20. November 2009, abrufbar unter: <http://www.youtube.com/watch?v=-DeQYWr08YU>.

die sich bislang auf Exporte stützte und nun stärker vom Binnenkonsum getrieben werden soll. Im März 2011 wurde auf dem chinesischen Volkskongress offiziell der 12. Fünfjahresplan verkündet, in dem „eine Veränderung der Struktur des Wirtschaftswachstums zur Verbesserung der Lebensgrundlage der Menschen“ zur neuen Säule von Chinas Wirtschafts- und Sozialpolitik erklärt wurde.

In Bezug auf Chongqing berichten die westlichen Medien zumeist vor allem über Bo Xilai und die „maoistischen Kampflieder“, die er die Menschen singen ließ. Diese Initiative sollte jedoch im Kontext von Innovationen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik gesehen werden, die in Chongqing eingeführt wurden. So gibt es insbesondere drei interessante Aspekte am Chongqing-Experiment, die in Zukunft auch anderswo in China zur Anwendung kommen könnten: ein Markt für Landzertifikate, die Reform des Meldewesens für Wanderarbeiter und das Leasingsystem für öffentlichen Grund und Boden.

Der Markt für Landzertifikate

Schon bevor Chongqing zum „nationalen Experimentierfeld für die Integration ländlicher und urbaner Entwicklung“ auserkoren wurde, hatte Präsident Hu Jintao im März 2007 in einer Rede beim Jahrestreffen des Volkskongresses vor einer Delegation aus Chongqing dessen Funktion in Chinas Gesamtentwicklungsstrategie dargelegt. Danach fielen Chongqing drei Aufgaben zu: erstens das Wirtschaftszentrum am Flussoberlauf des Jangtse zu werden, zweitens zum „Wachstumsmagnet“ für den ganzen Westen Chinas zu werden und drittens die erste Region im westlichen China zu sein, die eine „Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand“ hat (xiao kang).

In diesem Sinn errichtete Chongqing im Dezember 2008 den ersten und einzigen „Landtauschmarkt“ in China. Auf diesem Markt wird nicht das Stück Land an sich getauscht, sondern vielmehr „Landzertifikate“ (di piao), die anzeigen, wieviel als Bauland ausgewiesenes Land wieder in Agrarflächen umgewandelt wurden. Wenn beispielsweise einige Dorfbewohner ihr Leben so umstrukturiert haben, dass sie Bauland in Agrarflächen konvertieren möchten, dürfen sie auf

dem Landtauschmarkt Zertifikate an Entwicklungsgesellschaften verkaufen, die diese ersteigern müssen.

Der Markt für Landzertifikate ähnelt im Wesentlichen dem Emissionshandelssystem in Europa und anderswo. Für chinesische Verhältnisse ist es jedoch von Bedeutung, dass hier implizit Landentwicklungsrechte von Landbewohnern anerkannt werden – etwas, das es bislang im derzeitigen chinesischen „Raumplanungsgesetz“ nicht gibt. Der Landzertifikatemarkt in Chongqing ist vergleichbar mit dem Experiment der Übertragung von handelbaren Entwicklungsrechten (TDR) in einigen amerikanischen Städten in den 1970er Jahren.⁸

Melderechtsreform

Zweites Element des Chongqing-Experiments ist die Melderechtsreform für die zwei Millionen Bauern und ihre Familien, die seit 2010 vom Land nach Chongqing gezogen sind. Die Reform des Hukou-Systems erlaubt jedem ehemaligen Landbewohner, der länger als fünf Jahre in der Stadt gearbeitet hat, sich in der Stadt zu registrieren. Dies stellte einen großen Schritt dar, die Diskriminierung von Landarbeitern in der Stadt zu beenden und war Voraussetzung für die „Integration der ländlichen und urbanen Entwicklung“ – die Mission Chongqings als „nationales Experimentierfeld“.

Ohne den Landzertifikatemarkt wäre es für Chongqing schwierig gewesen, mit diesem Zustrom fertig zu werden, weil Landbewohner ihre Grundstücke auf dem Land nicht aufgeben müssen, wenn sie sich in der Stadt registrieren lassen, was eine vernünftige Landplanung in ländlichen Gebieten erschwert. Der Landzertifikatemarkt schafft für die Wanderarbeiter einen Anreiz, ihr Wohnbauland im Tausch gegen Landzertifikate freiwillig abzugeben, wodurch es wieder in Agrarflächen zurückverwandelt werden kann. Gegenwärtig liegt der durchschnittliche Preis für einen Mu „Landzertifikat“ bei

⁸ Vgl. Development Rights Transfer in New York City, in: Yale Law Journal, Band 82, Heft 2, S. 338–372.

150.000 bis 200.000 Yuan.⁹ Dies führt zu einem deutlich angenehmeren Leben in der Stadt für die Familien, die vom Land in die Stadt gezogen sind und sich als urbaner Haushalt registriert haben.

In vielen Teilen Chinas kam die Wertsteigerung für Grundstücke in Folge der schnellen Industrialisierung vor allem städtischen Bewohnern und der Landbevölkerung zugute, die in der Nähe von Vororten großer Städte leben. Im Gegensatz dazu können in Chongqing durch den Landzertifikatemarkt und die Reform des Meldewesens sogar weit von der Stadt entfernt lebende Bauern durch den Verkauf ihrer Landentwicklungsrechte vom Anstieg der Bodenwerte profitieren.

Pachtsystem für öffentliche Grundstücke

Das dritte Element des Chongqing-Experiments ist das Pachtsystem für öffentlichen Grund und Boden. Als Huang Qifan im Jahr 2001 als stellvertretender Bürgermeister von Shanghai nach Chongqing kam, erzielte die Verwaltung von Chongqing Pachteinahmen aus öffentlichen Grundstücken lediglich in Höhe von 0,2 Milliarden Yuan. Huang war verwundert, dass Chongqings „Grundpreis“ für die Verpachtung von Grundstücken niedriger war als in Chengdu, das sich in einer Ebene befindet und dessen Grundstücke daher viel leichter zu verkaufen sind. Huang entschied unmittelbar, dass der Grundpreis in Chongqing für jede Grundstücksklasse um 10 Yuan höher liegen sollte als der Vergleichswert in Chengdu.

2002 wurde der neue Grundpreis für verpachtetes Land in Chongqing eingeführt. Die Erträge aus der Verpachtung von öffentlichem Grund und Boden stiegen in der Folge von 0,6 Milliarden auf 2,2 Milliarden Yuan im Jahr 2003 und schließlich auf 98 Milliarden Yuan im Jahr 2010. Die Chongqing-Regierung behielt einen großen Anteil des gestiegenen Landwertes ein, weswegen der Gewerbesteuerersatz nur bei 15 Prozent lag, verglichen mit 33 Prozent im Rest des Landes.

⁹ Mu ist eine chinesische Maßeinheit und entspricht in etwa 666,66 m².

Das Pachtsystem für öffentliche Grundstücke gilt als Sonderfall in der Auseinandersetzung über die gemeinsame Entwicklung von Unternehmen in Staatsbesitz und in privater Hand. Normalerweise geht man davon aus, dass staatliche bzw. staatseigene Unternehmen und private Unternehmen sich gegenseitig ausschließen: wenn eines kommt, geht das andere.

Doch in Chongqing sind sowohl der staatliche als auch der private Sektor im letzten Jahrzehnt stark gewachsen. Der staatliche Besitz von Vermögenswerten hat sich in Chongqing mehr als verdreifacht, von 170 Milliarden Yuan im Jahr 2002 auf 1,386 Milliarden Yuan Ende Juni 2011. Doch auch der Privatsektor hat in Chongqing sehr stark zugelegt: im Jahr 2001 betrug der Anteil des Privatsektors am Bruttoinlandsprodukt von Chongqing 38,8 Prozent und dieser Wert stieg bis Ende 2010 auf 61,2 Prozent.

Das Experiment von Chongqing zeigt, dass zwischen staatlichen und privaten Unternehmen kein Nullsummenspiel herrschen muss. Schon der Nobelpreisk Gewinner und Wirtschaftswissenschaftler James Meade hatte nachgewiesen, dass sie einander ergänzen und gegenseitig verstärken können. Das Experiment von Chongqing kann sogar als Versuchslabor dienen, einen „optimalen Mix“ aus staatlichem und privatem Besitz à la Meade zu finden. Huangs Bemerkung einer „dritten Finanzierung“ erklärt sich mit Blick auf Meades Theorie: Wenn die Regierung Marktanteile aus öffentlichen Vermögenswerten erzielen kann, hat sie Spielraum, die Steuerlast für Privatunternehmen und Bürger reduzieren, so dass sich staatlicher und privater Geschäftsbesitz gegenseitig verstärken.

Schlussbemerkung

Die Versuche in Chongqing, die Beziehung der Partei mit dem Volk wiederzubeleben, ergeben nur im Kontext von Innovationen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik Sinn, die durchgeführt wurden, seit die Stadt 2007 zum „nationalen Experimentierfeld für die Integration ländlicher und urbaner Entwicklung“ wurde. Das jüngste Politikexperiment in Chongqing lautet: „Zehn Projekte zur Verbesserung

der Lebensbedingungen der Menschen” wozu auch eine Reform des Meldewesens gehört.¹⁰ Die maoistischen Kampflieder von Bo mögen als Form der Indoktrinierung erscheinen. Doch singt man diese im Kontext der „zehn Projekte zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen“, können auch sie als Möglichkeit verstanden werden, die Beziehung der chinesischen Kommunistischen Partei mit den Menschen wiederzubeleben.

Das Experiment von Chongqing könnte nationale Auswirkungen haben. Die in der Stadt seit 2001 unter Bürgermeister Huang eingeführten Neuerungen – der Landzertifikatemarkt, die Reform des Meldewesens und das Pachtssystem für öffentliches Land – wurden in ganz China genauestens verfolgt und diskutiert und könnten den zukünftigen Weg des Landes aufzeigen. Aus diesem Grund könnten Chongqings unterschiedliche Versuche, die ländliche und städtische Entwicklung zu integrieren als „teilweise Andeutungen des kommenden Ganzen“ gesehen werden.

Nachtrag: Am 6. Februar 2012 hat der Polizeichef von Chongqing, Wang Lijun, im amerikanischen Konsulat in Chengdu Asyl gesucht und damit die politische Karriere von Bo abrupt beendet. Doch das in diesem Beitrag beschriebene sozial-wirtschaftliche Experiment in Chongqing gab es bereits vor ihm und es geht auch ohne ihn weiter. Die Bo-Affäre ist ein Zeichen dafür, dass es keinen geeigneten Mechanismus für die Lösung politischer Konflikte in den höchsten Ebenen chinesischer Politik gibt. Das Experiment von Chongqing verdient gleichwohl eine genauere Analyse, weil es für die künftige politisch-wirtschaftliche Entwicklung Chinas von Bedeutung ist.

¹⁰ Cui Zhiyuan: The Political Economy of Chongqing's Ten Projects of Improving People's Livelihood, Journal of the Central Party School, September 2010.

Xiao Bin

Das Modell von Guangdong im Übergang

2

Xiao Bin gehörte im Jahr 2011 zu den prominentesten Unterstützern des „Guangdong-Modells“. Seit August 2011 wurde der Gegensatz zwischen Chongqing und Guangdong in diversen Seminaren und Diskussionsrunden ausführlich diskutiert. In einem, im Sommer 2011 auf dem berühmten Duftberg am Rande Pekings abgehaltenen Symposium, wurden zum ersten Mal die politischen Auswirkungen der Rivalität zwischen Guangdong und Chongqing sowie die Möglichkeit einer pluralistischen Regierung in einem zukünftigen China thematisiert. Cui Zhiyuan konnte als führender Unterstützer des „Chongqing-Modells“ nicht teilnehmen, weswegen die erwartete Auseinandersetzung mit ihm ausblieb. Der Vortrag von Xiao gehörte jedoch definitiv zu den Höhepunkten der Tagung.

Der folgende Essay ist die gekürzte Fassung eines Aufsatzes mit dem Titel: „The Evolving Guangdong Model: An Analytical Framework“, der im Juni 2011 im Journal of Public Administration erschienen ist. Er wurde in verschiedenen chinesischen Journalen abgedruckt und gilt als klassische Darstellung des „Guangdong Modells“.

Das Modell von Guangdong ist aus einer speziellen Geographie und Geschichte entstanden. Neben der einzigartigen Lage Guangdong und den sich dort bietenden externen Möglichkeiten waren es vor allem einmalige historische Veränderungen in der Provinz, die sein Entstehen begünstigt haben. Das Guangdong-Modell zeichnet sich vor allem durch drei Elemente aus: erstens ein politisches System, das Härte und Flexibilität vereint; zweitens eine staatlich kontrollierte Marktwirtschaft und drittens ein unausgewogenes Sozialsystem. Alle drei Elemente sind derzeit mit Herausforderungen konfrontiert, weswegen es im Guangdong-Modell zu Veränderungen kommen wird.

Härte und Flexibilität

Das erste Element des Guangdong-Modells ist ein politisches System, das Härte und Flexibilität kombiniert. Die Härte entsteht durch die Partei, die die Ausübung politischer Macht streng kontrolliert. Das System zeichnet sich aber auch durch Flexibilität aus, weil es sich an die historischen Veränderungen, die sich im Laufe des seit 30 Jahren währenden Reform- und Öffnungskurses ergeben haben, anpasst. Bis 1978 hatte China eine stark zentralisierte Planwirtschaft und ein politisches System, in dem die Macht in den Händen der Zentralregierung und der Provinzverwaltungen konzentriert war, was zu Lasten der Autonomie der Städte, Bezirke oder der Bürger ging. Allerdings hat Guangdong während des in den letzten dreißig Jahren durchgeführten Reform- und Öffnungskurses drei Mal das Verhältnis der Machtebenen zueinander entscheidend reformiert.

Zuerst wurde auf vertikaler Ebene dezentralisiert: die Macht wurde vom Zentrum auf die Provinz von Guangdong und von der Provinz auf die Städte, Bezirke, Kleinstädte und Dörfer übertragen. Dezentralisierung war im Wesentlichen gleichbedeutend mit einer größeren Autonomie für Regierungen unterhalb der Provinzebene. Zweitens wurde auf horizontaler Ebene dezentralisiert: um die Wirtschaftskraft zu stärken, erhielten die Unternehmen analog zu den Erfahrungen aus Qingyuan und Jiangmen in den frühen und späten 1980er Jahren Befugnisse „zurück“. Drittens wurden auch die Kompetenzen

der Lokalregierung begrenzt. Nachdem schon im Jahr 1997 Shenzhen diesen Schritt vollzogen hatte, gehörte Guangdong zu den ersten Städten im Land, die Bürokratie abbaute und die Antragsprüfung vereinfachte. Dies führte zu einer begrenzten Regierung gemäß rechtstaatlicher Prinzipien.

In Guangdong hat sich auch die Rolle der Regierung verändert. Ursprünglich hatte sie wirtschaftliche Aktivitäten geplant und kontrolliert; nun beschränkt sie sich darauf, die Regeln festzulegen, zu regulieren und die Marktwirtschaft zu überwachen. Anstatt lediglich auf Wirtschaftswachstum zu setzen, steht nun auch die Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen, die Stärkung des staatlichen Finanzsystems und die Verbesserung staatlicher Aufgaben im Vordergrund.

Guangdong hat auch mit neuen Formen der beratenden Demokratie experimentiert. Der Ständige Ausschuss des Volkskongresses der Provinz Guangdong ruft auf seiner offiziellen Homepage, in Zeitungen und anderen Medien die Gesellschaft zur Kommentierung von Gesetzentwürfen auf. Der Provinzvolkskongress veranstaltet zudem Gesetzesanhörungen und Foren, um die Meinung der Bürger einzuholen. Die Kommunalverwaltung von Guangzhou war im Jahr 2006 eine der ersten in China, die die Beteiligung der Bürger an der Formulierung von Verwaltungsvorschriften fest etabliert hat.

Guangdong ist zudem Vorreiter bei der institutionalisierten Aufsicht über die Regierungsfinanzen. Seit 1997 darf der Ständige Ausschuss des Volkskongresses der Stadt Shenzhen nationale Wirtschafts- und Sozialentwicklungspläne prüfen und bewilligen. Im Jahr 2001 hat die Provinz Guangdong eine Vorschrift erlassen, wonach alle Volkskongresse und ihre Ständigen Ausschüsse auf allen Ebenen das Recht auf Haushaltsüberwachung der jeweiligen Regierung haben. Im Jahr 2005 wurde die verpflichtende Veröffentlichung der Haushalte und der Finanzstatements vorgeschrieben, was die Transparenz der Regierung deutlich verbessert hat.

Das durch Härte und Flexibilität charakterisierte politische System führte in politischer Hinsicht zu einer Stärkung der Autorität der Regierung sowie zum Entstehen eines stabilen politischen und sozialen

Umfeldes für die wirtschaftliche Entwicklung. In wirtschaftlicher Hinsicht hat es die freie Entwicklung des Marktes ermöglicht. Ein politisches System, das einst die wirtschaftliche Entwicklung untersagt hat, unterstützt diese nun.

Doch da die politischen Reformen nicht vollendet wurden, ist die grundlegende Struktur aus Machtzentralisierung und Monopolisierung unverändert geblieben. Zudem muss Rechtstaatlichkeit und Demokratie in China noch stärker institutionalisiert werden. So kann politische Macht nicht kontrolliert oder beschränkt werden und die Menschen haben keine Möglichkeit, ihre Bürgerrechte einzufordern. Aus diesem Grund ist die Korruption unter Regierungsfunktionären weit verbreitet und kaum zu bekämpfen. Die Herausforderung liegt zukünftig darin, politische Reformen zu vertiefen, um ein wirksames institutionelles Rahmenwerk zu schaffen, das Korruption verhindert.

Eine staatlich kontrollierte Marktwirtschaft und eine exportorientierte Wirtschaft

Das zweite Element von Guangdong ist das Wirtschaftsmodell, bestehend aus einer staatlich kontrollierten Marktwirtschaft und einer exportorientierten Wirtschaft. Seit 1980 hat Guangdong einige wegweisende marktwirtschaftliche Reformen auf den Weg gebracht: im Produktionsbereich wurde die Planung schrittweise von der Selbstregulierung des Marktes verdrängt; das staatliche Monopol auf den Kauf und die Verteilung von Gütern wurde zerschlagen; und es wurden Reformen bei Preisen, Eigentum und Eigentumsrechten durchgeführt. Gleichwohl gibt es in Guangdong noch keine völlig freie Marktwirtschaft, da die Wirtschaft weiterhin staatlich kontrolliert wird.

Die Kommunalverwaltung spielt somit die Hauptrolle bei der kommunalen Wirtschaftsentwicklung. Sie tritt als Unternehmer auf und übernimmt die Ressourcenallokation: Märkte (Kapital, Arbeit, Grundstücke usw.) sind jedoch immer noch unvollkommen, das Verwaltungsmonopol und unfairen Wettbewerb bestehen fort und die Regierung hat Vorrang vor dem Markt; es gibt kein soziales Kredit-

system und kein Rechts- und Ordnungssystem zur Unterstützung einer modernen Marktwirtschaft. Guangdong hat somit noch viel Arbeit vor sich, um sein marktwirtschaftliches System zu verbessern und zu perfektionieren.

Seit Chinas „Öffnungskurs“ hat sich die wirtschaftliche Entwicklung in Guangdong auf die Anwerbung ausländischer Investitionen aus Hongkong, Macau und anderen entwickelten Gebieten und Ländern konzentriert. Die Kombination aus geographischen Vorteilen und billigen Arbeitskräften hat in Guangdong zu einer großen Abhängigkeit von externen Ressourcen und Märkten geführt. Es werden größtenteils Billigprodukte hergestellt, die keine geschützten Technologien erfordern. Guangdong hat sich zwar mit enormer Geschwindigkeit entwickelt, zahlt dafür aber einen hohen Preis. So wurde beispielsweise die Umwelt zerstört, Arbeitnehmerrechte (vor allem die von Wanderarbeitern) wurden vernachlässigt und die Kluft zwischen verschiedenen Distrikten, zwischen Städten und Dörfern sowie zwischen Arm und Reich ist kontinuierlich gewachsen. Die Herausforderung liegt nun in einem gelungenen Übergang von einem an externen Ressourcen orientierten Wachstumsmodell hin zu einem an internen Ressourcen orientierten Wachstumsmodell. Auch der Übergang von einer staatlich kontrollierten Marktwirtschaft zu einer auf rechtsstaatlichen Prinzipien beruhenden Marktwirtschaft steht noch aus.

Ein unausgewogenes Sozialsystem

Das unausgewogene Sozialsystem bildet das dritte Element des Guangdong-Modells. Die drei Faktoren des Sozialsystems – Sozialordnung, soziale Sicherheit und Zivilgesellschaft – befinden sich in unterschiedlichen Entwicklungsphasen.

Im Hinblick auf die Sozialordnung und mit dem Ziel einer stabilen Gesellschaft wird in Guangdong noch immer an der Umwandlung eines traditionellen, einfachen und harten Systems sozialer Kontrolle in ein System mit innovativem Recht- und Sozialmanagement gearbeitet. Um auf soziale Spannungen reagieren zu können, hat Guangdong seit 2009 in seinen Städten und Straßen mehr als 1.600 Zentren

zur ganzheitlichen Steuerung, Antragsstellung und zur Erhaltung (oder zum Schutz) der Stabilität errichtet. Diese Steuerungszentren setzen sowohl traditionelle, rigide Maßnahmen sozialer Kontrolle als auch innovative, neue Ansätze des Sozialmanagement ein, beispielsweise ein verbessertes Quartiersmanagement, praktische Dienstleistungen sowie auf Gerechtigkeit und Überzeugungskraft basierende Konfliktlösungsmechanismen.

Die Entwicklung der Sozialversicherung sowie der Sozialhilfe (inklusive der Kapitallebensversicherung, Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Unfallversicherung für Unfälle am Arbeitsplatz und des Mutterschaftsgelds) ist ebenfalls sehr schnell vorangeschritten. Landesweit belegt Guangdong bei Maßnahmen zur privaten sozialen Absicherung den ersten Platz. Dies betrifft etwa die Zahl der in der Rentenversicherung erfassten Personen, die Basiskrankenversicherung für Stadtbewohner, die Arbeitslosenversicherung sowie die Unfallversicherung für Unfälle am Arbeitsplatz. Gleichwohl ist die staatlich finanzierte Sozialhilfe, bestehend aus sozialen Hilfsprogrammen, sozialer Fürsorge, Notfallversorgung und Arbeitsvermittlung, etc. relativ schwach ausgeprägt.

Der Vorteil einer stärker privat finanzierten Sozialversicherung liegt in niedrigeren finanziellen Lasten für den Staat. So erhöhte beispielsweise die Krankenversicherungsreform in Zhanjiang den Versorgungsgrad mit Krankenversicherungen, indem der höchstmögliche medizinische Deckungsschutz mit dem geringstmöglichen Input von Regierung und Einzelpersonen erfolgte. Der Nachteil liegt allerdings darin, dass das Sozialversicherungssystem in Guangdong unterentwickelt ist.

Laut einer im August 2011 veröffentlichten nationalen Erhebung über die Gewährleistung eines minimalen Lebensstandards für die Stadtbevölkerung lag der Pro-Kopf-Beitrag für die Sozialversicherung im Monat August in Guangdong bei nur 181 Yuan – und damit unter dem nationalen Durchschnitt von 206 Yuan. Nur sechs andere Provinzen – Fujian, Guangxi, Sichuan, Yunnan, Gansu und Ningxia wiesen noch niedrigere Werte auf. Betrachtet man die Gesamtausgaben für die ersten acht Monate, dann übertrafen die Ausgaben von

Guangdong nur die von acht anderen Provinzen und lagen damit hinter denen von Shanghai und Chongqing. Hinsichtlich staatlich finanzierter Sozialversicherung liegt Guangdong somit im landesweiten Vergleich noch immer im hinteren Feld. Dies steht weder in Einklang mit seiner Position als führende Provinz-Wirtschaftsmacht noch mit seiner Führungsrolle bei der Entwicklung der Sozialversicherung.

Die Zivilgesellschaft in Guangdong ist hingegen gut entwickelt. Das Bewusstsein für Bürgerrechte ist gut ausgeprägt (vor allem das Recht auf Wahrheit, auf Partizipation, auf Meinungsfreiheit, auf Regierungskontrolle, etc.); die Zahl sozialer Organisationen nimmt zu und die Medien dürfen relativ frei berichten. Vereinfacht ausgedrückt, haben die Bürger von Guangdong im Vergleich zu anderen Bürgern des Landes ein größeres Bewusstsein für ihre Rechte.

Die mächtige Bürgergesellschaft in Guangdong hat einerseits dazu geführt, dass die Regierung stärker auf die Ansichten und Sorgen der Bürger eingeht; andererseits haben die Bürger auch gelernt, Zivilbewusstsein zu kultivieren und bürgerliches Engagement sowie Empowerment voranzutreiben. Sie verfolgen durch die Kombination rechtmäßiger und vernünftiger Proteste mit einer positiven und konstruktiven Beteiligung eine duale Strategie.

Die seit dem Jahr 2009 anhaltenden Proteste gegen eine Müllverbrennungsanlage in Panyu, einem Distrikt von Guangzhou, sind ein typisches Beispiel für die Aktionen von Bürgern Guangdongs. Einerseits haben die Einheimischen Protestmärsche organisiert und Unterschriften gesammelt, um gegen den Vorschlag der Regierung zu protestieren. Mit Erfolg: Das Vorhaben wurde nicht umgesetzt. Andererseits haben sie Internetforen geschaffen, umfangreiche Informationen gesammelt und Expertenanhörungen veranstaltet. Zudem haben sie politische Diskussionen über das Thema Müllverarbeitung organisiert und ein Verfahren zur Klassifizierung von Abfällen als Alternativlösung zum Müllverbrennungsplan eingebracht. Die von den Bürgern Panyus zur Schau gestellte konstruktive Haltung und Taktik hat dazu geführt, dass sie als „gleichwertige Diskussionspartner“ wahrgenommen wurden – das heißt, als unverzichtbare Kraft, die von der Regierung nicht ignoriert werden kann.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Guangdong-Modell derzeit Veränderungen durchmacht: aus einem rigiden System, in dem die Regierung Kontrolle sowohl über den Markt als auch die Gesellschaft ausübt, soll ein dreidimensionales System werden, in dem der Markt und die Zivilgesellschaft interagieren. Oberflächlich betrachtet liegt die Herausforderung darin, den Übergang von einer extern orientierten Wirtschaft zu einer inländisch orientierten Wirtschaft zu bewerkstelligen und dabei gleichzeitig die Balance zwischen „der Vergrößerung des Kuchens“ (d. h. Produktivität) und „der besseren Verteilung des Kuchens“ (d. h. Fairness) hinzubekommen. Zugleich muss der Wandel von einem rigiden und extensiven System sozialer Kontrollen zu einem dienstleistungsorientierten Sozialmanagement mit effektiver Kontrolle der Korruption bewerkstelligt werden. Aus der Nähe betrachtet, führen systeminhärente Probleme zu grundlegenden strukturellen Herausforderungen – nämlich die Spannung zwischen der Monopollogik eines integrierten Systems und der Wettbewerbslogik einer Marktwirtschaft. Die Zukunft des Modells von Guangdong hängt von weiteren Reformen und Öffnungsschritten ab.

WIRTSCHAFT

Yu Yongding

Restrukturierung mit Hilfe von Wachstum

3

Yu Yongding gehört zu Chinas führenden Makroökonomern. Seine Arbeiten zeichnen sich durch eine für chinesische Verhältnisse ungewöhnliche Kombination aus liberaler Wirtschaftspolitik und starker Betonung von sozialer Gerechtigkeit aus. Yu, der zusammen mit Bo Xilai das prestigeträchtige Pekinger Gymnasium Nummer 4 besucht hat, kritisiert, dass China seine in den USA erzielten hohen Handelsüberschüsse in US-Schuldtitel investiert hat, die in US-Dollar ausgestellt sind. In einem treffenden Vergleich witzelt er, dass Investitionen in US-Treasuries, deren Wert durch quantitative geldpolitische Maßnahmen zunichte gemacht wurden, das währungspolitische Äquivalent zu Japan wäre, das all seine Schiffe nach Pearl Harbor segeln lässt, damit die Amerikaner diese dann beschließen können. Zwar ist er der Ansicht, dass der Wechselkurs des Renminbi frei schwanken sollte, um die Abhängigkeit von billigen Exporten schneller zu beenden. Er warnt aber ausdrücklich vor einer voreiligen Konvertibilität des Renminbi. Zudem appelliert er an die Regierung, sich nicht von den

eigennützigen Forderungen der Finanzlobby Hongkongs hinsichtlich einer Liberalisierung der Kapitalkonten beeinflussen zu lassen.

Sein Aufsatz spiegelt seine langjährige Überzeugung wider, wonach die chinesische Wirtschaft, die durch Exportorientierung, Konzentration auf Investitionen und geringe Wertschöpfung gekennzeichnet ist, größeren Wert auf Binnenkonsum und hochwertige Wertschöpfung legen sollte. Diese Ansicht hat er auch viele Jahre als Mitglied des geldpolitischen Ausschusses der chinesischen Zentralbank und in seinen Beiträgen für verschiedene Fünfjahrespläne der Partei vertreten.

Angesichts des nachlassenden Wachstums der chinesischen Wirtschaft werden häufig Anreize empfohlen, um auch zukünftig achtprozentiges Wachstum zu garantieren. So wird beispielsweise viel über den Zusammenbruch der chinesischen Stahlindustrie diskutiert, deren Gewinn im Jahr 2011 um nahezu 50 Prozent eingebrochen ist. Auch in der Rohstoffindustrie und in der Zementproduktion hat sich das Wachstum verlangsamt. Forderungen nach weiteren wirtschaftlichen Anreizen überschätzen jedoch die kurzfristigen Probleme, vor denen China steht und sie unterschätzen die langfristigen Konsequenzen des Scheiterns einer rechtzeitigen Restrukturierung und Veränderung von Chinas Wachstumsstruktur. Chinas Führungspersonal sollte die Nerven behalten und der Versuchung eines Kurswechsels zur Ankurbelung des Wachstums widerstehen. Stattdessen sollte Chinas wirtschaftliche Anpassung beschleunigt werden, und zwar selbst dann, wenn dies zu Einbußen beim Wachstum führt, zumindest solange es nicht zu signifikant steigenden Arbeitslosenzahlen kommt. Wenn China jetzt nicht mit der Restrukturierung beginnt, wird der später zu zahlende Preis umso höher sein.

Die Gründe der Konjunkturabschwächung

Es gibt verschiedene Ursachen für den Wachstumsrückgang in der chinesischen Wirtschaft. Teilweise geht er auf erfolgreiche Maßnahmen der Regierung zurück, die Immobilienblase platzen zu lassen. Für den Zeitraum 2010–2015 sah der 12. Fünfjahresplan einen Richtwert von 7 Prozent durchschnittlichen jährlichen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) vor. Ein geringeres Wachstumsziel sollte die Restrukturierung und Veränderung von Chinas Wachstumsstruktur ermöglichen. Die Abschwächung ist somit teilweise von der Politik selbst herbeigeführt worden.

Investitionen und Exporte sind die beiden Hauptantriebskräfte des chinesischen Wachstums. Diese Wachstumsstruktur war bei Chinas Transformation von einem extrem armen Land in ein Land mit einem niedrigen Durchschnittseinkommen erfolgreich. Allerdings beläuft sich die chinesische Investitionsrate auf fast 50 Prozent des BIP, wovon allein 10 Prozent auf Investitionen in Immobilien zurückge-

hen. Dies hatte zur Folge, dass Chinas Kapitaleffizienz in den vergangenen Jahren spürbar gesunken ist. Die Frage, ob überhaupt eine Blase existiert, ist nachrangig. Allerdings gilt: Nachhaltiges Wachstum beruht nicht auf Beton und Zement.

Im Jahr 2007 überstieg das Verhältnis der chinesischen Exporte zum BIP die 35-Prozent-Marke. Die Exportabhängigkeit der chinesischen Wirtschaft wird mit dem Argument angezweifelt, dass die Nettoexporte in Relation zum BIP nicht hoch seien. Doch diese Argumentation ist begrifflich nicht korrekt. Die Nettoexporte können nicht dafür herangezogen werden, die Abhängigkeit einer Wirtschaft von der Außennachfrage zu messen. Wenn die chinesische Wirtschaft wirklich nicht massiv exportabhängig ist, wieso ist das Wachstum dann seit 2008, dem Jahr der Konjunkturabschwächung, so stark eingebrochen? Um nachhaltiges Wachstum zu erzielen, muss China eine neue Wachstumsstruktur aufbauen, die sich stärker auf die Binnennachfrage und den Konsum als auf die Außennachfrage und Investitionen, vor allem in Immobilien, stützt. Die chinesische Regierung hat das verstanden. Anfang des Jahres 2012 sagte der damalige Premierminister Wen Jiabao: „Dadurch, dass wir eine geringfügig niedrigere BIP-Wachstumsrate vorgegeben haben, hofften wir ... die Menschen in allen Wirtschaftsbereich dazu zu ermutigen, den Strukturwandel der wirtschaftlichen Entwicklung zu beschleunigen sowie nachhaltiger und wirkungsvoller zu machen.“¹¹

Es wurde allgemein versucht, Investitionen zu drosseln, vor allem aber Investitionen in Immobilien. Der Rückgang bei Investitionen in die Infrastruktur und die Immobilienentwicklung, die in der ersten Jahreshälfte 2012 um 16,3 Prozent gesunken sind und Auswirkungen auf verwandte Industrien wie Baumaterialien, Möbel und Geräte hatte, hat unweigerlich zu einem Wachstumsrückgang geführt.

Aufgrund der globalen Finanzkrise ist auch das chinesische Exportwachstum dramatisch eingebrochen. Angesichts des Rückgangs standen zwei Optionen zur Wahl: eine Ankurbelung der Exporte durch Steuervergünstigungen und die Bindung des Yuan an den

¹¹ Tania Branigan: China cuts growth target to 7.5%, in: Guardian, 5. März 2012, abrufbar unter <http://www.guardian.co.uk/world/2012/mar/05/china-cuts-growth-target-7-5>.

US-Dollar oder aber die Verschlechterung des äußeren Umfelds dafür zu nutzen, den Wettbewerb sowie Unternehmenszusammenschlüsse und -übernahmen zu fördern, die Industrie zu modernisieren und die Produktionsstätten zu verlagern. Glücklicherweise hat die Regierung keine Maßnahmen zur Exportförderung unternommen, die den Erfolg der seit 2005 laufenden chinesischen Bemühungen um eine Reduzierung der Exportabhängigkeit gefährdet hätte.

Die Abschwächung und die ausbleibende schnelle Erholung sind im Wesentlichen das Resultat der Entscheidung der Regierung, die Anpassung durchzuzupacken, die bereits vor der globalen Finanzkrise begonnen, aber durch sie unterbrochen wurde. Die chinesische Regierung sollte dafür gelobt werden, dass sie den eingeschlagenen Kurs nicht verlassen und ein neues Konjunkturpaket aufgelegt hat.

Chinas Optionen

China kann weiterhin eine expansionistische Fiskal- und Geldpolitik betreiben. Trotz aller Probleme ist Chinas Haushaltslage stabil. Das Haushaltsdefizit liegt bei zwei Prozent des BIP, die Staatsverschuldung beträgt weniger als 20 Prozent des BIP. Für die Kommunalregierungen liegt die Höhe der Verschuldung und staatlichen Darlehen laut verfügbarer Statistiken bei 27 bzw. 6 Prozent des BIP. Selbst wenn diese ihre Schulden und Darlehen nicht zurückzahlen könnten und die Zentralregierung dafür aufkommen müsste, beliefe sich die chinesische Staatsverschuldung nur auf 53 Prozent des BIP – und wäre damit immer noch niedriger als die deutsche. Für die Regierung wäre es somit ein Leichtes, das Wachstum durch ein neues Konjunkturpaket anzukurbeln.

Auch das chinesische Bankensystem ist in einem relativ guten Zustand. Es gibt kaum notleidende Kredite und dies dürfte selbst dann so bleiben, wenn diese angesichts sinkender Wachstumsraten zunehmen. Die Schwierigkeiten, die die Europäische Zentralbank damit hat, die Geschäftsbanken zur Vergabe von Krediten zu bewegen anstatt Gelder anzuhäufen, hat die chinesische Notenbank (People's Bank of China) von ihren „großen vier“, d. h. den vier führenden

staatlichen Geschäftsbanken Chinas, nicht zu erwarten. Der chinesische Geldmarktzinssatz (vergleichbar mit dem amerikanischen Leitzins oder den Finanzierungszinsen in der Eurozone) liegt bei rund 3 Prozent und könnte noch stärker sinken. Die Mindestreserveanforderung, die bei rund 10 Prozent lag und derzeit 20 Prozent beträgt, könnte auf einen Beschluss der chinesischen Zentralbank hin leicht gesenkt werden. Die Notenbank könnte auch die Guthaben- und Kreditzinssätze senken, die als Referenz-Zinssätze in China fungieren. Die chinesische Zentralbank setzt die Zinssätze fest, die die Geschäftsbanken für Kredite oder Guthaben verlangen, auch wenn diese einen Spielraum zur Erhöhung oder Senkung haben. Eine Zinssenkung würde das Wirtschaftswachstum ebenfalls ankurbeln.

Im Großen und Ganzen hat die Regierung der Versuchung widerstanden, die Wirtschaft durch eine expansionistische Fiskal- und Geldpolitik anzukurbeln. Doch es ist durchaus möglich, dass die Regierung ihre Haltung ändert, wenn weitere Anzeichen für eine konjunkturelle Abschwächung auftreten oder sich Belastungen am Arbeitsmarkt zeigen. Im Mai 2011 bewilligte die staatliche Kommission für Entwicklung und Reform auf einen Schlag eine Reihe von Großprojekten im Wert von 800 Milliarden Yuan. Dies wurde allgemein als Zeichen dafür gewertet, dass die Regierung dem Druck nach einem neuen Konjunkturpaket nachgibt, wenn auch in geringerem Umfang als in den Jahren 2008 und 2009. Glücklicherweise konnte die Kommission diese Forderungen zurückweisen. So hat es seitdem auch keine weiteren Finanzierungen für derartige Projekte gegeben. Wenn Kommunalregierungen oder Unternehmen keine entsprechende Finanzierung aus anderen Quellen aufreiben können, dann stehen eben keine neuen Investitionen für diese Projekte zur Verfügung. Wenn die mangelnde Dynamik der Wirtschaft anhält, könnte die Regierung administrative Hürden abbauen, die bisher dazu dienen, Immobilienpreise zu begrenzen. Der Gesinnungswandel bezüglich einer Drosselung der Investitionen in Immobilien wird sicherlich zu einer Erhöhung der Immobilienpreise führen und Erfolge bei der Kontrolle des Investitionsfiebers in Immobilienentwicklung schnell zunichtemachen.

Welchen Kurs die chinesische Regierung an dieser Wegscheide einschlagen wird, hängt von der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft ab. Wenn die Regierung der Ansicht ist, dass das Wachstum im Jahr 2012 und darüber hinaus nicht unter 7,5 oder 7 Prozent fallen wird, könnte sie am 2010 eingeschlagenen Weg festhalten. Wenn sie davon jedoch nicht ausgeht, könnte sie die Richtung ändern, mit allen damit verbundenen negativen Konsequenzen. Momentan würde ich darauf wetten, dass die Regierung bei ihrem Kurs bleibt. Meiner Ansicht nach wird die Wirtschaft dieses Jahr sowie in den nächsten Jahren in einem guten Zustand sein, selbst wenn die Regierung keine weiteren Maßnahmen ergreift.

Schlussbemerkung

Chinas Wachstumsstruktur ist nicht nachhaltig. Das Land wird dafür einen Preis zahlen, und zwar in Form langsameren Wachstums. Diese Kosten und Opfer müssen gebracht werden. Glücklicherweise ist Chinas derzeitige Haushaltslage gut, was dem Land Luft verschafft, die strukturellen Anpassungen relativ schmerzfrei vorzunehmen.

Ich hoffe, dass die chinesische Regierung die Nerven behält und trotz Konjunkturabschwächung bei ihrem derzeitigen Kurs bleibt. Sicherlich kann und sollte sie auf die veränderte wirtschaftliche Situation reagieren und politische Anpassungen vornehmen, um das notwendige Wachstumstempo aufrechtzuerhalten. Doch wenn sie sich statt der Anpassung für die Auflage eines neuen Konjunkturpaketes entscheidet, wird sie in drei bis fünf Jahren in eine schwierige Lage kommen.

China dürfte sich nun in einer langfristigen, fünf Jahre währenden Anpassungsphase befinden, während der die Wirtschaft mit relativ niedrigem Wachstum von durchschnittlich 7 Prozent zu kämpfen hat, genau wie dies im 12. Fünfjahresplan vorgesehen war. Die größte Herausforderung wird in diesem Zeitraum darin liegen, wer die Kosten trägt. Dies ist aber vor allem eine politische und weniger eine ökonomische Frage. Natürlich wird die Anpassung schmerzhaft werden. Doch habe ich keinen Zweifel daran, dass China in den nächsten

zehn oder zwanzig Jahren Wachstumsraten von über 8 Prozent aufweisen wird, wenn der Regierung die Anpassung jetzt gelingt.

Eine Betrachtung der Pro-Kopf-Zahlen bei fast allen Indikatoren zeigt, dass China noch immer ein sehr armes Land ist. Auch im Bereich der institutionellen Reformen muss noch sehr viel getan werden. China hat noch einen weiten Weg vor sich, um sich vom Status eines Landes mit einem niedrigen Durchschnittseinkommen zu lösen. Das Vorhandensein so vieler ungelöster Probleme bedeutet, dass China noch riesiges Potenzial für weitere Fortschritte hat. Ich bin und muss hinsichtlich Chinas Zukunft optimistisch sein.

Justin Yifu Lin

4

Chinas Potenzial für nachhaltiges, dynamisches Wachstum

Im Juni 2008 wurde Justin Yifu Lin zum Chefökonom der Weltbank ernannt – und war damit der erste Chinese mit einer derart hochrangigen Position in einer multinationalen Organisation. Seine Ernennung kurz vor Ausbruch der globalen Finanzkrise wurde in den chinesischen sowie in den internationalen Medien als Anerkennung der Machtverschiebung Richtung China gedeutet.

*Lin hat sich immer optimistisch bezüglich Chinas Potenzial für nachhaltiges Wachstum gezeigt. Selbst jetzt, wo viele Ökonomen an Chinas Wachstumsaussichten zweifeln, bleibt Lin unermüdlich optimistisch und prophezeit, dass China für weitere zwei Jahrzehnte oder sogar noch länger jährliche Wachstumsraten von neun Prozent aufrechterhalten kann. Lin hat den Bericht der Weltbank und der Staatlichen Kommission für Entwicklung und Reform über China im Jahr 2030 mitverfasst. Doch sein hier abgedruckter Aufsatz, der seinem Buch: *Demystifying the Chinese Economy* entnommen ist, enthält nicht die radikalen Reformforderungen des Berichtes. Stattdessen handelt es sich vielmehr um eine provokative Abhandlung darüber, wie China bei seiner Aufholjagd mit dem Westen von seiner Rückständigkeit profitieren könnte. Damit positioniert er sich genau gegenteilig zu den radikalen Forderungen nach Strategiewandel, die Yu Yongding in seinem Beitrag vertritt.*

Als China im Jahr 1979 mit dem Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft begann, war es ein armes, nach innen gerichtetes Land mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 182 Dollar und einer Außenhandelsabhängigkeit (Verhältnis Handel zum Bruttoinlandsprodukt) von 11,2 Prozent.¹² Seitdem hat China eine wunderbare wirtschaftliche Entwicklung durchlebt. In diesen 30 Jahren lagen die jährlichen BIP-Wachstumsraten bei durchschnittlich 9,9 Prozent und die jährliche Steigerung des internationalen Handels lag bei 16,3 Prozent. Im Jahr 2011 war China ein Land mit einem mittleren Einkommensniveau, einem Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt von 5.400 US-Dollar und mehr als 600 Millionen Menschen waren der Armut entflohen. Seine Außenhandelsabhängigkeit ist auf über 50 Prozent gestiegen, und ist damit eine der höchsten unter den weltweit größten Volkswirtschaften. Im Jahr 2009 hat China Japan als zweitgrößte Wirtschaft der Welt abgelöst und ist nun anstelle von Deutschland die größte Exportnation der Welt. China hat den weltweit größten Automobilmarkt und seit dem Jahr 2005 ist Shanghais Hafen gemessen an der Frachtonnage der geschäftigste Hafen der Welt. Das spektakuläre Wachstum der vergangenen drei Jahrzehnte hat alle Erwartungen zu Beginn der Übergangsphase übertroffen, auch die von Deng Xiaoping, dem Architekten der chinesischen Reform- und Öffnungsstrategie.¹³

Trotz des chinesischen Erfolges gehen die Ansichten über das zukünftige Wachstum weit auseinander. Eine Gruppe geht davon aus, dass China die USA bis zum Jahr 2030 oder sogar früher überholt haben wird. Die andere Gruppe befürchtet jeden Moment einen Zusammenbruch der chinesischen Wirtschaft.¹⁴ Welche Gruppe hat Recht? Um diese Frage beantworten zu können, muss man die wichtigsten Faktoren des Wirtschaftswachstums kennen.

¹² Solange nicht anders angegeben stammen die Statistiken über die chinesische Wirtschaft, die in diesem Beitrag zitiert werden, aus verschiedenen Jahrgängen des *China Statistical Yearbook*, das vom nationalen Statistikamt herausgegeben und von China Statistical Press veröffentlicht wird.

¹³ Damals hatte sich Deng zum Ziel gesetzt, die Größe der chinesischen Wirtschaft innerhalb von 20 Jahren zu vervierfachen, wozu ein durchschnittliches jährliches Wachstum von 7,2 Prozent erforderlich gewesen wäre. In den 1980er und Anfang der 1990er Jahre haben die meisten Menschen noch gedacht, dass dieses Ziel niemals zu erreichen ist.

¹⁴ Ein Vertreter dieser Ansicht ist Gordon H. Chang: *The Coming Collapse of China*, New York: Random House, 2001.

Die Faktoren des Wirtschaftswachstums

Aus Sicht der Produktionsfunktionen wird Wirtschaftswachstum durch folgende Faktoren bestimmt:

- *Produktionsfaktoren.* In den Wirtschaftswissenschaften zählen zu den Produktionsfaktoren natürliche Ressourcen, Arbeit und Kapital. Wenn die Produktionsfaktoren entsprechend steigen, wird auch der Output zunehmen. Doch in einer modernen Gesellschaft können diese als unveränderlich eingestuft werden, weil natürliche Ressourcen von der Lage des Landes abhängig sind. Der Zuwachs an Arbeitskräften hängt vom Bevölkerungswachstum ab. Aus diesem Grund ist das Kapital der variabelste Faktor dieser drei. Seit Chinas Reform und Öffnung haben Einsparungen und Investitionen jährlich 40 Prozent des BIP überstiegen. In einigen Ländern liegt dieser Wert bei 10 bis 15 Prozent, in einigen afrikanischen Ländern hingegen bei null. Von den Produktionsfaktoren ist Kapital das wichtigste für das Wirtschaftswachstum.
- *Industrielle Struktur.* Wenn die Produktionsfaktoren in Industrien mit höherer Wertschöpfung eingesetzt werden, wird auch der Output zunehmen. Aus diesem Grund hat auch die industrielle Struktur Einfluss auf das Wirtschaftswachstum; werden Produktionsfaktoren in Sektoren mit höherer Wertschöpfung verlagert, wird die Wirtschaft sogar wachsen, ohne dass diese Faktoren erhöht werden.
- *Technologie.* Technologien sind ein weiterer wichtiger Bestimmungsfaktor. Technologischer Fortschritt ist gleichbedeutend mit höherer Produktivität. Selbst wenn die industrielle Struktur und die Produktionsfaktoren gleich bleiben, werden durch verbesserte Technologien die Wirtschaftskraft sowie das Wachstum zunehmen.
- *Institutionen.* Mit den eben erwähnten produktiven Inputs, der industriellen Struktur und Technologien kann eine Produktionsmöglichkeitsgrenze konstruiert werden, d. h. der ma-

ximal erreichbare wirtschaftliche Output im Idealzustand. Wie nah man diesem Maximalzustand kommt, hängt von Institutionen ab, die zur Modernisierung der Arbeit, zur effektiveren Nutzung von Ressourcen und zum Einsatz geeigneter Technologien beitragen können.

Der Bedarf nach neuer Technologie

In der Praxis ist die Technologie der wichtigste der vier genannten Faktoren. Die anderen drei sind bis zu einem gewissen Grad von der Geschwindigkeit des technologischen Wandels abhängig. Die geographische Lage und die natürlichen Ressourcen sind unveränderbar und der Anstieg der Arbeitsproduktivität ist ziemlich begrenzt. Selbst wenn sich Kapital in hoher Geschwindigkeit vermehrt, besagt das Ertragsgesetz, dass die Erträge sinken, solange es keinen technologischen Fortschritt gibt. In diesem Fall wird die Begeisterung für die Anhäufung von Kapital ebenfalls abnehmen. Nur wenn sich Technologien in einem bestimmten Tempo fortentwickeln, können die Effekte abnehmender Erträge vermieden und die Begeisterung für die Kapitalakkumulation aufrechterhalten werden.

Ohne neue Technologien gäbe es keine neuen Industrien mit höherer Wertschöpfung und auch keine industrielle Modernisierung. Fast alle derzeitigen Industrien mit hoher Wertschöpfung wie die Elektronik und Bio-Engineering sind Resultate von Erfindungen, Innovationen und neuen Technologien. Nur durch konstante technologische Innovation werden neue Industrien mit hoher Wertschöpfung entstehen. Angetrieben von hohen Profiten werden Unternehmen in diese neuen Sektoren investieren und industrielle Modernisierung bewirken.

Von großer Wichtigkeit ist auch die institutionelle Verbesserung. Im Gegensatz zur Kapitalakkumulation, zur industriellen Modernisierung und selbst zum technologischen Fortschritt, die alle von Gewinnmaximierung getrieben sind, ist die institutionelle Verbesserung ein passiver Prozess. Institutionen können nicht isoliert betrachtet werden. Wie Marx gesagt hat, bestimmt die Basis die

Oberfläche und als Teil der Oberfläche müssen Institutionen mit den tatsächlich gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen korrespondieren. Wie erwähnt, wirken sich technologische Veränderungen auf verschiedene Aspekte der Basis aus und machen damit eine institutionelle Verbesserung nötig. Technologischer Fortschritt ist folglich eine Voraussetzung für institutionelle Verbesserung.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Potenzial für Wirtschaftswachstum größtenteils vom technologischen Fortschritt abhängt. Selbst in den am stärksten entwickelten Nationen Europas lag bis zum 18. Jahrhundert das schnellste durchschnittliche jährliche Wachstum des Pro-Kopf-BIP bei nur 0,05 Prozent.¹⁵ Es hat folglich 1.400 Jahre gedauert, bis die Pro-Kopf-Einnahmen verdoppelt wurden. Nach der industriellen Revolution hat sich das Tempo der technologischen Innovation in ganz Europa erhöht. In der Folge stieg das durchschnittliche jährliche Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens im 18. und 19. Jahrhundert. In diesem Zeitraum dauerte es folglich 70 Jahre, um das Pro-Kopf-Einkommen zu verdoppeln. Im 20. Jahrhundert stieg das Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens auf zwei Prozent – und lag damit 40 Mal höher als vor der Industriellen Revolution. Folglich hat es in diesem Zeitraum nur 35 Jahre bzw. etwas länger als eine Generation gedauert, bis das Pro-Kopf-Einkommen verdoppelt wurde. Solche seismischen Veränderungen verdeutlichen die entscheidende Rolle der Technologie für das Wirtschaftswachstum. Um das Potenzial von Chinas zukünftiger Entwicklung zu verstehen, muss daher die Möglichkeit eines Technologiewandels in China untersucht werden.

Innovation in Entwicklungsländern

Es gibt zwei Arten technologischer Innovation: Produkt- und Prozessinnovation. Als Folge der Produktinnovation ersetzen neue Produkte wie Computer alte Produkte wie Rechenbretter. Durch Prozessinnovation bleibt das Produkt an sich zwar das gleiche, wird aber kostensparender und effektiver produziert. So hat beispielsweise das Ford

¹⁵ Vgl. Angus Maddison: *The World Economy*, Paris: Organisation for Economic Co-operation and Development, 2006.

Motorenwerk in seinen Anfangsjahren ein leistungsfähiges Fließband als Ersatz für die traditionelle handwerkliche Fertigung eingeführt, um erschwingliche Autos für den Massenmarkt zu produzieren.

Produkt- und Prozessinnovationen entstehen durch Forschung und Entwicklung (F&E) im eigenen Land oder durch Übernahme aus anderen Ländern. Innovation erfordert nicht unbedingt die neueste Technologie und verschiedene Länder tendieren dazu, verschiedene Innovationsmechanismen zu wählen. Für die am stärksten entwickelten Länder wie Deutschland, Japan und die USA – in denen nicht nur das höchste Pro-Kopf-Einkommen, sondern auch die modernsten Technologien zu finden sind – ist einheimische F&E die einzige Option für Innovation. Doch Entwicklungsländer, die hinter der entwickelten Welt herhinken, haben in den meisten Industrien andere Innovationsmöglichkeiten. Hierzu gehören der Import von Technologien, die Nachahmung und der Kauf von Patentlizenzen.

Für Entwicklungsländer wie China bietet es sich generell an, Technologien von entwickelten Ländern einzuführen, sofern diese verfügbar sind. Der Patentschutz für neue Technologien beträgt meist 20 Jahre oder weniger. Aufgrund des schnellen technologischen Fortschritts kostet es in der Praxis fast nichts, einen Großteil der Technologien einzuführen, die vor zehn Jahren erfunden wurden. Und für jüngere Technologien zeigen Analysen, dass die Kosten für Lizenzen nicht höher sind als 30 Prozent der ursprünglichen F&E-Kosten. Rechnet man die Kosten für alle gescheiterten Experimente hinzu, dann kostet es weniger als ein Prozent der F&E-Kosten, die Lizenz für eine neue Technologie zu erwerben.

Die Vorteile der technologischen Anleihe

Durch die Einführung fortschrittlicher Technologien und Erfahrungen aus der entwickelten Welt können Entwicklungsländer Innovationen schneller, zu geringeren Kosten und mit geringerem Risiko einführen. Technologische Innovation wird zu verbesserter Effizienz, höherem Ertrag, schnellerer Kapitalakkumulation, industrieller Modernisierung und wirtschaftlichem Wachstum führen. Man bedenke,

wie lange Länder auf der ganzen Welt gebraucht haben, um ihr Pro-Kopf-BIP in der schnellen Wachstumsphase nach der Industriellen Revolution zu verdoppeln: Großbritannien benötigte dafür 58 Jahre (1780 – 1838), die USA 47 Jahre (1839 – 1886), Japan 34 Jahre (1885 – 1919), die Türkei 20 Jahre (1957 – 1977), Brasilien 18 Jahre (1961 – 1979), Südkorea 11 Jahre (1966 – 1977) und China 10 Jahre (1977 – 1987).¹⁶

Daraus lässt sich schließen, dass der Zeitraum, den die Wirtschaft für die Verdoppelung des Outputs benötigte, umso kürzer war, je später sie in ihre schnelle Wachstumsphase kam. Wie bereits erwähnt, waren die Industrieländer im Jahrhundert nach der Industriellen Revolution in der Lage, ihr Pro-Kopf-BIP um rund ein Prozent pro Jahr zu erhöhen und im 20. Jahrhundert um ungefähr zwei Prozent pro Jahr. Im Gegensatz dazu ist es den erfolgreichen Entwicklungsländern, zu denen Japan, die vier asiatischen Tigerstaaten und das China der Post-Reformphase zählen, in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gelungen, ihr Pro-Kopf-BIP um acht Prozent pro Jahr zu erhöhen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg befanden sich die asiatischen Tigerstaaten und China im Wesentlichen in derselben Ausgangslage. Doch in den 1980er Jahren hatten sich die Tigerstaaten bereits zu neu industrialisierten Wirtschaften mit einem Pro-Kopf-Einkommen von ungefähr einem Drittel der USA entwickelt. Der Hauptgrund für ihren Erfolg liegt in den technologischen Anleihen und der industriellen Modernisierung. In den 1950er Jahren waren die meisten Menschen in den vier asiatischen Tigerstaaten Landwirte. Durch die kontinuierliche Einführung neuer Technologien und neuer Industrien verlagerte sich die Arbeit in Industrien mit hoher Wertschöpfung, inklusive Dienstleistungen. Da sich die Kapitalrenditen in diesen Industrien verbesserten, akkumulierte sich das Kapital sehr schnell und das Wirtschaftswachstum legte schnell zu.

Die völlig unterschiedliche wirtschaftliche Leistungskraft vor und nach der Reform in China zeigt auch, wie wichtig Technologieanleihen für eine Wirtschaft sind. Vor dem Jahr 1978 lautete ein populärer

¹⁶ Weltbank: *World Development Report 1991: The Challenge of Development*, Washington, D.C.: Weltbank 1991

chinesischer Spruch: „Großbritannien in 10 Jahren überholen und die USA in 15 Jahren einholen“. Doch auch wenn China in den 1960er Jahren die Atombombe getestet und in den 1970er Jahren den ersten selbst hergestellten Satelliten ins All geschossen hat – beides Spitzentechnologien – war seine wirtschaftliche Leistungskraft dürftig. Glücklicherweise schlug China nach 1978 denselben Weg ein wie andere ostasiatische Volkswirtschaften. Der Hauptgrund für Chinas schnelles Wachstum nach seiner Reform und Öffnung liegt in der Technologieanleihe, die wenig gekostet, aber schnellen technologischen Wandel ermöglicht hat.

Auf die Aufrechterhaltung des schnellen Wachstums kommt es an

Kein anderes Land außer China hat es geschafft, mehr als dreißig Jahre lang jährliche Wachstumsraten von neun Prozent vorzuweisen. Ist China in der Lage, mit derselben Geschwindigkeit weitere zwanzig Jahre oder noch länger zu wachsen? Die Antwort darauf beruht nicht auf optimistischen Schätzungen, sondern hat mit dem potenziellen Vorteil von Rückständigkeit zu tun und muss daher bejaht werden. Gemessen an der Kaufkraftparität der Zeitreihen von Maddison lag Chinas Pro-Kopf-Einkommen im Jahr 2008 bei 21 Prozent des amerikanischen.¹⁷ Die Einkommenslücke zwischen China und den USA ist ein Indiz dafür, dass es immer noch eine große technologische Kluft zwischen China und den Industriestaaten gibt. Bis sich diese Lücke schließt, kann China daher die Vorteile der Rückständigkeit weiter nutzen.

Maddisons Zeitreihen zeigen, dass sich China im Vergleich zu den USA gegenwärtig in dem Zustand befindet, in dem Japan 1951, Singapur 1967, Taiwan 1975 und Südkorea 1977 war. Zwischen 1951 und 1971 ist das Bruttoinlandsprodukt in Japan um 9,2 Prozent gewachsen, in Singapur zwischen 1967 und 1987 um 8,6 Prozent, in Taiwan zwischen 1975 und 1995 um 8,3 Prozent und in Südkorea zwischen 1977 und 1997 um 7,6 Prozent. Die Entwicklungsstrategie auf dem

¹⁷ Die nationalen Statistiken, die in diesem und dem nächsten Absatz verwendet werden, stammen aus: Angus Maddison: *Historical Statistics of the World Economy: 1-2008 AD*, abrufbar unter: http://www.ggdc.net/maddison/Historical_Statistics/horizontal-file_02-2010.xls.

chinesischen Festland nach der Reform 1979 ähnelt der von Japan, Singapur, Südkorea und Taiwan. Aus diesem Grund hat es das Potenzial, weitere 20 Jahre ein achtprozentiges Wachstum aufrechtzuerhalten. Japans Pro-Kopf-Einkommen gemessen in Kaufkraftparität lag 1971 bei 65,6 Prozent des amerikanischen, das von Singapur lag 1987 bei 53,8 Prozent, das von Taiwan 1995 bei 54,2 Prozent und das von Südkorea 1997 bei 50,2 Prozent. In zwanzig Jahren könnte Chinas Pro-Kopf-Einkommen gemessen in Kaufkraftparität ungefähr bei 50 Prozent des amerikanischen Pro-Kopf-Einkommens liegen. Gemessen in Kaufkraftparität könnte Chinas Wirtschaft im Jahr 2030 doppelt so groß sein wie die amerikanische; gemessen an marktgerechten Wechselkursen könnte sie, abhängig davon wie schnell China seine Währung aufwertet, mindestens genauso groß sein wie die amerikanische.

Zhang Weiyong

Von Privilegien zu Rechten

5

Zhang Weiyong gehört zu den bekanntesten chinesischen Ökonomen und gilt als führender Vertreter der neoliberalen Neuen Rechten. Er ist ein Verfechter von freien Märkten, von Privatisierung und von Unternehmertum. Seit seinem Eintreten für eine „doppelte Preisauszeichnung“ in den frühen 1980er Jahren steht er im Mittelpunkt ökonomischer Debatten und Politikgestaltung. Wie andere einflussreiche chinesische Wirtschaftswissenschaftler hat auch er sich seit seinem Aufenthalt in Großbritannien zu Zeiten von Thatcher in den 1980er Jahren kompromisslos monetaristischen Ideen verschrieben. Vor einigen Jahren zog er Kritik auf sich, als er Chinas neue kapitalistische Schicht in einer Auseinandersetzung mit einem anderen prominenten chinesischen Ökonom, Lang Yianping, verteidigte, der diverse Schriften über verschwendetes und unterschlagenes Geld bei der Reform von Chinas staatlichen Unternehmen verfasst hat.

Der folgende Aufsatz ist eine überarbeitete Fassung einer Rede, die Zhang im Februar 2012 anlässlich der 12. Yabuli Konferenz chinesischer Unternehmer gehalten hat. Der Aufsatz ist typisch für Zhang: er beginnt zunächst mit einer Verteidigung der Märkte und beschreibt dann offen und radikal seine Frustration mit dem Staat. Zhangs Rede war vermutlich für die Entscheidung des Höchsten Volksgerichts im April 2012 verantwortlich, die Todesstrafe von Wu Ying in eine lebenslange Haftstrafe umzuwandeln.

Wu Ying, eine junge Unternehmerin aus der Provinz Zhejiang wurde im Jahr 2009 vom Gerichtshof in Zhejiang wegen Betruges privater Investoren und Veruntreuung von Geldern zum Tode verurteilt, nachdem sie von elf Bekannten und Freunden mehr als 700 Millionen Yuan (111 Millionen US-Dollar) für geschäftliche Zwecke zusammengetragen hatte. So etwas kennt man aus Frankreich zu Zeiten von König Ludwig XIV, als die französische Regierung mehr als 16.000 Unternehmer töten ließ, weil sie gegen das von Finanzminister Jean-Baptiste Colbert verhängte Verbot des Imports und der Produktion von Baumwollstoffen verstoßen hatten. Etwas Vergleichbares gäbe es heutzutage im Westen nicht. Das bedeutet in anderen Worten: China ist 200 bis 300 Jahre vom Status einer Marktwirtschaft entfernt. Unsere Wirtschaft basiert immer noch auf Privilegien statt auf Rechten und ihr fehlen die drei Elemente einer Marktwirtschaft: Freiheit, Eigentumsrechte und Unternehmertum.

Freiheit als Recht

Freiheit ist ein Grundrecht der Menschheit. Die einzige Einschränkung der Freiheit besteht darin, wegen der Gleichheit aller Menschen nicht die Rechte anderer zu verletzen. Positiv betrachtet bedeutet Freiheit, dass jeder Bürger seine Intelligenz, sein Wissen, seine Fähigkeit und seine Arbeitskraft nutzen kann, um seine eigenen Entscheidungen zu treffen, seine Lebensgrundlage zu verbessern und seine Träume zu realisieren. In negativer Hinsicht bedeutete Freiheit, dass niemand von anderen versklavt werden darf. In einer Gesellschaft, in der jeder völlige Freiheit genießt, kann nur die freie Zusammenarbeit zwischen Menschen gegenseitige Vorteile durch gegenseitige Hilfe bringen. Anders ausgedrückt sollte jeder nur dann ein Einkommen bekommen, wenn er Wert für andere schafft. Nur wer andere glücklich macht, kann selbst glücklich werden. Darin besteht die Logik des Marktes.

Nur wenn Freiheit garantiert ist, gibt es fairen Wettbewerb, wirkliche Schaffenskraft und Innovation. In diesem Sinn sind Freiheit und Markt zwei Seiten derselben Medaille. Es ist inkohärent, den Markt zu unterstützen, aber die Freiheit abzulehnen, oder die Freiheit zu

befürworten, aber den Markt abzulehnen. In einer Gesellschaft, die nicht frei ist, können einige Menschen dominieren, ihre Mitbürger ausnutzen oder ihr Glück auf dem Leid anderer aufbauen. Darin besteht die typische Logik der Räuberei. In einer Planwirtschaft gibt es nur schädlichen Kampf unter Menschen anstatt echtem Wettbewerb. Dieser Kampf zerstört den Wohlstand. Nur Wettbewerb auf den Märkten schafft Wohlstand. Folglich ist Freiheit auch die Grundlage einer prosperierenden Gesellschaft.

Rechte gelten für alle Menschen gleichermaßen, unabhängig von ihrer familiären Situation oder ihrem sozialen und politischen Status und sie können nicht willkürlich entzogen werden. Im Gegensatz dazu werden Privilegien nur manchen Menschen abhängig von ihrem familiären Hintergrund und ihrem sozialen Status gewährt. Sie können gewährt aber auch entzogen werden. Eine echte Marktwirtschaft funktioniert in einer von Privilegien dominierten Gesellschaft nicht. In der Marktwirtschaft stehen allen Menschen die gleichen Möglichkeiten offen: Jeder hat das Recht zu entscheiden, in welcher Branche er tätig ist, welches Produkt er herstellt und welche Organisationen er gründet.

In China ist die Fähigkeit, solche Entscheidungen zu treffen, allerdings immer noch eher an Privilegien als an Rechte gebunden. Um ein Unternehmen zu gründen, muss man einen administrativen Genehmigungsprozess durchlaufen, der von einigen wenigen Menschen kontrolliert wird, die es in der Hand haben, alle Anstrengungen zu blockieren. Unsere Industriepolitik errichtet Hürden für unternehmerische Tätigkeiten und diskriminiert Unternehmer an der Basis. Industriepolitik begünstigt Privilegien und Spekulationsgewinne, was zu schwerwiegender Korruption führt. Auch wenn man eine gemeinnützige Stiftung gründen möchte, muss man zunächst einen Sponsor vorweisen, der entweder ein Ministerium oder eine untergeordnete Behörde sein muss. Dann ist es der völligen Willkür der Verwaltung überlassen, ob man Unterstützung für sein Vorhaben erfährt.

Es ist in manchen Fällen notwendig, den Zugang zu bestimmten Industrien zu beschränken. Aber diese Beschränkungen müssen auf ein Minimum beschränkt bleiben und, was noch wichtiger ist, diese Be-

schränkungen müssen für alle gleichermaßen gelten. Das bedeutet, dass kein Bewerber aus familiären oder sozialen Gründen diskriminiert werden darf. In China sind hingegen alle Beschränkungen persönlicher, diskriminierender Natur und basieren auf Privilegien anstatt auf Rechten. So ist es beispielsweise sehr viel leichter, die Zustimmung der Verwaltung für die Gründung einer Finanzinstitution zu erhalten, wenn man die zuständige Person kennt oder einen Weg findet, mit ihr in Verbindung zu treten. Ansonsten hat man keine Chance.

Eine echte Marktwirtschaft erfordert zudem einen Marktplatz von Ideen. Das bedeutet, dass Gedanken und deren Äußerung frei von ideologischen Beschränkungen sein sollten; die Menschen sollten nur ihrem eigenen Gewissen verantwortlich sein. Freie Gedanken ermöglichen technologische und organisatorische Innovationen und fördern den sozialen Fortschritt. Auch aus diesem Grund sind die USA eines der innovativsten Länder der Welt: dort garantiert die Verfassung die Meinungsfreiheit. In China ist die Meinungsfreiheit jedoch immer noch ein Privileg. Man braucht die Zustimmung der Behörden, um einen Verlag zu gründen oder eine Zeitschrift bzw. Zeitung herauszugeben. Seit zehn Jahren hat die Generalverwaltung für Presse und Publikation jedoch keine neuen Schriften genehmigt. Aus diesem Grund gibt es kein Forum zur Diskussion neuer akademischer Themen.

Eigentumsrechte als Grundlage der sozialen Ordnung

Eigentumsrechte sind der zweite elementare Bestandteil der Marktwirtschaft. Wenn in einer Gesellschaft nicht einmal private Eigentumsrechte geschützt werden können, gibt es für die Bürger keine wirkliche Freiheit. Aus diesem Grund bilden Eigentumsrechte auch die Grundlage für die Aufrechterhaltung der sozialen Ordnung. In einer Gesellschaft, in der der Schutz privater Eigentumsrechte nicht effektiv sichergestellt ist, sind die Menschen nervös und unruhig. Eigentumsrechte sind auch die Grundlage der Sittlichkeit. In einer Gesellschaft gibt es keine Sittlichkeit, wenn private Eigentumsrechte

nicht respektiert werden. Die willkürliche Verletzung von Eigentumsrechten wird notwendigerweise dazu führen, dass man eher ans Nehmen als ans Geben denkt. Wenn Funktionäre die rechtlichen Interessen normaler Bürger ohne Probleme missbrauchen können, ist es für normale Menschen schwierig, anderen zu helfen und Vertrauen aufzubauen. Der Niedergang der Moral und die Krise in China gehen teilweise darauf zurück, dass die Behörden Individualrechte nicht respektieren und private Eigentumsrechte nicht schützen.

Eigentumsrechte sind auch die Grundlage für Innovation. Nur wenn die Menschen darauf vertrauen können, dass ein gutes Leben durch Klugheit und harte Arbeit möglich ist, werden sie bereit sein zu investieren und viele Jahre darauf verwenden, neue und unsichere Projekte zu verfolgen. Folglich ist der Schutz immaterieller Werte extrem wichtig. In China ist der Schutz immaterieller Werte oft optional und diskriminierend und sogar noch schlechter als der Schutz materiellen Eigentums. Wenn beispielsweise der eigene Ruf beschädigt wird und man dies der Sicherheitsbehörde meldet, wird die Polizei zunächst fragen, ob man Mitglied der Politischen Konsultativkonferenz, Abgeordneter der Volkskammer oder berühmt ist. Ist man aber ein „Nobody“, werden sie den Fall gar nicht erst aufnehmen. Die strafrechtliche Verfolgung ist somit an Privilegien und nicht an Rechte geknüpft.

Ohne das Recht des Staates auf Besteuerung einzuschränken, können Eigentumsrechte ebenfalls nicht wirksam geschützt werden. Cen Ke, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Unternehmerforum des China-Instituts, hat absolut Recht mit seiner Äußerung, dass unbeschränkte Besteuerung Räuberei gleichkomme. Aus diesem Grund wurde das britische Verfassungssystem mit der Magna Charta begründet, deren Hauptziel die Begrenzung der königlichen Besteuerungsrechte war. In China fehlt diese Art von Beschränkung des Besteuerungsrechtes, die in England im Jahr 1215 eingeführt wurde, noch immer. Dieses Problem hat noch keine innenpolitische Aufmerksamkeit erfahren. Die Privilegien staatlicher Unternehmen stellen ebenfalls eine schwere Verletzung der Eigentumsrechte dar. Die verpflichtende Übernahme von privaten Unternehmen durch staatliche Unternehmen in den Bereichen Kohle, Eisen und Stahl sowie Öl erfüllt den Tatbestand der Räuberei.

Unternehmertum als Seele der Marktwirtschaft

Der dritte elementare Bestandteil einer Marktwirtschaft ist das Unternehmertum. Der Unternehmer ist die Seele der Marktwirtschaft und der Motor des Wirtschaftswachstums. Der Markt ist das Resultat eines kontinuierlichen Produktions- und Innovationsprozesses durch Unternehmer. Ohne Unternehmer gibt es vielleicht einen einfachen Austausch von Produkten, aber keine echte Marktwirtschaft oder Innovationen. Unternehmer sind hart arbeitende und risikobereite Menschen, die sehr sensibel auf profitable Chancen reagieren, den Drang nach Fortschritt und ein Händchen für Innovationen haben. Ob sie ihr Unternehmertum ausüben und innovative Ideen realisieren können, hat Einfluss darauf, wie schnell Innovationen in einer Gesellschaft umgesetzt werden und wie schnell sozialer Wohlstand wächst.

Die großen Errungenschaften der Menschen in den letzten 200 Jahren sind ein Beweis für die Macht des Unternehmertums. Der glänzende wirtschaftliche Fortschritt Chinas in den letzten 30 Jahren ist auch das Ergebnis des Unternehmertums. In einer Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb dienen die Unternehmen den Menschen. Wie viel sie erreichen können, hängt davon ab, wie viel Glück sie für uns schaffen und wie zufrieden wir mit ihren Leistungen sind. Eine Politik, die Unternehmer von Innovationen abhält, ist gegen den Markt und gegen den Konsumenten gerichtet.

Das wesentliche Merkmal der Planwirtschaft ist, dass Unternehmertum dort nicht funktioniert. Aus diesem Grund haben wir zwischen 1948 und 1978 im Zustand der Mangelwirtschaft gelebt. Wer ist das größte Opfer eines ausgeschalteten Unternehmertums? Der normale Bürger und alle Konsumenten. Wenn Google keinen Zugang zum chinesischen Markt erhält, dann betrifft das nicht nur Google, sondern – und viel wichtiger – Millionen chinesischer „Netzbürger“, denen die richtigen und wertvollen Informationen vorenthalten werden.

Gleichwohl schafft nicht jeder, der sich selbst als Unternehmer bezeichnet, Wohlstand für die Gesellschaft. Wenn Freiheit und Eigentumsrechte nicht garantiert werden können, dann herrschen Privile-

gien. Wenn die Regierung zu viele Ressourcen kontrolliert wie das im heutigen China der Fall ist, dann konzentrieren sich viele Unternehmer eher auf Spekulationen als darauf, einen nachhaltigen Wert für Konsumenten zu schaffen. Noch schwerer wiegt, dass in einer Gesellschaft, die durch Privilegien verdorben ist, räuberisch tätige Unternehmer Wohlstand stehlen. Wir sollten alles daran setzen, dass chinesische Unternehmer, Privatunternehmer eingeschlossen, zu einer mächtigen Lobby werden. In jedem System gibt es erfolgreiche Menschen. Einige von ihnen würden alles tun, um ihre hart errungenen Privilegien zu verteidigen. Ihnen wird es niemals einfallen, ihre Privilegien in gleiche Rechte für alle umzumünzen.

Ein Rückschlag für Reformen

In den letzten 30 Jahren hat China einen langen Weg von der Logik der Räuberei zu einer Logik des Marktes zurückgelegt. Der Grundgedanke der berühmte Rede von Deng Xiaoping bei seinem Besuch der Küstenstädte in Südchina vor 20 Jahren ist, dass chinesische Bürger mehr Freiheiten haben sollen, um eigene Unternehmen zu gründen und Geld zu verdienen; zudem sollte die Rechtmäßigkeit von Privateigentum anerkannt werden und Unternehmer eine führende Rolle bei der wirtschaftlichen Entwicklung spielen. Dies sind die Gründe für Chinas schnelle wirtschaftliche Entwicklung seit 1992. Doch auch wenn wir große Fortschritte bei der Entwicklung hin zu einer Marktwirtschaft erzielt haben, bleibt immer noch viel zu tun, weil die chinesische Wirtschaft weiterhin eher auf Privilegien als auf Rechten beruht.

Der Fall von Wu Ying zeigt, dass die Finanzierung von Geschäftsideen immer noch ein Privileg und kein grundlegendes Recht ist. Das Gesetz über illegales Geldsammeln verbietet es Privatunternehmern, Geld so einzutreiben, wie es staatliche Unternehmen tun. Wu wurde wegen Betrug verurteilt, auch wenn alle elf Geldgeber verneint haben, betrogen worden zu sein. Noch vor ihrer Verurteilung hat das Gericht ihr Eigentum ohne ihre Zustimmung verkauft. Das Gesetz gegen illegales Geldsammeln schützt Privilegien und sollte aufgehoben werden, genauso wie das Gesetz gegen Spekulationen vor einigen

Jahren aufgehoben wurde. Man braucht kein solch bösartiges Gesetz, um gegen echten Betrug im Markt vorzugehen.

In den 1980er Jahren stellte sich Deng Xiaoping schützend vor Nian Guangjiu, einem der ersten Straßenverkäufer. Seitdem Deng tot ist, ist niemand mehr da, um Wu Ying zu schützen. Die gegen sie ausgesprochene Todesstrafe ist ein Rückschlag für Reformen. Ich appelliere an Unternehmer, Regierungsverantwortliche und die Medien, der Rettung von Wu Ying mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Das würde die Zukunft Chinas genauso wie die Freiheit und das Leben jedes einzelnen retten. Wenn Wu Ying die Todesstrafe für das Sammeln von Geld verdient hat, dann muss die Frage erlaubt sein, wie viele Menschen im heutigen China noch zum Tode verurteilt werden sollten?

Wang Shaoguang Chinesischer Sozialismus 3.0

6

Zusammen mit Cui Zhiyuan und Wang Hui ist Wang Shaoguang einer der prominentesten Vertreter der chinesischen Neuen Linke. Vor allem seine Unterstützung für staatliche Planungsmaßnahmen und seine revisionistischen Ansichten zur Kulturrevolution haben Liberale verärgert. Sein 1993 zusammen mit dem Ökonom Hu Angang verfasster Bericht über „Chinas Staatskapazität“ hat eine heftige Diskussion in Chinas ausgelöst und schließlich zu einer grundlegenden Reform des Steuersystems geführt. Seitdem haben Hu und Wang weitere Berichte zur politischen Ökonomie Chinas verfasst, die große Auswirkungen auf die Regierungspolitik hatten. Auch mit Pan Wei hat Wang in einem Forschungsprojekt über das China-Modell zusammengearbeitet. In einem Vortrag mit dem Titel „Demokratie mit Vierradantrieb“ argumentiert Wang, dass die Lösung der Legitimitätskrise in China durch Wahlen und öffentliche Beratungen, durch die Auslosung von Delegierten und die Rückkehr zu einigen während der Kulturrevolution getätigten Praktiken wie die

Landverschickung von Funktoren gelöst werden kann.

Der folgende Aufsatz stammt aus der Einleitung eines bedeutenden Werkes von Wang über das „Chongqing-Modell“, das zuerst in der Februar 2011-Ausgabe der Studies on Marxism erschienen ist und seitdem wiederholt abgedruckt wurde. Er wurde auch in verschiedenen internen KPCh-Journalen in Chongqing und in anderen Provinzen veröffentlicht.

Es gibt kein festes, überall einsetztaugliches Modell des Sozialismus. Stattdessen muss das sozialistische Ideal auf verschiedene Arten in verschiedenen Ländern und verschiedenen Entwicklungsstufen angepasst werden. Seit der Befreiung Chinas im Jahr 1949 haben die Kommunistische Partei Chinas, alle Ebenen der chinesischen Regierung und das chinesische Volk einen sozialistischen Pfad beschritten, der zu den innerstaatlichen Verhältnissen und zur Entwicklungsstufe passt. Während der vergangenen sechs Jahrzehnte hat China zwei Stufen der historischen Entwicklung durchlaufen und war jedes Mal relativ erfolgreich bei der Erkundung des sozialistischen Pfades.¹⁸ Da es das dritte Stadium in seiner Geschichte betreten hat, erkundet es nun einen neuen Pfad – den chinesischen Sozialismus 3.0.

Chinesischer Sozialismus 1.0

Die erste Phase dauerte von der Gründung der Volksrepublik China bis zum Jahr 1978. Während dieses Zeitraums stieg das Pro-Kopf-BIP stetig von ungefähr 500 US-Dollar auf fast 1.000 US-Dollar.¹⁹ Während dieser „Existenz-Phase“ war Chinas wirtschaftliches Entwicklungsniveau sehr niedrig und das Output hat kaum für das Auskommen der Menschen gereicht, selbst wenn man es gerecht verteilt hätte. China führte ein sozialistisches Modell ein, das sich durch staatlichen Besitz und Planwirtschaft auszeichnete, um seinen beschränkten Überschuss zu konzentrieren und der Entwicklung von Schlüsselindustrien und elementaren sozialen Unternehmungen Priorität einzuräumen. Mit einem niedrigen Durchschnittseinkommen bestand der einzige Weg zur Maximierung sozialen Wohlstands darin, zu versuchen, die grundlegenden Lebensbedingungen für jeden sicherzustellen. China hat sich daher bemüht, die Ressourcen gleichmäßig zu verteilen und hat großen Wert auf Gleichheit gelegt – zum Beispiel, in dem Gutscheine ausgegeben wurden, um die Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern zu rationieren.

¹⁸ Wang Shaoguang: Steadfastly Maintain Our Direction and Explore New Roads: Sixty Years of Socialist Practice in China, in: *Social Sciences in China*, Band V, 2009, S. 4 – 19.

¹⁹ Angus Maddison: Historical Statistics of the World Economy, 1 – 2008 AD, abrufbar unter: http://www.ggdc.net/maddison/Historical_Statistics/vertical-file_02-2010.xls.

Der chinesische Sozialismus der Mao-Ära war sicherlich nicht ohne Fehler – so war zum Beispiel der Fortschritt bei der Verbesserung des materiellen Lebensstandards gering – aber seine Errungenschaften können nicht negiert werden. Nur drei Jahre nach der Befreiung erreichte Chinas Wirtschaft einen Vorkriegsrekord. Von 1953 bis 1978 stagnierte das jährliche BIP-Wachstum bei 6,5 Prozent – ein ziemlich eindrucksvoller Wert, wenn auch nicht so spektakulär wie der Japans oder der vier kleinen Tigerstaaten im gleichen Zeitraum. Der Staat hat das menschliche Grundbedürfnis nach Sicherheit gewährleistet – Nahrung und Kleider durch Rationierung – sowie für eine grundlegende Gesundheitsversorgung und Bildung gesorgt. Es entstand eine egalitäre Gesellschaft mit einem Gini-Koeffizienten von unter 0,3. Für die zukünftige Entwicklung wurden auch Investitionen in die materielle und immaterielle Infrastruktur getätigt.

Der chinesische Sozialismus 1.0 hat sowohl die harten, als auch die weichen Grundlagen für zukünftige Entwicklungen gelegt. Oft wird Chinas Großer Sprung nach vorn mit einem Zitat des Ökonomen und Nobelpreisgewinners Amartya Sen kritisiert, aber absichtlich oder unabsichtlich, wird hierbei die umfassende Bewertung von Maos Ära weggelassen. Im Jahr 1949 gehörten China und Indien zu den ärmsten Ländern der Welt mit der höchsten Sterblichkeit, der größten Mangelernährung und der höchsten Analphabetenquote. Sen argumentiert, dass China bis zum Jahr 1978 enorme Verbesserungen erzielt habe, die zur anschließenden wirtschaftlichen Entwicklung beigetragen hätten. „Chinas Errungenschaften in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Bodenreform und sozialer Wandel im Zeitraum vor der Reform hat einen äußerst positiven Beitrag für die Reform an sich geleistet“, schreibt er. „Dadurch hat China nicht nur eine hohe Lebenserwartung und andere Errungenschaften erreicht, sondern auch große Unterstützung für die wirtschaftliche Expansion einer auf dem Markt basierenden Reform gewonnen.“²⁰

²⁰ Jean Drèze und Amartya Sen: *India: Economic Development and Social Opportunity*, Beijing: Social Sciences Academic Press, 2006, Kapitel IV: Indien und China, S. 62.

Chinesischer Sozialismus 2.0

Als im Jahr 1979 das chinesische Pro-Kopf-BIP die Marke von 1.000 US-Dollar überschritten hatte, betrat es das „ausreichend genährt und gekleidet“-Stadium. In dieser neuen Phase des chinesischen Sozialismus verlagerte sich das Ziel darauf, einerseits die verbliebene Armut zu reduzieren, während andererseits das Privateinkommen und der Konsum für das Gros der Menschen erhöht werden sollte. Aus diesem Grund wurde mit dem Reform- und Öffnungskurs begonnen. Die Dominanz des staatlichen Besitzes wurde schrittweise durch die Koexistenz verschiedener Besitzformen aufgeweicht und die Planwirtschaft verwandelte sich schrittweise in eine Marktwirtschaft (auch wenn die Planung weiterhin eine ziemlich wichtige Rolle spielte) mit nicht obligatorischer oder indikativer Planung.

Zur Steigerung des Wachstums veränderte sich auch die Verteilungspolitik: die „Eisenschüssel“ wurde zerstört, der „große Reistopf“ entfernt und ein neuer Ansatz eingeführt: „Wohlstand zunächst für einige Menschen (und Regionen)“. Dieser Ansatz hat Menschen in allen Regionen dazu ermutigt, der Armut zu entkommen und Wohlstand aus verfügbaren Mitteln zu schaffen. Nachdem das Pro-Kopf-Einkommen ausgereicht hat, um das Überleben aufrechtzuerhalten, konnte das soziale Wohlergehen der Menschen maximiert und die wirtschaftliche Entwicklung angeregt werden. Dies hat einerseits das Einkommen und den Konsum einer großen Mehrheit gesteigert und andererseits den Armen geholfen sowie die Armut gelindert. Daraus bestand im Wesentlichen der chinesische Sozialismus 2.0.

Die Ergebnisse waren spektakulär. Die durchschnittliche BIP-Wachstumsrate lag im Zeitraum von 1978 bis 2001 bei 9,6 Prozent – und damit höher als in den 30 Jahren zuvor. Ein derartig schnelles Wachstum, wie es Chinas gigantische und sehr komplexe Wirtschaft mit einer Bevölkerung von mehr als einer Milliarde Menschen in den letzten 20 Jahren gezeigt hat, gab es in der Menschheitsgeschichte noch nie. Das grenzt an ein echtes Wunder. Da das Pro-Kopf-Einkommen stetig von 1.000 auf 4.000 US-Dollar gestiegen ist, hatten die meisten Chinesen zunehmend ausreichend Nahrung und Kleidung. Zwischen 1981 und 2004 sank die Zahl der unter dem Existenzminimum lebenden Chinesen

sen gemessen am Armutsstandard der Weltbank von 652 auf 135 Millionen – in anderen Worten mehr als eine halbe Milliarde Menschen konnte der Armut entfliehen. Die Zahl armer Menschen in den Entwicklungsländern sank im gleichen Zeitraum nur um 400 Millionen. Das heißt: Hätte es nicht den Rückgang in China gegeben, wäre der Anteil der armen Bevölkerung in den Entwicklungsländern angestiegen. So hieß es folglich auch in einem Bericht der Weltbank, dass ein „Rückgang bei der Zahl armer Menschen in dieser Größenordnung über eine solch kurze Zeit ohne historisches Vorbild ist.“²¹

Der chinesische Sozialismus 2.0 hatte natürlich auch seine Nachteile. Um in diesem Entwicklungsstadium das größtmögliche Wirtschaftswachstum zu erzielen, hat China weitestgehend soziale Gerechtigkeit, Arbeitnehmerrechte, die öffentliche Gesundheit, die Gesundheitsversorgung, die Umwelt, die nationale Verteidigung und vieles mehr vernachlässigt. Dies hat zu ernsthaften Konsequenzen sowie einem weitverbreiteten Gefühl von Unsicherheit, Ungleichheit und Unwohlsein in der Bevölkerung geführt.

Auf der Suche nach dem chinesischen Sozialismus 3.0

Mit einem Pro-Kopf-BIP in Höhe von mehr als 4.000 US-Dollar im Jahr 2002 hat China die Phase bescheidenen Wohlstands erreicht. Diese neue Phase der wirtschaftlichen Entwicklung wird zu einer neuen Form des Sozialismus führen – chinesischer Sozialismus 3.0. War im Stadium „ausreichend genährt und gekleidet“ eine Erhöhung des Privateinkommens und Konsums für die Verbesserung des sozialen Wohlergehens zuträglich, gilt dies für den Zustand des bescheidenen Wohlstands nicht mehr. Tatsächlich lässt diese positive Korrelation nach und verkehrt sich sogar ins Gegenteil.²²

²¹ World Bank: *From poor areas to poor people: China's evolving poverty reduction agenda. An assessment of poverty and inequality in China*, März 2009, S. iii, abrufbar unter: http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/2009/04/14/000333038_20090414011802/Rendered/PDF/480580v10Revised0Box338876B01Public10.pdf.

²² Yew-Kwang Ng: *Efficiency, Equality and Public Policy*, Peking: Social Sciences Academic Press, 2003.

Auf diesem Verständnis beruht die Argumentation von John Kenneth Galbraith in seinem 1958 erschienenen Buch „*Gesellschaft im Überfluss*“. Er hatte korrekt beobachtet, dass die amerikanische Gesellschaft ein Überfluss an privaten Gütern und Dienstleistungen zur Auswahl hatte, im Gegenteil dazu aber ein Mangel an öffentlich bereitgestellten Gütern herrschte. Viele Haushalte wohnten bereits in Eigentumswohnungen, hatten Autos, Kühlschränke, Waschmaschinen, Fernseher und Klimaanlage. Galbraith beschreibt, dass aber selbst in New York City, der Stadt des nationalen Stolzes, „die Schulen alt und überfüllt sind. Es gibt kaum Polizei. Die Parks und Spielplätze sind unzureichend. Straßen und Plätze sind dreckig, die Reinigungskräfte sind schlecht ausgestattet und personell unterbesetzt. Der tägliche Arbeitsweg in die Stadt ist unsicher und schmerzhaft und das wird immer schlimmer. Der öffentliche Nahverkehr ist überfüllt, ungesund und dreckig. Genauso wie die Luft. Das Parken auf den Straßen gehört verboten, aber nirgendwo sonst gibt es Parkplätze.“²³

Galbraith sprach sich für ein ausgewogenes Verhältnis von privaten und öffentlichen Gütern und Dienstleistungen aus. Privat produzierte Güter und Dienstleistungen einfach nur zu erhöhen, sei sinnlos. So würde beispielsweise eine „Steigerung der Autoverkäufe zusätzliche Straßen, Autobahnen, Verkehrskontrollen und Parkplätze erfordern. Auch die Polizei und die Autobahnaufsicht müssten verstärkt werden, genauso wie es mehr Krankenhäuser geben müsste.“²⁴ Galbraith betont, dass die Gemeinschaft die Ausgaben für öffentliche Güter und Dienstleistungen in dem Überfluss-Stadium deutlich erhöhen müsste, um ein solch ausgewogenes Verhältnis zu erreichen und das Sozialhilfeniveau zu steigern.

Die Vereinigten Staaten sind Galbraiths Rat jedoch nicht gefolgt. In einer Neuauflage des Buches im Jahr 1998 anlässlich des 40. Jahrestages seiner Veröffentlichung schrieb er: „Meine Argumente sind immer noch gut. Die Regierung gibt bereitwillig Geld für fragwürdige Waffen aus und für etwas, das sich Wohlfahrt nennt. Ansonsten gibt es immer noch anhaltenden und starken Druck, öffentliche Ausga-

²³ John Kenneth Galbraith: *The Affluent Society*, Peking: Shanghai People's Publishing House, 1965, S. 213 (im Folgenden: Galbraith: *The Affluent Society*).

²⁴ Galbraith: *The Affluent Society*, S. 215.

ben zu kürzen. Unser Privatkonsum ist höher als je zuvor; dagegen sind die Schulen, Bibliotheken, öffentlichen Erholungseinrichtungen, das Gesundheitssystem, selbst die Strafverfolgung mangelhaft ausgestattet und Anlass täglicher Klagen ... in zivilisierter Leistung ist er (der öffentliche Sektor) noch stärker hinter den Privatsektor zurückgefallen, wie er nun genannt wird.“²⁵

Das sozialistische China muss es besser machen als die USA. Nun da das Problem der Kleidung und Nahrung für die Massen im Wesentlichen gelöst ist, sollte China Wege erkunden, die den Input in Bereichen erhöhen, die wirklich zur Verbesserung des Wohlstands der meisten Menschen beitragen – zum Beispiel im öffentlichen Wohnungsbau, der öffentlichen Sicherheit, im Umweltschutz, im Gesundheitssystem, im Schulwesen, bei der Infrastruktur, bei Kunst und Kultur sowie in Wissenschaft und Technologie. Wenn die Bedürfnisse der Menschen nach Essen und Kleidung befriedigt sind, sollte auch die Wohn- und Verkehrssituation verbessert werden. Wenn diese vier Grundbedürfnisse erfüllt sind, können Fragen des öffentlichen Konsums (Sicherheit, Ökologie und Gesundheit), der menschlichen Sicherheit und der sozialen Gleichheit angegangen werden.

China hat bei dem Vorhaben, die Sozialhilfe zu verbessern und die menschliche Unsicherheit zu reduzieren, bereits Fortschritte erzielt. Eine Mindestsicherung wurde im Jahr 2001 eingeführt und wird nun von mehr als 80 Millionen Menschen in Anspruch genommen. Der Staat hat sich auch wieder verstärkt um die Gesundheitsfürsorge gekümmert. Fast 500 Millionen chinesische Stadtbewohner sind nun krankenversichert. Fast 830 Millionen Chinesen sind derzeit vom neuen ländlichen medizinischen Kooperationssystem erfasst. Mehr als 1,3 Milliarden Chinesen haben irgendeine Form der Krankenversicherung. Es gab auch Fortschritte bei der Entwicklung eines Rentenversicherungssystems: dort sind derzeit mehr als 700 Millionen Menschen versichert. Auch der soziale Wohnungsbau wurde massiv ausgeweitet. Kurzum: ein chinesischer Wohlfahrtsstaat nimmt Gestalt an.

²⁵ John Kenneth Galbraith: *The Affluent Society*, Boston: Houghton Mifflin, 64 1998, S. x – xi.

Eine Alternative zu einem Kapitalismus des freien Marktes

Der freie Marktkapitalismus stellt nicht den „Schlusspunkt in der ideologischen Entwicklung der Menschheit“ dar, wie es Francis Fukuyama in seinem berühmten Aufsatz „Ende der Geschichte“ aus dem Jahr 1989 prophezeit hatte.²⁶ In zwei Umfragen, die die BBC 20 Jahre nach Erscheinen des Aufsatzes durchgeführt hat, zeigte sich weltweit eine große Unzufriedenheit mit dem „freien Marktkapitalismus“.²⁷ Nur durchschnittlich 11 Prozent der Befragten in 27 Ländern befanden, dass der Kapitalismus derzeit gut funktioniere und keinerlei Eingriffe durch den Staat benötige. 23 Prozent waren der Ansicht, dass der Kapitalismus komplett gescheitert sei und durch ein neues Wirtschaftssystem ersetzt werden müsse. Die am häufigsten vertretene Position war, dass der freie Marktkapitalismus Probleme habe, die durch Reformen behoben werden könnten. Diese sollten der Regierung eine aktivere Rolle beim Besitz oder der direkten Kontrolle der größten Industrien des Landes, der Verteilung des Wohlstandes und der Regulierung der Unternehmen ermöglichen. Der „freie Marktkapitalismus“ entspricht nicht dem Willen der Menschen.

Nur in diesem globalen Kontext kann man die Bedeutung des chinesischen Sozialismus 3.0 wirklich wertschätzen. Die Chinesen glauben nicht an das „Ende der Geschichte“ und sind unermüdlich dabei, den sozialistischen Pfad zu beschreiten. Gleichzeitig werden sie sich nicht auf ihren Lorbeeren ausruhen oder auf ausgetretenen Pfaden bleiben. Da sie eine neue Entwicklungsphase erreicht haben, werden sie den Sozialismus mit chinesischen Charakteristika „ausschmücken“ und gleichzeitig diverse neue politische Inhalte erproben.²⁸ Seitdem Grundbedürfnisse nicht mehr die Hauptsorge der meisten Chinesen sind, muss der chinesische Sozialismus 3.0 Investitionen in öffentliche Güter und Dienstleistungen grundlegend erhöhen und das Wohlstandsniveau der Gesellschaft weiter verbessern.

²⁶ Francis Fukuyama: *The End of History?*, in: *National Interest*, Nr. 16, Sommer 1989.

²⁷ BBC: *Wide Dissatisfaction with Capitalism: Twenty Years after Fall of Berlin Wall*, 9. November 2009, abrufbar unter: http://www.globescan.com/news_archives/bbc2009_berlin_wall/bbc09_berlin_wall_release.pdf.

²⁸ Wang Shaoguang: *Learning and Adapting: The Case of Rural Healthcare Financing in China*, in: *Social Sciences in China*, Jahrgang VI, 2008, S. 111 – 133.

Hu Shuli

China: Auf Kurs bleiben

7

Hu Shuli gehört zu den größten Fürsprechern freier Medien und liberaler Marktrefor-men in China. Im Jahr 1998 gründete sie das Magazin Caijing, das Chinas Medienlandschaft mit investi-gativen Untersuchungen über Korruption und Betrug aufrüttelte. Im Jahr 2009 verließ sie zusammen mit einem Gros der Redaktion das Magazin, nachdem es Unstimmig-keiten mit den Eigentümern gegeben hatte und gründete Caixin, ein neues Magazin, das seitdem ebenfalls einen Ruf als liberales und investigatives Blatt aufgebaut hat.

Der folgende Aufsatz basiert auf einem Leitartikel aus Caixin, in dem die Führungsschicht zur Fortsetzung des Reformprozesses aufgefordert wird. Er erschien im August 2012, zu einem Zeitpunkt, an dem im Vorfeld des Machtüber-gangs im Oktober starke ideolo-gische Auseinandersetzungen ausgetragen wurden. Der Leit-artikel galt als kühne Aufforde-rung, das Durcheinander bei den Linken nach der Absetzung von Bo Xilai auszunutzen. Seine Argumentation gleicht den Empfehlungen der Weltbank, Chinas Übergang in eine Markt-wirtschaft zu vollenden und Innovationen zu beschleunigen.

Im Vorwort zu einem neuen Buch über chinesische Geschichte schrieb der frühere Präsident Jiang Zemin, dass alle Mitglieder der Kommunistischen Partei und insbesondere deren Führungspersonal das Studium der Geschichte als Priorität betrachten und aus ihm lernen sollten. Seine Bemerkungen wurden im Juli 2012 von Xinhua veröffentlicht.

China hat eine lange Tradition, die Geschichte zu studieren und aus ihr zu lernen – vor allem in Bezug auf die Frage, wie solche Lehren aus der Geschichte auf die Regierungsführung übertragen werden können. Generationen von Parteiführern haben ihrerseits die Notwendigkeit betont, sich von historischen Erfahrungen bei der Entscheidungsfindung leiten zu lassen. Als damalige Generalsekretäre ihrer Partei haben sowohl Jiang als auch Hu Jintao wiederholt zum Studium der Geschichte aufgerufen.

Jiangs jüngster Aufruf, die Geschichte zu beachten – der kurz nach einer Rede Hus vor der Zentralen Parteihochschule im Juli erfolgte – kam zur rechten Zeit, da China kurz vor dem historisch wichtigen 18. Nationalkongress im Herbst 2012 stand.

Wie genau sollen wir die Geschichte studieren? Jiang sagt dazu: „Wir müssen nicht nur die Konsequenzen daraus ziehen, wie wir die Erfolge unserer Reform, unserer Öffnung und unserer sozialistischen Modernisierung vorantreiben, sondern wir müssen auch große Aufmerksamkeit auf die wissenschaftlichen und historischen Muster legen, um den Aufstieg und Fall der Dynastien zu verstehen und aus ihren Fehlern zu lernen.“

Er fuhr fort: „In dieser neuen Ära geht es nicht nur darum, die Geschichte Chinas zu studieren, sondern auch die Geschichte der Welt, um von den Erfolgen und Fehlern anderer zu lernen. Nur so werden wir die Gesetzmäßigkeiten und Zyklen des sozialen Fortschritts verstehen und immer den Finger am Puls der Zeit haben.“ Das heißt, Jiang hat für das Studium der chinesischen Geschichte geworben, um aus ihr zu lernen sowie für das Studium der Weltgeschichte, um globale Entwicklungstrends zu verstehen und erfolgreich zu steuern.

Die bislang deutlichsten Überlegungen zu den Tiefpunkten der jüngsten chinesischen Geschichte wurden in der „Resolution über einige Fragen in der Geschichte unserer Partei“ angestellt, die von der sechsten Plenarsitzung des 11. Zentralkomitees im Jahr 1981 angenommen wurden. Auf diese Resolution hat sich sowohl Hu in einer Rede im Jahr 2011 als auch der damalige Premierminister Wen Jiabao auf einer Pressekonferenz im März 2012 zum Ende des Treffens des Nationalen Volkskongresses bezogen. In seinen Bemerkungen vor der Presse warnte Wen vor „Umwegen“ und erklärte, China habe „harte Lektionen gelernt“.

Die Resolution gibt einen Überblick über die 28 Jahre vor Gründung der Volksrepublik, konzentriert sich aber vor allem auf die 32 Jahre seit ihrer Gründung. Für die Zeit zwischen 1957 und 1966 gesteht sie ein, dass die „Partei schwere Führungsfehler begangen hat, die zu Umwegen in der Entwicklung geführt haben.“ Dem schloss sich die zehnjährige Kulturrevolution an, die „eine Katastrophe für die Partei, das Land und die Menschen“ war. Die Resolution endet damit, dass es ein Zeitraum interner Turbulenzen war, der „fälschlicherweise vom obersten Führer gestartet und von revolutionsfeindlichen Gruppierungen ausgenutzt wurde.“

Seit dem Ende der Kulturrevolution sind 30 Jahre vergangen. Eine Bewertung dieser chaotischsten Phase der modernen chinesischen Geschichte ist wichtig. Es gab natürlich auch einige spektakuläre Erfolge in der Geschichte der chinesischen Entwicklung. Wir sollten von der weisen Regierungsführung vergangener Herrscher lernen. Noch wichtiger ist, dass wir darüber nachdenken müssen, wie China durch sein mehr als 30 Jahre währendes Experiment mit Reform und Öffnung Fortschritte erzielte.

Auf der dritten Plenarsitzung des 11. Zentralkomitees im Jahr 1978 hat die Regierung ihren falschen Fokus auf Klassenkampf aufgegeben und die wirtschaftliche Entwicklung zur Priorität erklärt. Seitdem standen zwei Themen auf ihrer Reformagenda: der Übergang von einer zentralen Planwirtschaft zur Marktwirtschaft und die schrittweise Öffnung seiner Gesellschaft. Ohne Zweifel haben diese Reformen zu Chinas Aufstieg als wirtschaftliches und politisches

Schwergewicht beigetragen. Damit China auch weiterhin erfolgreich ist, müssen wir Reformen vorantreiben, egal wie schwierig diese sind. Das ist die positive Lektion, die wir aus der Geschichte ziehen sollten.

Die Interpretation der Geschichte ist wichtig, um einen ideologischen Konsens in der Partei herzustellen; eine faktenbasierte Bewertung erfüllt die Anforderungen unserer Zeit. Seit dem Beginn der Reformen haben Generationen von Führern die Geschichte interpretiert, um Spaltungen zu überwinden und einen Konsens herzustellen. Sie alle haben die Bedeutung von Reformen bekräftigt.

In diesem Sinn äußerte sich auch Hu während einer Ansprache vor Provinzfürhern und leitenden Funktionären der Parteihochschule im Juli. Hu bekräftigte, dass die Zentralregierung unerschütterlich an der Reform und Öffnung ihres Wirtschaftssystems festhalten und besonderen Wert auf das „Tempo“ und die „Stärke“ dieser Reformen legen werde.

Diese Aussage war deshalb so wichtig, weil China sich am Scheideweg befindet. Mehr als 30 Jahre lang wurden wir Zeugen unermüdlicher Versuche, die Reformen zu diskreditieren und anzugreifen, vor allem durch sehr linksgerichtete Kräfte. Einige Verfechter des alten Systems verweisen auf die unvermeidlichen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Probleme einer Übergangswirtschaft und führen diese als Beweis für das Scheitern der Reformen an. Andere versuchen, die Menschen in die Irre zu führen, indem sie die heutigen Probleme betonen, die bis zu einem gewissen Grad Überbleibsel des alten Systems sind. Diese Ultralinken romantisieren die Vergangenheit und drohen sogar mit einer neuen Kulturrevolution.

Dies erinnert an Deng Xiaopings Warnung aus den 1980er Jahren, wonach revolutionäre Fanatiker versprochen hätten, dass „wir uns in 20 Jahren wiedersehen“. Deng sprach davon, dass China bei einem falschen Umgang mit diesen Elementen auf einer „Zeitbombe“ sitzen würde. Angesichts solcher Attacken sollten sich Kader aller Ebenen an die schmerzhaften historischen Lektionen der Kulturrevolution erinnern und wertschätzen, welchen harten Kampf China bei der Suche nach seinem Weg hinter sich hat. Angesichts sich abschwächenden

Wirtschaftswachstums werden soziale Konflikte, Korruption und die ungerechte Verteilung von Ressourcen zunehmen und auch die Umwelt wird sich verschlechtern.

Es herrscht kein Konsens darüber, wie diese Probleme gelöst werden können. Während die Regierung mit der Bewältigung der Herausforderungen beschäftigt ist, stellen andere die Bemühungen in Frage, eine sozialistische Gesellschaft „chinesischer Prägung“ zu schaffen, so der berühmte Ausspruch Deng Xiaopings. Es gibt auch offene Gegner der Wirtschaftsreformen, die sich für eine „rückwärtige“ Entwicklung aussprechen. Diese bilden zwar keine große Gruppe, aber ihre Ansichten werden von einer Reihe von Regierungsfunktionären und Bürgern geteilt.

Die Theorie des Sozialismus chinesischer Prägung wurde in den Überschriften von fünf Berichten über Parteikongresse seit 1987 aufgegriffen und könnte auch vom 18. Parteikongress wieder verwendet werden. Warum ist das wichtig? Schon seit langem erfolgen theoretische Durchbrüche auf Basis von Errungenschaften früherer Kongresse. Zahlreiche Theorien, die auf Parteikongressen vergangener Jahre angenommen wurden, haben sich als einflussreich erwiesen, wie etwa „die erste Stufe des Sozialismus (13. Kongress), „das sozialistische Marktwirtschaftssystem“ (14.), und die „Entwicklung eines Wirtschaftssystems mit dominierendem Gemeineigentum und differenzierten Eigentumsrechten“ (15.). Die schnelle Entwicklung in den letzten Jahrzehnten hat stark von dieser „Reformdividende“ profitiert.

Eine Reformdividende ist auch jetzt von Nöten, aber schwierig umzusetzen. In seiner Juli-Rede versprach Hu 2012, dass Wahlen, die politische Entscheidungsfindung, die Verwaltung und die Kontrolle demokratisch und rechtskonform erfolgen würden – das wurde bereits auf dem 17. Nationalkongress im Jahr 2007 gefordert, als über die Schwierigkeiten, die mit der Umsetzung solcher Reformen einhergehen, reflektiert wurde.

Eine Gruppe jüngerer Parteiführer wird dieses Jahr das Ruder übernehmen. Sie müssen das Studium von Chinas Geschichte vertiefen, vor allem der jüngsten Geschichte, so dass sie die gute Arbeit, die bei

der dritten Plenarsitzung des 11. Zentralkomitees begonnen wurde, fortsetzen können. Sie dürfen nicht die Gründe vergessen, die China dazu bewogen haben, den Reformweg einzuschlagen und weshalb es nötig ist, nun dabei zu bleiben. Es ist entscheidend, dass die jetzigen Machthaber das verstehen.

POLITIK

Sun Liping

Das Modell von Wukan und Chinas demokratisches Potenzial

8

Sun Liping gehört zu Chinas führenden Soziologen und war Doktorvater von Xi Jinping an der Tsinghua-Universität. Schon seit langem warnt er die politischen Führer, dass die größte Bedrohung für die chinesische Gesellschaft nicht soziale Unruhen, sondern der soziale Verfall ist. Anfang 2012 schrieb er einen aufrüttelnden und kritischen Beitrag für die Tsinghua-Universität, in dem er „mächtige Interessengruppen“ offen dafür kritisiert, die „Reformen als Geiseln genommen zu haben.“ Er ist überzeugt, dass soziale Stabilität durch die Erlaubnis zur freien Meinungsäußerung und die Möglichkeit zur Verteidigung der eigenen Rechte geschaffen werden kann.

Der folgende Aufsatz erschien 2012 in der April-Ausgabe des Economic Observer. Er handelt vom „Vorfall in Wukan“, einem Protestzug gegen Korruption und Grundstücksenteignung, der im September 2011 begann und im Dezember in eine Auseinandersetzung zwischen Dorfbewohnern und der örtlichen Polizei mündete. Der Konflikt wurde schließlich nach Verhandlungen zwischen Dorfvertretern und Provinzfunktionären gelöst, die einer selbst-organisierten und, wie es schien, von KPCh-Eingriffen freien Dorfwahl im Februar zugestimmt hatten. Der „Ansatz von Wukan“ wurde von chinesischen Intellektuellen als Modell dafür gelobt, wie sich die Autonomie der Dörfer verbessern lässt und soziale Konflikte durch Gespräche und Verhandlungen statt durch unterdrückerische Gewalt gelöst werden können.

Der Vorfall in Wukan könnte für China von historischer Bedeutung sein. Proteste von Dorfbewohnern haben in einem demokratischen Prozess zur Wahl von Dorfvertretern geführt, den die Dorfbewohner als fair empfunden haben. Dies war nicht die erste derartige Wahl in China. Aber im Kontext von Ereignissen im Umfeld des Vorfalls besitzt er eine besondere Bedeutung. Angesichts eines stark gestörten Vertrauensverhältnisses zwischen Funktionären und Bevölkerung haben sich beide Seiten schließlich zur Anwendung einer rationalen Methode entschieden – Wahlen und ein demokratischen Prozess, der einen Kompromiss ermöglichte, dessen Bestandteile die Bedürfnisse der Öffentlichkeit und der Regierung befriedigte. Die erfolgreiche Streitbeilegung in Wukan beweist, dass demokratische Mittel zur Lösung der Probleme in China eingesetzt werden können. Sie zeigt auch, dass die chinesische Gesellschaft das Potenzial hat, demokratischer und langfristig stabil zu sein.

Das Problem von China

Das „Problem von Wukan“ ist Teil des größeren „Problems von China“. Das Experiment von Wukan wirft die Frage auf, ob es China gelingen wird, den Menschen einerseits das Recht zuzugestehen, für ihre Interessen einzustehen und zu kämpfen und andererseits bei der Lösung derartiger Konflikte die Stabilität zu bewahren. Die Probleme, mit denen die chinesische Gesellschaft zu kämpfen hat, haben mit diesen miteinander konkurrierenden Zielen zu tun. Der Versuch, diesen Widerspruch aufzulösen, wird die Weisheit der Chinesen auf eine harte Probe stellen.

Die Bedeutung des Vorfalles in Wukan liegt nicht so sehr in der Unabhängigkeit und Transparenz des Wahlprozesses. Sie liegt vielmehr darin, dass die Behörden einem der Anführer der Proteste, Lin Zuluang erlauben haben, neuer Chef des dörflichen Parteikomitees zu werden, nachdem sich die Lage beruhigt hatte. Auch Hong Ruichao, der ebenfalls an den Protesten teilgenommen hatte und einer von fünf Inhaftierten im Dezember 2011 war, wurde in den Wahlausschuss gewählt. Die Tochter von Xue Jinbo, der als Anführer der Dorfbe-

wohner von Wukan aufgetreten und später in Polizeigewahrsam gestorben war, wurde ebenfalls als Dorfvertreterin gewählt.

Das ist sehr ungewöhnlich. In der Vergangenheit wurden die Anführer von Protesten immer bestraft, selbst wenn ihre Forderungen angemessen waren und sie Zugeständnisse erhielten. Dies bezeichnet man häufig als „die Abrechnung erfolgt im Herbst“, d. h. man wartet, bis sich die Situation beruhigt hat, bevor man den Protestführern zeigt, wer tatsächlich die Macht hat. Das soll diejenigen abschrecken, die ähnliche Aktionen planen. Die Menschen hatten Angst, dass so etwas auch dieses Mal passieren würde.

Die Erfahrung von Wukan ist auch eine Anerkennung des Prinzips, dass die Öffentlichkeit die Berücksichtigung ihrer Interessen verlangen kann und sich bemühen sollte, für ihre Rechte einzustehen. Wukan unterbricht das Prinzip der „Herbst-Abrechnung“ und gilt als neues Modell der Konfliktlösung zwischen Funktionären und Bevölkerung. Diese Entwicklung ist dabei sowohl Resultat des wachsenden Widerstandes der Öffentlichkeit als auch einer größeren Offenheit auf Seiten der Regierung.

Die Bedeutung von Guandong

Die Bedeutung dieses Durchbruchs wird deutlich, wenn man ihn in Zusammenhang mit zwei Entwicklungen in Guandong sieht, die in den vergangenen Jahren stattgefunden haben. Zunächst gab es in Guandong in den letzten Jahren eine Reihe von Massenvorfällen. Hierfür gibt es zwei Gründe: Guandong ist Vorreiter in China für die „Reform- und Öffnungspolitik“ und gehört zu den am stärksten entwickelten Regionen Chinas. Aus diesem Grund kann es hier häufig zu Problemen kommen. So stammen beispielsweise 30 bis 40 Millionen der 110 Millionen in dieser Provinz lebenden Menschen aus anderen Teilen Chinas. Folglich sind die Probleme und Konflikte, die durch diesen Zustrom von Zuwanderern entstehen, eher in Guandong ein Problem als anderswo.

Zwar würde die Bezeichnung „Bürgergesellschaft“ zu weit gehen, doch im Gegensatz zu anderen Regionen in China hat Guangdong eine viel stärkere Tradition als Gesellschaft, die nicht so stark von der Regierung dominiert wird. Die Kantonesen sind ein pragmatisches Volk und lassen sich nicht leicht täuschen, zudem sind sie familiär stark vernetzt. Hinzu kommt, dass das Bewusstsein der Menschen über ihre Rechte schon immer besonders stark ausgeprägt gewesen ist, vor allem im Osten der Provinz. Angesichts dieser Bedingungen – ein starkes Gefühl für ihre Rechte gekoppelt mit eng verbundenen sozialen Gruppen – lässt sich leicht verstehen, warum die Menschen in Guangdong mehr als anderenorts protestieren. In der Zukunft wird sich auch die restliche chinesische Gesellschaft mit dem Phänomen auseinandersetzen müssen, dass immer mehr Normalbürger von ihren Rechten Gebrauch machen.

Die Provinzregierung hat zudem neue Wege erprobt, um die wachsenden sozialen Spannungen aufzulösen. Der Umgang der Behörden mit den Protesten in Wukan kann als Beitrag zu diesen Bemühungen gesehen werden. 2011 hat der Parteisekretär von Guangdong, Wang Yang, klargestellt, dass die Regierung die richtige Balance zwischen Aufrechterhaltung der Stabilität und Schutz der Rechte finden muss. In den vergangenen Monaten haben die Funktionäre in Guangdong einige Demonstrationen geduldet, wozu anfangs auch die Proteste in Wukan gehörten. Zudem haben sie das Konzept der „sozialen Konstruktion“ gefördert, in dem sie die Voraussetzungen zur Schaffung sozialer Gruppen und Organisationen gelockert haben. Guangdong versucht, beide Ziele zu erfüllen: den Bürgern zu erlauben, ihre Interessen zu vertreten und durch die Schaffung bestimmter sozialer Mechanismen die soziale Stabilität aufrechtzuerhalten.

Die Korrektur der Zwangslage

Was sich in Wukan ereignet hat, berührt ein wichtiges Thema: welchen Ansatz sollte China verfolgen, um die wachsenden sozialen Spannungen aufzulösen. Am wichtigsten ist die „Korrektur der Zwangslage“. Wir befürchten, dass ein zu starkes Eingehen auf soziale Probleme dazu führt, dass wir den Rückweg nicht mehr finden. Die

Regierung steht insbesondere dann vor diesem Dilemma, wenn die Öffentlichkeit angemessene Forderungen stellt: löst man ein Problem, treten zehn neue zutage; löst man zehn Probleme, sieht man sich mit 100 neuen konfrontiert. Theoretisch sollten die schwierigen Fragestellungen der heutigen chinesischen Gesellschaft, zu denen auch soziale Spannungen und Konflikte gehören, in Übereinstimmung mit dem Recht gelöst werden. Aber dies löst eine Kettenreaktion aus, und eine Reihe früherer Probleme taucht erneut auf, von denen viele einfach nicht gelöst oder zumindest nicht mit rechtstaatlichen Mitteln beigelegt werden können.

Der Vorfall von Wukan illustriert dieses Dilemma. Im Mittelpunkt des Vorfalls stand die Frage der Grundbesitzes: die Dorfbewohner forderten die Rückgabe des Grund und Bodens, den die Funktionäre verpachtet hatten. Aus rechtlicher Sicht hängt der Ausgang ihres Falls natürlich davon ab, wie gültig die ursprüngliche Boden-Übertragungsvereinbarung bzw. der entsprechende Vertrag war. Gemäß chinesischem Vertragsrecht sind alle Verträge unwirksam, wenn sie durch Betrug oder Zwangsmaßnahmen zustande gekommen sind. Verträge gelten auch dann als unwirksam, wenn sie den Interessen des Staates, des Kollektivs oder einer dritten Partei zuwider laufen. Es gibt zwei Möglichkeiten, mit unwirksamen Verträgen umzugehen: die Ausgangslage wiederherstellen oder Entschädigung anbieten.

Im Dezember 2011 kündigte der Parteivorsitzende von Shanwei, Zheng Yanxiong, auf einer Pressekonferenz an, dass die Erschließung eines Grundstücks, das an die Lufeng Fengtian Livestock Products Company Ltd verpachtet wurde, gestoppt werde. Zudem werde die Regierung die Entschädigungen für diejenigen koordinieren, die Boden verloren haben und außerdem 404 Hektar Land zurückfordern. Die Gespräche würden in Konsultation mit den zuständigen Ministerien geführt, man setze auf den Input aus den Dörfern und werde die Interessen der Dörfer wahren. Auch wenn es Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Entscheidung eines Parteiausschusses gibt, unilateral die Rücknahme eines Grundstücks zu beschließen, entsprach die Ankündigung der Hauptforderung der Dorfbewohner, den ursprünglichen Vertrag über den Grundstückstransfer für null und nichtig zu erklären.

Da die 404 Hektar Land noch nicht erschlossen waren, konnte das Stück Land an die ursprünglichen Besitzer in Wukan zurückgegeben werden. Wenn das Land jedoch bereits erschlossen gewesen wäre, hätte die einzig denkbare Lösung in einer Entschädigung durch die Regierung aus öffentlichen Mitteln bestanden. Doch selbst wenn die Regierung Entschädigung bezahlen könnte (Shanwei ist eine relativ unterentwickelte Region), wäre es rechtmäßig, diejenigen aus Steuergeldern zu entschädigen, die am Zustandekommen eines unwirksamen Vertrages beteiligt waren? Die Situation in Wukan ist jedoch noch komplizierter: die Regierung hat in den vergangenen Jahren mehr als 3.000 Hektar Land verpachtet, verlangt aber nun nur 404 Hektar zurück. Was passiert mit dem restlichen Land?

Die zweite Frage befasst sich mit dem Risiko, damit eine Flut ähnlicher Forderungen auszulösen. In den letzten Jahren haben die Probleme in Zusammenhang mit dem Bodenerwerb und der Umsiedlung im ganzen Land zugenommen. Würde man sich Fälle mit Unregelmäßigkeiten ansehen, käme man sicher bei einigen zum Ergebnis, dass auch sie auf unwirksamen Verträgen beruhen. Wenn also Wukan seine Probleme durch eine rechtstaatliche Lösung beheben kann, warum sollte das nicht auch in anderen Orten möglich sein? Ist es möglich, dass andere Orte auch diese unwirksame Vertragsmethode zur Lösung ihrer Probleme nutzen? Die Antwort heißt ganz klar nein.

Das verdeutlicht die Probleme, vor denen China jetzt steht. Es ist leicht, einen Fall zu lösen, doch möchte man daraus ein Muster ableiten, muss man dieses Dilemma effektiv auflösen. Wir werden sicherlich bei allen Fragestellungen in Zusammenhang mit solch strittigen Themen wie Petitionen, Arbeitslosigkeit und Entlassungen von Arbeitskräften sowie beim Thema Familienplanung in diese „Korrekturzwangslage“ kommen. Versucht man, zum Originalzustand zurückzukehren, stellt man fest, dass das nicht möglich ist; fordert man aber andererseits Entschädigungen, stellt man fest, dass man sich diese gar nicht leisten kann. Der Umgang mit diesen Fragestellungen ist eine echte Bewährungsprobe für Chinas Reformier und erfordert sowohl Mut als auch Weisheit.

Der Korrekturzwangslage entkommen

30 Jahre lang hat die Reform und Öffnung Chinas gedauert. Durch diese Reformen hat China ein neues Zeitalter begründet, aber es sind auch viele Probleme entstanden. Die Korrekturzwangslage ist ein besonderes Beispiel dafür, was ich in der Vergangenheit als „Übergangsfalle“ bezeichnet habe. Die Schwierigkeiten bei der Lösung von Chinas Problemen liegen nicht nur darin, dass Interessengruppen das korrupte System erhalten und sie haben auch nicht mit der Komplexität der Probleme und der Schwäche des Systems zu tun. Stattdessen haben sie stärker mit der Korrekturzwangslage zu tun. Wenn wir Probleme nicht lösen, dann werden sie immer größer und immer schwieriger zu überwinden. Doch wenn wir zu stark an ihrer Lösung arbeiten, könnte das eine Kettenreaktion auslösen und das System sogar einer Belastungsprobe unterziehen. Auf dieses Dilemma gibt es zwei mögliche Antworten: das Problem entweder mit Mut und Bestimmtheit angehen oder ohne.

China muss ehrlich und ernsthaft über die bestehenden Probleme sprechen und ihnen ins Auge blicken. Es ist nicht hilfreich, Fehler und Begrenzungen der letzten 30 Reformjahre vermeiden zu wollen. Wir müssen ehrlich mit der gegenwärtigen Zwangslage und den mit ihr verbundenen Zwängen und Schwierigkeiten umgehen und versuchen, ein gemeinsames Selbstverständnis zu erreichen. Die Machthaber sollten mit Bestimmtheit weitermachen und die Menschen Toleranz und Verständnis für die Schwierigkeiten zeigen, die bei der Lösung der Probleme entstehen. Wir müssen fair und gerecht und in einer Atmosphäre der Aussöhnung einen gesellschaftlichen Konsens über den besten Ausweg aus unserer Zwangslage finden. China hat eine einmalige historische Chance, diese Herausforderung zu meistern.

Ma Jun

Rechenschaftspflicht ohne Wahlen

9

Ma Jun ist ein Kollege von Xiao Bin am Institut für Regierungslehre der Sun-Yat-sen Universität in Guangzhou. Als Politikwissenschaftler hat er einflussreiche Arbeiten über die Rechenschaftspflicht, die Bürgergesellschaft und die sozialen Grundlagen der Besteuerung verfasst. Seine liberalen Ansichten teilt er mit vielen Professoren an der Sun-Yat-sen Universität, die in einer florierenden und weltoffenen Küstenprovinz liegt.

Der folgende Aufsatz basiert auf Mas Forschungen über politische Rechenschaftspflicht und Haushaltsreform, in denen er die Möglichkeit einer Einführung der Rechenschaftspflicht ohne kompetitive Wahlen diskutiert. Auch wenn er langfristig keine Alternative zur westlichen Wahldemokratie sieht, glaubt er, dass China von neuen Formen der sozialen Rechenschaftspflicht profitieren kann. Sie würde die Entwicklung einer Zivilgesellschaft stärken und möglicherweise ein solides institutionelles Umfeld erforderlich machen, das verstärkte politische Beteiligung ermöglicht.

Die Rechenschaftspflicht ist zentral für die staatliche Regierungsfähigkeit. Seit Jahren handeln die theoretischen Diskussionen über Rechenschaftspflicht von Wahlendemokratien, in denen regelmäßig freie und kompetitive Wahlen stattfinden. Viele Gelehrte sind der Ansicht, dass eine durch Wahlen erfolgende Rechenschaftspflicht unerlässliche Voraussetzung für die politische Rechenschaftspflicht ist. Doch die Realität ist komplizierter als die Theorie. Die chinesischen Erfahrungen des vergangenen Jahrzehnts legen nahe, dass es auch die Möglichkeit einer „Rechenschaftspflicht ohne Wahlen“ gibt. In China, einem Land, das nicht von Wahlen geprägt ist, findet verglichen mit dem Westen eine umgedrehte Reihenfolge bei der Entwicklung der Rechenschaftspflicht und Demokratie statt.

Formen der politischen Rechenschaftspflicht

Zur Gewährleistung der politischen Rechenschaftspflicht muss sich der Staat mit zwei grundlegenden Fragen auseinandersetzen. Erstens mit der Frage, wer Macht ausüben kann und wer nicht – sprich, wie eine Regierung gebildet wird. Zweitens mit der Frage, wie diese Macht ausgeübt wird – also wie der Einsatz der Macht kontrolliert wird. Zwei verschiedene Institutionen werden zur Beantwortung dieser zwei unterschiedlichen Fragen benötigt.

Während der vergangenen rund 2000 Jahre politischer Geschichte hat die Menschheit viele Methoden oder Lösungsansätze für die erste Fragestellung erprobt, zu denen auch Gewalt, gesetzliche Erbfolge, (willkürlich) Ernennung und selbst Bestechlichkeit, Auslosung, Untersuchungen und kompetitive Wahlen gehörten. Erst im 19. Jahrhundert hatte sich ein Konsens dahingehend gebildet, dass Wahlen die beste Möglichkeit zur Ermittlung der jeweiligen Machthaber sind. Demokratie wird nun mit Wahlen gleichgesetzt. Wahlen sind ohne Zweifel ein wesentliches Element zur Schaffung von Rechenschaftspflicht; sie dienen dazu, die Kette der Rechenschaftspflicht grundlegend zu verändern: einst war die Regierung dem Herrscher verantwortlich; nun ist sie den Menschen verantwortlich. Doch Wahlen allein können die Rechenschaftspflicht nicht gewährleisten.

Die wichtigste Funktion von Wahlen ist die Regelung des Machtübergangs (Nachfolge) sowie die Interessenvertretung. Doch auch Wahlen können nicht wirksam sicherstellen, dass Politiker ihre Macht verantwortlich ausüben – dies zeigen historische Beispiele wie etwa in den Vereinigten Staaten im Progressiven Zeitalter von 1890 bis 1928 sowie die neuen Demokratien, die in der zweiten Demokratisierungswelle entstanden sind. In diesen Fällen sind die Wahldemokratien, die bei der Schaffung von Institutionen zur wirksamen Festlegung der Machtausübung versagt haben, tendenziell Opfer von Korruption und Machtmissbrauch geworden. Um die öffentliche Kontrolle der Regierung sicherzustellen, muss zur Wahldemokratie eine neue Institutionenebene hinzukommen, die die Machtausübung durch öffentliche Funktionsträger kontrolliert.

Im chinesischen Kontext, der nicht von Wahlen gekennzeichnet ist, wird nun zunehmend Wert auf die so genannte demokratische Haushaltsplanung gelegt, zu der (1) die Entwicklung der Haushaltskontrolle durch lokale Volkskongresse (Chinas Legislative) und (2) die Praxis der Bürgerbeteiligung am Staatshaushalt gehört. Seit der Wirtschaftsreform ist die Zahl der Hochschulstudenten von 304 pro 100.000 im Jahr 1991 auf 2.128 pro 100.000 im Jahr 2008 gestiegen; auch die Zahl der NGOs hat zugenommen und die Medien sind mächtiger und autonomer geworden.²⁹ In der Folge ist die Gesellschaft zu einer mächtigen Kraft bei der Kontrolle der Machtausübung durch die Regierung und ihrer Funktionsträger geworden. Die Herausbildung dieser neuen Formen von Rechenschaftspflicht verdeutlicht die Entwicklung einer „Rechenschaftspflicht ohne Wahlen“ in China.

Westliche und chinesische Wege zur Rechenschaftspflicht

Es gibt verschiedene denkbare Wege zur politischen Rechenschaftspflicht, die auf den verschiedenen Arten der Abfolge der Rechenschaftspflicht durch Wahlen und im Haushaltsbereich basieren. In vielen europäischen Staaten hat der Staat vom frühen 19. Jahrhundert bis zum frühen 20. Jahrhundert fast zeitgleich ein modernes Wahlsystem und ein modernes Haushaltssystem entwickelt und diese dann kontinuierlich verbessert. In den Vereinigten Staaten hat der Staat zuerst ein modernes Wahlsystem geschaffen und nach einigen Jahren, vor allem während des Progressiven Zeitalters, mit dem Aufbau eines modernen Haushaltssystems begonnen. Da bestehende Theorien zur politischen Rechenschaftspflicht zumeist auf westlichen Erfahrungen beruhen, neigen sie dazu, die Bemühungen zur Schaffung einer auf Wahlen basierenden Rechenschaftspflicht zu betonen.

China versucht hingegen, vor einem modernen Wahlsystem zunächst ein modernes Haushaltssystem einzuführen. In den letzten 30 Jahren hat China sein Wahlsystem reformiert: in den 1980er Jahren

²⁹ Zahlen über die Absolventen höherer Bildung sind beim chinesischen Ministerium für Bildung abrufbar: Education Statistical Data Comprehensive Section, abrufbar unter: <http://www.moe.gov.cn/publicfiles/business/htmlfiles/moe/s4959/201012/113467.html>.

wurden die Abgeordneten in den Bezirks-Volkskongressen teilweise kompetitiv gewählt; seit Ende der 1980er Jahre werden die Vorsitzenden der Dorfausschüsse in ländlichen Gegenden in freier und kompetitiver Wahl gewählt und seit Kurzem gilt dies auch für die Wahl von städtischen Gemeindeausschüssen. Trotz dieser Reformen sind weder Dorfausschüsse noch Stadtgemeindeausschüsse Teil des Regimes. Chinas Führungsschicht ist auch weiterhin zurückhaltend mit der Einführung kompetitiver Wahlen für höhere Regierungsebenen.

Doch die Frage der Rechenschaftspflicht wird in China immer relevanter. Herkömmliche Mechanismen zur Rechenschaftspflicht wie hierarchische Top-Down-Kontrollen und regelmäßige disziplinarische Untersuchungen durch die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) konnten nicht sicherstellen, dass die Regierung sowie die Funktionsträger ihre Macht ordnungsgemäß ausüben. So gab es zahlreiche Berichte über Machtmissbrauch. Die chinesische Gesellschaft ist in Bezug auf ihre Interessen und Werte pluralistischer geworden und das Bewusstsein für Bürgerrechte ist gewaltig gestiegen. Aus diesem Grund fordern die Chinesen nun eine stärkere Rechenschaftspflicht – fast bis zu dem Punkt, an dem der Staat in Frage gestellt wird. In diesem Zusammenhang haben Staat und Zivilgesellschaft neue Formen der Sicherstellung einer nicht auf Wahlen beruhenden Rechenschaftspflicht erprobt.

Seit den späten 1990er Jahren lässt sich in China zunehmend eine Rechenschaftspflicht ohne Wahlen beobachten. In einem nicht von Wahlen geprägten Umfeld wie dem chinesischen, können Veränderungen an Verfahrensvorschriften die Machtausübung bis zu einem gewissen Grad regeln, um den Erfordernissen der Rechenschaftspflicht zu entsprechen. Dies lässt sich durch eine Metapher von Akteuren in einer Arena veranschaulichen: Wahlen können als Möglichkeit gesehen werden, die Akteure zu wählen oder zu ändern, die in der Arena auftreten: wenn wir die Akteure durch Wahlen nicht ändern können, können wir trotzdem die Spielregeln ändern, die sie einhalten müssen, wenn sie weiterhin mitspielen wollen. Die Entwicklung einer auf Haushaltskontrolle basierenden Demokratie spielt hierbei eine wichtige Rolle. Zudem haben die Menschen sowie die Zuschauer

damit begonnen, einen kritischen Blick auf die Leistung der Akteure in der Arena zu werfen, auch wenn sie unliebsame Akteure nicht austauschen können. Somit entsteht gerade eine Form der gesellschaftlichen Rechenschaftspflicht in China. Es wird erwartet, dass alte Akteure neue Spiele mit neuen Regeln spielen.

Haushaltsdemokratie

Als erstes wurde die Rechenschaftspflicht in China durch eine effektive Haushaltskontrolle verbessert. Vor der 1999 erfolgten Reform waren die Befugnisse zur Aufstellung des Haushalts fragmentiert: fast alle Regierungsbehörden konnten öffentliche Gelder vergeben; außerplanmäßige Ausgaben waren an der Tagesordnung und es gab für die einzelnen Ministerien kein Budget zur Planung von Aktivitäten, auf dessen Basis hinterher abgerechnet werden konnte. Erschwerend kam hinzu, dass die Finanzverwaltung stark dezentralisiert war; es gab kein einheitliches Konto für die Staatskasse, sondern die Gelder waren auf den Konten der verschiedenen Ministerien verteilt, Anschaffungen sowie Auszahlungen waren in den Händen der Ministerien dezentralisiert, das Kontensystem war fragmentiert und daher nicht zur Überwachung finanzieller Transaktionen geeignet. Unwirksame Haushaltskontrollen innerhalb der Regierung unterminierten die Rolle des Volkskongresses im Haushaltsprozess. Folglich gab es keinen Mechanismus zur Gewährleistung einer Rechenschaftspflicht der Regierung gegenüber den Bürgern hinsichtlich der Einnahmen und Ausgaben von öffentlichen Geldern.

Dies hat sich seit 1999 geändert. Alle Ministerien sind nun verpflichtet, einen Haushalt aufzustellen, der alle Einnahmen und Ausgaben sowie die Mittelanforderungen auflistet. Auf Basis eines neu geschaffenen einzelnen Kontensystems des Finanzministeriums wurde zudem eine zentralisierte Finanzverwaltung geschaffen. Diese Bemühungen haben zu einer hierarchischen Rechenschaftspflicht innerhalb der Regierung geführt und dafür gesorgt, dass die Ministerien dem Regierungschef gegenüber rechenschaftspflichtig sind. Auch die Volkskongresse haben damit begonnen, die staatliche Verwendung öffentlicher Gelder, die nicht im öffentlichen Interesse sind, zu

hinterfragen. Zudem kontrollieren sie nun den Gesamthaushalt und haben ihren Ermessensspielraum bei der Haushaltskontrolle verschärft. Der Rechnungshof hat sich zu einem Wächter entwickelt, der Machtmissbrauch anprangert, was bis hin zur Strafverfolgung von Übeltätern führen kann.

Zwischenzeitlich haben auch einige Städte begonnen, ihre Bürger mit verschiedenen Methoden in die Haushaltsplanung miteinzubeziehen. Eines dieser Modelle ist der „Bürgerbeteiligungshaushalt“. In Haerbin, in der Provinz Heilongjiang und in Wuxi, in der Provinz Jiangsu, dürfen Bürger aus dörflichen und städtischen Gemeinschaften über die Verwendung von Geldern für Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur entscheiden. Ein anderes Modell ist die „demokratische Haushaltsberatung“, die in den Städten von Wenling in der Provinz Zhejiang eingeführt wurde. In einer Stadt dürfen die Bürger auswählen, welche Infrastrukturprojekte verfolgt werden sollen; in einer anderen können sie ihre Meinung kundtun, wenn der Volkskongress der Stadt den Haushalt erörtert. Das KPCh-Provinzgeneralsekretariat hat nun damit begonnen, das Wenling-Modell der Gemeinschaftsdemokratie auf andere Ortschaften auszudehnen.

Gesellschaftliche Rechenschaftspflicht

Die zweite Art der Verbesserung der Rechenschaftspflicht in China betraf die Herausbildung einer „gesellschaftlichen Rechenschaftspflicht“. Seit Ende der 1990er Jahre arbeiten Staat und Markt daran, in die Autonomie der Gesellschaft einzugreifen. Das bedeutet, dass die Gesellschaft von der Gnade einer Allianz der Mächtigen und Reichen abhängig ist. Öffentliche Macht wurde oft für Regierungs- und Wirtschaftsinteressen ohne Rücksicht auf die Belange der Allgemeinheit oder die Kosten für die Bürger missbraucht. So haben sich seit den 1990er Jahren zwei Formen der sozialen Rechenschaftspflicht herausgebildet: eine staatliche und eine gesellschaftliche. Erstere wird angetrieben durch die Bemühungen des Staates zur Wiederherstellung von Legitimität und letztere ist mit dem Selbstschutz der Gesellschaft verbunden. Karl Polanyi sah im Selbstschutz der Gesellschaft eine Reaktion auf die Exzesse des Marktes. In China stellt

er jedoch auch eine Reaktion auf den Machtmissbrauch der Regierung dar.

Lokalregierungen haben mit verschiedenen Formen der staatlichen sozialen Rechenschaftspflicht experimentiert. Einige halten öffentliche Anhörungen ab, um die Bürger an politischen Entscheidungen oder Gesetzen zu beteiligen, die großen Einfluss auf ihre Lebensqualität haben. In diesem Sinn führt die Regierung von Hangzhou in der Provinz Zhejiang seit dem Jahr 2000 jährlich eine Umfrage bei ihren Bürgern durch, um ihre Leistung zu evaluieren und Themen zu identifizieren, die den Bürgern Sorgen bereiten. Die Regierung der Provinz Guangdong lädt ihre Bürger dazu ein, ihren Ansichten und Sorgen auf der Webseite der Regierung Ausdruck zu verleihen.

Gleichzeitig gab es ein schnelles Wachstum bei den gesellschaftlichen Initiativen zur sozialen Rechenschaftspflicht, die die Marktexzesse und den Machtmissbrauch der Regierung in Frage stellen. So hat insbesondere die Zunahme sozialer Medien dazu geführt, dass der Staat nicht mehr alle Informationen kontrollieren kann und damit den Bürgern ein wirksames öffentliches Forum für die Bündelung ihrer Interessen und sogar für kollektive Aktionen zur Verfügung steht. So wurde im Jahr 2008 ein Funktionär wegen Korruption verurteilt, nachdem Netzbürger seinen exklusiven Geschmack für Zigarren und Uhren aufgedeckt und damit offizielle Untersuchungen ausgelöst hatten. Webseiten wie China Civilian Report und China Public Opinion Supervision haben Tausende Fälle von Fehlverhalten von Funktionären dokumentiert. Es gibt sogar eine chinesische Variante von WikiLeaks unter der Adresse 703804.com.

Tausende von NGOs – viele von ihnen nicht staatlich registriert oder zur Umgehung staatlicher Kontrollen als Unternehmen registriert – haben es sich zur Aufgabe gemacht, den Machtmissbrauch von Funktionären offen zu legen, Bürgerrechte vor Verletzungen durch die Regierung zu schützen und sogar Einfluss auf die Politikgestaltung nehmen zu wollen. So erzwang etwa im Jahr 2003 eine Koalition aus Umwelt-NGOs, Bürgern und Netzbürgern die Änderung von Regierungsplänen zum Bau mehrerer Wasserkraftwerke am Fluss Nu in der Provinz Yunnan. Diese Beispiele erfolgreicher Interventionen

von Bürgern, Netzbürgern und NGOs verdeutlichen, dass die Bürgergesellschaft eine machtvolle Kraft bei der Kontrolle des Machtgebrauchs durch Regierung und ihre Funktionsträger sein kann.

Schlussbemerkung

Somit muss die chinesische Regierung selbst ohne Wahlen den Menschen gegenüber Rechenschaft ablegen, was Auswirkungen auf Chinas politisches System haben wird. Die Entwicklung einer Haushaltskontrolle durch den Volkskongress schafft eine Art „horizontaler Rechenschaftspflicht“ und verankert „checks and balances“ in Chinas politischem Prozess. Dies wird den Weg für Konstitutionalismus in Chinas nicht von Wahlen geprägtem Umfeld bereiten und im Gegenzug die Grundlagen für Chinas Entwicklung hin zu einer Wahldemokratie schaffen. Ebenso wird die Herausbildung einer „gesellschaftlichen Rechenschaftspflicht“ das soziale Bewusstsein sowie das Bewusstsein für Bürgerrechte stärken und die Entwicklung hin zu einer völlig funktionierenden chinesischen Zivilgesellschaft in der Zukunft fördern – und somit auch Chinas Schritt hin zu einer Wahldemokratie einleiten.

Es gibt jedoch inhärente Begrenzungen für Chinas Versuche, die Rechenschaftspflicht zu verbessern, die aus fehlenden kompetitiven Wahlen resultieren. Da die Abgeordneten für den Volkskongress nicht gewählt werden, haben sie kaum Anreiz, den Staatshaushalt zu überwachen. Da Gouverneure oder Bürgermeister nicht gewählt werden, haben sie nur geringes Interesse daran, die Versuche des Volkskongresses zu unterstützen, den Staatshaushalt für strengere öffentliche Kontrollen zu öffnen oder Initiativen zur gesellschaftlichen Rechenschaftspflicht zu ergreifen. Auch wenn Rechenschaftspflicht ohne Wahlen möglich ist, sind Wahlen wichtig. Es bleibt offen, wann der chinesische Staat Wahldemokratie als Option für politische Reform in der nahen Zukunft in Erwägung ziehen wird.

Pan Wei and Shang Ying

10

Ein neuer Ansatz zur Bewahrung der Stabilität

Pan Wei gilt als „Neokonservativer“ und war lange ein vehementer Fürsprecher traditioneller chinesischer Wertvorstellungen hinsichtlich der Leistungsgesellschaft und des Konfuzianismus sowie ein vehementer Gegner der westlich geprägten Demokratie. Seine einflussreiche Schrift über „Konsultative Rechtsstaatlichkeit“ stellt die chinesische Kultur der Leistungsgesellschaft neben das Mehrheitsprinzip der Wahlpolitik und fordert China zur Umgestaltung seines politischen Systems analog dem Vorbild von Singapur auf. Seit 2007 leitet Pan Wei ein großes Projekt zur Definition eines „chinesischen Modells“, das zum Ziel hat, westliche Ansätze zurückzuweisen, die Dichotomien zwischen Staat und Zivilgesellschaft, zwischen Demokratien und Autokratien sowie zwischen Staaten und Märkten kreieren. Shang Ying arbeitet als Assistant Professor an der Universität von Peking mit Pan Wei zusammen.

Der folgende Beitrag ist ein Ausschnitt aus dem letzten Bericht von Pan Wei und Shang Ying über die mit der Bewahrung von Chinas Stabilität verbundenen Belastungen (weïwen) und es heißt, er habe die Aufmerksamkeit des Ständigen Ausschusses des Politbüros der Partei erregt. Mit seinen Reden über eine Krise der chinesischen Werte und seiner Nostalgie für „lokale Gemeinschaften“ ähnelt Weis Haltung der von amerikanischen Neokonservativen wie Allan Bloom und Kommunitaristen wie Charles Taylor.

Die Mehrheit der Chinesen hatte schon immer große Zuneigung und Vertrauen in die Partei und die Regierung. Doch heutzutage, da sich Gerüchte über die Partei und die Regierung sehr schnell verbreiten, hat das öffentliche Vertrauen in die Regierung gelitten. Es wäre sicherlich schwierig, irgendwo auf der Welt eine andere Regierung zu finden, deren Funktionäre so gut ausgebildet sind und so hart arbeiten. Unter der Führung der Partei hat sich China vom weltweit größten Agrarstaat zum größten Industriestaat der Welt entwickelt; die Lebensbedingungen der Menschen haben sich rapide verbessert, die Infrastruktur wurde modernisiert und die Kluft zu den Industriestaaten hat sich auf wundersame Weise verringert. Warum aber sind die Zuneigung und das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Partei rückläufig?

Chinas Paradox ist, dass die Regierung viele große Probleme des Landes gelöst hat, aber nun mit der Bewältigung „trivialer“ Probleme im Leben von Normalbürgern überfordert ist. Dies betrifft vor allem verschiedene Fälle von „ungerechter Behandlung“ in lokalen Gemeinschaften. Einer bürokratischen Regierung gelingt es, die großen Fragen der Wirtschaftsentwicklung anzugehen, sie ist aber machtlos, wenn es um die Lösung der „kleinen“ Probleme seiner Bürger geht. Würde sie sich mit ganzem Herzen der Lösung dieser „kleinen“ Probleme widmen und darüber die großen Entwicklungsfragen wie etwa die Infrastruktur außer Acht lassen, würde sie schnell an öffentlicher Unterstützung verlieren. Zugleich wurden die lokalen Gemeinschaften, die am besten dafür geeignet sind, die „trivialen“ Probleme der Menschen zu lösen, zusammen mit der ihnen auferlegten öffentlichen Moral zerstört. Dies hatte eine Wertekrise in China zur Folge.

Westliche Ansätze zur Bewahrung der Stabilität

Gelehrte, die vom westlichen Konzept der Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit beeinflusst sind, haben vier Erklärungsansätze für den Niedergang der sozialen Stabilität in China. Die erste, „Tiefwasserzonen-Theorie“ genannt, geht davon aus, dass eine Gesellschaft instabil wird, wenn die Wirtschaft (gemessen am Pro-Kopf-BIP) einen gewissen Punkt überschreitet und in die „Gefahren-“ oder „Tief-

wasserzone“ eintritt. In diesem Stadium divergieren die Interessen sehr stark und es brechen soziale Konflikte aus. Eine Lösung liegt darin, durch politische Reform ein direkt-mehrheitliches Wahlsystem einzuführen. Der andere Lösungsansatz liegt in der Herstellung eines „großen Kuchens“, d. h. man konzentriert sich auf die Aufrechterhaltung des Wachstums, so dass das Pro-Kopf-Einkommen selbst der ärmsten zunimmt.

Die „Tiefwasserzonen-Theorie“ ist jedoch fehlerhaft, weil es kein unvermeidliches Spannungsverhältnis zwischen der Höhe des Pro-Kopf-BIP und divergierenden Interessen gibt. In der ganzen Welt gibt es sowohl stabile als auch instabile Länder mit unterschiedlich hohen Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukten. Es ist auch Unsinn zu argumentieren, dass allgemeine Wahlen zur Bewahrung der Stabilität notwendig sind; tatsächlich enden diese oft erst in einer instabilen Lage. Polarisierung führt zu einem Verschwinden der Mittelschicht und kann sogar soziale Unruhen in Industrieländern auslösen, die „gereifte“ Regime haben. So ist beispielsweise im Jahr 2011 der „arabische Frühling“ in einen „europäischen Sommer“ und einen „amerikanischen Herbst“ gemündet; sowohl die britische als auch die amerikanische Regierung haben Gewalt angewandt, um Aufstände niederzuschlagen und die Stabilität zu bewahren.

Die zweite Möglichkeit, den Niedergang sozialer Stabilität zu erklären, ist die „Korruptionstheorie“. Gemäß dieser Theorie führen Konflikte zwischen Bürgern und korrupten Funktionären zu sozialer Instabilität in China. Macht und Wohlstand erzeugen Arroganz, züchten Korruption und heizen Volkes Zorn an. Die Lösung liegt in einer „kleinen Regierung“ und einer „großen Gesellschaft“. Doch nirgends in der Welt folgen die Menschen noch dieser britischen Lösung aus dem 18. Jahrhundert. Selbst Großbritannien und die USA verfügen über „große Regierungen“ (wie könnte eine Regierung, deren Ausgaben mehr als die Hälfte des nationalen Bruttoinlandsproduktes beträgt als „kleine Regierung“ gelten?). Sie haben das Dogma verworfen, dass Regierung schlecht und Kapitalismus gut ist. Britische und amerikanische Politiker haben Steuergelder verschwendet, um Stimmen zu kaufen und zukünftigen Generationen damit einen riesigen Schuldenberg hinterlassen.

Ein dritter Ansatz zur Erklärung des Niedergangs der sozialen Stabilität wird als „Theorie der Wohlstandsfalle“ oder als „Theorie der Ungleichheit“ bezeichnet. Sie nähert sich dem Thema aus einer anderen Perspektive und argumentiert, dass Instabilität in China eher durch Ungleichheit als durch Mangel hervorgerufen wird. Sich verstärkende gesellschaftliche Ungleichheiten in den fünf großen Lebensbereichen – Wohnen, Gesundheitsvorsorge, Bildung, Kinderbetreuung und Altersversorgung – fungieren als Brutkästen sozialer Instabilität und Korruption. Die Lösung besteht im schrittweisen Aufbau eines umfassenden gesellschaftlichen Sicherheitssystems auf Basis einer relativ wohlhabenden Gesellschaft. Genau das haben chinesische Politiker in den vergangenen 30 Jahren mit Unterstützung der Mehrheit der Chinesen versucht. Doch der Hauptgrund der häufigen „Massenvorfälle“ liegt nicht in der Ablehnung der Reichen. Die meisten sozialen Konflikte entstehen wegen „trivialer“ Dinge, die mit der unfairen Verteilung von Entschädigungen und Vergünstigungen durch die Regierung zu tun haben.

Die vierte Möglichkeit den Niedergang der sozialen Stabilität zu erklären, wird als „Arbeitsstil-Theorie“ bezeichnet, die „Bürokratismus“ als Quelle sozialer Instabilität sieht. Sie argumentiert, dass Bürokratie zwar nicht zu vermeiden ist, Bürokratismus hingegen sehr wohl: er führt dazu, anderen den schwarzen Peter zuzuschieben, er führt zu Trägheit und verborgenen Gesetzmäßigkeiten – in anderen Worten: zu Korruption. Somit ignorieren Regierungsvertreter all diese trivialen Fragen von „Fairness“ im täglichen Leben der Menschen, die sich dadurch aufhäufen, wodurch aus Spannungen zwischen den Menschen und der Regierung großflächige Proteste werden. Die Lösung liegt darin, dass Kader ihre Art zu denken und ihre Art zu arbeiten ändern müssen: sie müssen ihre ideologische Überzeugung stärken, dass sie „den Menschen dienen“; sie müssen generell akribisch, gewissenhaft und bodenständig arbeiten und besonders, wenn es um die Behandlung kleiner Angelegenheiten geht und sie müssen verschiedene Institutionen, Systeme sowie nachhaltige Mechanismen etablieren, um ihren neuen „Arbeitsstil“ zu konsolidieren.

Doch selbst ein guter „Arbeitsstil“ wird über kurz oder lang von der „Bürokratisierung“ erodiert. Für ein bürokratisches System müssen

die spezifischen Aspekte des täglichen Lebens der Menschen „trivial“ bleiben, während Planung und Implementierung der Wirtschaftsentwicklung „große Fragestellungen“ sind, die für die nationale Verjüngung von entscheidender Bedeutung sind. Funktionäre an der Basis, die sich um diese „großen Fragen“ kümmern und die Aufträge der Führung ausführen müssen, können sich nicht zugleich mit den spezifischen Problemen im Leben der Menschen auseinandersetzen. Selbst wenn ein starker, charismatischer Führer untergeordnete Behörden zur engen Abstimmung und zur permanenten Beschäftigung mit „trivialen“ Dingen zwänge, würde dieser gute „Arbeitsstil“ ihn oder sie nicht überleben. Es ist auch schwierig, Bewohner zu finden, die in der Lage und willens sind, dabei mitzumachen.

Es ist nicht einfach, den „Arbeitsstil“ der gesamten Bürokratie zu verbessern. Im derzeitigen bürokratischen System sind die Mitarbeiter überarbeitet und haben keine Zeit, um mit spezifischen Problemen von Tür zu Tür zu gehen oder auf den Einzelfall bezogene Akten zu lesen. Aus diesem Grund versuchen sie oft, das Problem mit Geld zu lösen. Unter dem konstanten Druck der Medien, die für weitere „Institutionalisierung, Standardisierung und Prozessualisierung“ plädieren, sind die Kader an der Basis immer stärkerer Überwachung und Bewertung ausgesetzt. Aber je stärker sie sich von den Menschen entfernen, umso stärker nehmen ihr Enthusiasmus und ihre Eigeninitiative ab.

Gesellschaftliche Stabilität durch lokale Gemeinschaften

Wenn das bürokratische System, das sich mit den „großen Fragen“ beschäftigt, Yin ist, dann sind die lokalen Gemeinschaften, die sich um die „trivialen“ Themen kümmern, Yang. Doch die lokalen Gemeinschaften, die in China Tausende von Jahren existiert haben, sind schrittweise zerstört worden, zuerst durch den Maoismus, dann durch den Markt. Wenn es keine Gemeinschaften mehr gibt, fehlt auch das Bewusstsein für eine Gemeinschaftsidentität, auf der sich die Moral gründet. Im gleichen Maß wie das Gefühl für die Gemein-

schaft abhandengekommen ist, ist auch die Moral abhandengekommen. So hat die Zerstörung der lokalen Gemeinschaften eine Wertekrise in China ausgelöst. Zusammen mit der Bürokratisierung der Partei und der Regierung hat dies zu einer Aufspaltung und sogar zu einer Gegnerschaft von Yin und Yang geführt. Anstatt der vier von westlichen Gelehrten angeführten Erklärungen liegt hier die eigentliche Ursache der sozialen Instabilität.

Menschen, die gebrochene selbstzentrierte „Individuen“ sind, können sich nicht mehr zur Lösung von Problemen organisieren. Da die Konfliktknoten nicht innerhalb der lokalen Gemeinschaft aufgelöst werden können, müssen die Menschen die Regierung um Hilfe bitten. Aus diesem Grund wenden sich Millionen von Menschen an die Bürokratie und fordern „Gerechtigkeit“. Doch wenn unorganisierte und hilflose Menschen auf eine straff organisierte und wenig hilfsbereite Bürokratie treffen, führt dies unweigerlich zu Beschwerden und öffentlichen Klagen. Wenn sich die Dorfvorsteher außer Stande sehen, ihre eigenen Probleme zu lösen, werden die Konflikte an die Kommunal- oder Zentralregierung weitergereicht. Individuelle Probleme werden so zu gesellschaftlichen Problemen und Gemeinschaftskonflikte werden zu sozialen Konflikten.

Zudem gibt es einen Teufelskreis zwischen den Modernisierungsversuchen der Regierung und dem Bemühen, die Ausgaben für die Bewahrung der Stabilität unter Kontrolle zu halten. Als de-facto-Regierungsstelle sind basisdemokratische Regierungen – d. h. die auf Straßen- und Dorfebene agierenden Büros für Sozialmanagement – häufig anzutreffen, sie sind teuer und schwierig zu verwalten. Doch je stärker diese vereinfacht werden, umso schwieriger wird es für sie, sich um die trivialen Angelegenheiten der Menschen zu kümmern. Wenn Konflikte zunehmen, gerät die Regierung zunehmend unter Druck, setzt mehr Personal ein und erhöht die Ausgaben für die Bewahrung der Stabilität. Da zudem basisdemokratische Regierungen häufig Aufträge von höheren Ebenen erhalten und immer bürokratischer werden, nehmen die Kluft zwischen ihnen und den Menschen sowie der öffentliche Frust zu.

Die Erfahrungen aus Wuxi

Die in Wuxi gemachten Erfahrungen sind ein gutes Beispiel dafür, wie lokale Gemeinschaften wiederhergestellt werden können, um die Öffentlichkeit an der Lösung „trivialer“ Probleme zu beteiligen, die Partei den Menschen wieder näher zu bringen und so die gesellschaftliche Stabilität zu erhöhen. Wuxi, eine Gemeinde im äußersten Nordosten des Verwaltungsbereichs von Chongqing, hatte schon lange mit den Schwierigkeiten von Petitionen und Massenvorfällen zu kämpfen. Doch in den letzten Jahren hat es mit Erfolg lokale Gemeinschaften wiederhergestellt und diese durch die Einsetzung von Nachbarschafts- und Dorfausschüssen mit den bürokratischen Institutionen verknüpft, die den rechtlichen Status als „autonome Organisationen der Menschen“ haben. Diese Ausschüsse fungieren somit als Vermittler zwischen den lokalen Gemeinschaften und den auf Straßen- und Dorfebene agierenden Büros für Sozialmanagement – d. h. dem niedrigsten Bürokratielevel.

Das Wesen dieser lokalen Gemeinschaften ist, den Menschen beim Umgang mit ihren „trivialen“ Themen zu helfen und „Gerechtigkeit“ im Gemeinschaftsleben aufrechtzuerhalten. Sie unterscheiden sich von den kolossalen „Verwaltungsbezirken“, weil Menschen, die sich gut kennen, sich selbst helfen können, solange sie sich selbst organisieren. Bewohner dieser lokalen Gemeinschaft kennen ihre wirklichen Bedürfnisse, verstehen das Wesen von „Gerechtigkeit“ und finden selbst heraus, wie sie sich am besten gegenseitig unterstützen können. Wechselseitige Hilfe und Gegenseitigkeit haben ihren Ursprung nicht in der kaltherzigen Prämisse von der „Maximierung individueller Interessen“, sondern in moralischen Prinzipien des füreinander Sorgens, des Respekts und der Unterstützung innerhalb einer individuellen Nachbarschaft.

Innerhalb lokaler Gemeinschaften steigern Führer ihr Ansehen eher dadurch, dass sie freiwillig den Interessen der Gemeinschaft dienen und „Gerechtigkeit“ im Gemeinschaftsleben wahren, als dass sie für bürokratische Institutionen arbeiten – d. h. von der Regierung bezahlt werden. Auf diese Art können sich machtlose Einzelpersonen als „Volk“ organisieren, „triviale“ Angelegenheiten lösen und für ihre

Rechte kämpfen. Die Unterstützung von lokalen Gemeinschaften ist eine Methode, um die Menschen zu ermutigen, die Kontrolle über ihr Schicksal in die Hand zu nehmen und die Würde ihrer „Autonomie“ zu wahren. Probleme mit weiven, also der Bewahrung der Stabilität, werden nur gelöst, wenn wir Menschen dabei unterstützen, sich selbst zu organisieren.

Die in Wuxi gemachten Erfahrungen sind ein Beispiel für eine neue Variante der maoistischen „Massenlinie“, die auf „Beteiligung“ statt auf „Deckung“ zielt. Vier Ergebnisse können bereits präsentiert werden: die Menschen können viel leichter mit „trivialen“ Themen umgehen; der „Arbeitsstil“ auf basisdemokratischer Ebene hat sich verbessert; die gesellschaftliche Moral wurde wiederhergestellt und die Partei und die Regierung haben öffentliches Vertrauen zurückgewonnen. Dadurch wird es auch leichter, die „großen“ Themen anzugehen. Die Erfahrung aus Wuxi hat somit nicht nur ein wirksames Rezept für die Probleme der Stabilitätswahrung geschaffen, sondern auch der Verbesserung der Nachhaltigkeit der grundlegenden Systeme des Landes neue Impulse verliehen sowie zu langfristigem Frieden und Stabilität geführt.

Wang Hui

11

Politische Unterdrückung und das Wiederaufleben des Neoliberalismus in China

Wang Hui, der ursprünglich Literaturhistoriker war, wurde in den 1980er Jahren politisiert. Nach seiner Teilnahme an den Demonstrationen auf dem Platz des Himmlischen Friedens flüchtete er aufs Land und ging dann ins Exil. Heute ist er einer der führenden Mitglieder der chinesischen Neuen Linken, einer losen Gruppierung von Gelehrten, die die chinesische Regierung aufgerufen haben, der Ungleichheit und der Umweltverschmutzung mehr Aufmerksamkeit zu schenken. 1997 veröffentlichte er eine revisionistische Abhandlung der Proteste auf dem Platz des Himmlischen Friedens und argumentierte, dass die Reformbewegung zwei verschiedene Lager auf dem Platz zusammengeführt habe: Zum einen die Studenten, die sich für die politischen und wirtschaftlichen Freiheiten des Westens einsetzen und zum anderen die Arbeiter, die die ökonomische Ungleichheit anprangern, die die westlichen marktwirtschaftlichen Reformen mit sich gebracht haben. Wang argumentiert, dass nach dem Abzug der Panzer die Reformbewegung

zerbrach und die neoliberalen Reformer einen Handel mit der Kommunistischen Partei eingingen, um politische Unterdrückung im Gegenzug für ökonomische Liberalisierung zu unterstützen.

Der hier abgedruckte Aufsatz ist eine überarbeitete Version eines im April 2012 erschienen Artikels. Wang beschreibt hierin eine historische Analogie zwischen dem Ende des „Chongqing-Experiments“ und der Unterdrückung auf dem Tiananmen-Platz im Jahr 1989. Wenn die blutige Unterdrückung der Proteste 1989 den Weg für eine Beschleunigung der „Preisreform“ bereitet hat (die Wegmarke der chinesischen Vermarktlichung), dann, so seine Argumentation, könnte es sich beim Vorfall in Chongqing um einen Plot der Rechten gehandelt haben, um China auf den Weg neoliberaler Reformen zurückzuführen.

Der 14. März steht nun für den „Vorfall von Chongqing“ – möglicherweise das größte politische Ereignis in China seit dem Jahr 1989. An diesem Tag im Jahr 2012 kam das „Modell von Chongqing“ an sein politisches Ende. Es passiert nicht oft, dass das Experiment einer Kommunalregierung oder die Absetzung eines Führers eines lokalen Experiments eine solche Wirkung in China und auf der ganzen Welt entfaltet. Da jedoch sowohl China als auch die USA die Details dieses Vorfalls geheim hielten, verbreiteten sich Korruptionsgerüchte über Bo Xilais Familie im Internet. Zudem wurde über einen Machtkampf zwischen Bo und Wang Lijun, dem stellvertretenden Bürgermeister von Chongqing sowie von Versuchen von Bo und Zhou Yongkang, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüro, berichtet, einen Staatsstreich auszulösen; und es gab Berichte über mögliche Verbindungen zwischen dem mysteriösen Tod des britischen Geschäftsmannes Neil Heywood in Chongqing und Bo-Wang.

Inmitten dieser Gerüchte zirkulierten zwei Versionen der Ereignisse in Chongqing. Die erste, genährt durch gestreute Informationen – charakterisierte Bo als lokale Führungsperson, die das Gesetz gebrochen und die Parteidisziplin verletzt hatte. Die zweite, die im Wesentlichen auf dem Versuch des damaligen Ministerpräsidenten Wen Jiabao in der Pressekonferenz am 14. März zurückging, das Experiment von Chongqing implizit mit der Kulturrevolution in Verbindung zu bringen, verknüpfte den Vorfall mit politischen Differenzen über das „Chongqing-Modell“: Hierbei gingen großflächige Entwicklungen bei Industrie und Infrastruktur Hand in Hand mit einer Ideologie von größerer Gleichheit und einer aggressiven Kampagne gegen organisierte Gewalt. Jedoch sind beide Interpretationen – die eine spricht den Ereignissen in Chongqing den politischen Charakter ab, die andere stellt ihn in den Vordergrund, nicht vollständig.

Im Westen sahen viele den Vorfall in Chongqing als Beleg dafür, dass der Vorhang, der die am besten gehüteten Geheimnisse chinesischer Herrscher verdeckt, nicht länger blickdicht ist. Doch das wird den Geschehnissen in China nicht gerecht. Die wahre Frage bezieht sich nicht auf Reformen oder Demokratie, sondern auf die Art, wie eine Politik der Hinterzimmer – die die „Wahrheit“ kontrolliert und manipuliert – offene Politik unterdrückt und politische Fragen in Fragen

des Machtkampfes umwandelt. Die Schaffung eines unterdrückerischen politischen Umfelds war nötig, um neoliberale Reformen voranzutreiben, die die Chinesen eigentlich ablehnen. In diesem Sinn ist der Vorfall in Chongqing nur eine weitere Szene aus einem Drama, das im Jahr 1989 begann.

Eine neue Runde des Neoliberalismus

Zur Förderung neoliberaler Ziele behalf man sich im Jahr 1989 mit politischer Unterdrückung. Zwei Versuche zur Durchsetzung der „Preisreform“ im Jahr zuvor, die die Regierungskontrolle über die Preise vieler Grundnahrungsmittel beendet hätte, waren gescheitert. Maßnahmen, die in der Zwischenzeit von oben aufgezwungen waren, hatten zu steigender Korruption und Ungleichheit geführt. Dadurch entstanden wiederum soziale Unruhen, die in den Demonstrationen am Platz des Himmlischen Friedens kulminiert sind. Nach der gewalttätigen Unterdrückung der Proteste konnte die Preisreform schließlich vollendet werden. Bei den Feiern zum 20. Jahrestag des Aufrufes von Deng Xiaoping während seiner legendären „südlichen Tour“ der an der Küsten gelegenen Exportzonen, das Reformtempo zu erhöhen, wurde von niemanden die historische Tatsache erwähnt, dass 1989 die Vorbedingung für die Beschleunigung der Vermarktlichung im Jahr 1992 war.

Die Privatisierung staatlicher Unternehmen hat einerseits zur massenhaften Entlassung von Arbeitern und andererseits zur Ausbreitung systemischer Korruption geführt. Landwirtschaftliche Reformen haben eine Krise in ländlichen Gegenden ausgelöst, während die Vermarktlichung der sozialen Sicherungssysteme, inklusive der Krankenversicherung, zur Vergrößerung der Kluft zwischen Arm und Reich sowie zwischen Stadt und Land beigetragen hat. Dies hat zu neuerlichen Unruhen geführt: Nach Angaben des Staatsrats ist es im Jahr 2008 zu 128.000 „kollektiven Protestvorfällen“ gekommen; seitdem ist die Zahl auf 180.000 pro Jahr gestiegen. Als Folge gilt nun ein neuer Grundsatz: „Größere Aufmerksamkeit auf soziale Gleichheit“. Diese Vorschrift löste die seit 1990 gültige Politik des Zentralkomitees der KPCh ab, die lautete: „Priorität für Effektivität

aber mit gebührender Berücksichtigung der Gleichheit“. Doch nachdem Präsident Hu Jintao und Wen – Vertreter einer neuen Generation nationaler Führer – ihre Macht konsolidiert hatten, wurden politische Reformen ausgesetzt und die Bürokratisierung staatlicher Strukturen rasch fortgesetzt.

In ganz China entstanden verschiedene lokale Modelle in klarer Opposition zu diesem Trend. In den vergangenen Jahren haben Beobachter aus aller Welt die Experimente in Chongqing, Guangdong, Chengdu, Sunan und an anderen Orten untersucht, wobei Chongqing das größte Interesse auf sich gezogen hat. Die Modelle in diesen Städten wurden konstant angepasst, teilweise als Ergebnis eines Wettbewerbs untereinander, aber auch, weil Ortsansässige, die mit der Lage der Arbeiter, der Kluft zwischen Arm und Reich sowie zwischen Land- und Stadtbewohnern unzufrieden waren, sich in die politische Auseinandersetzung eingemischt hatten.

Das im Jahr 2007 begonnene Chongqing-Experiment traf mit der globalen Finanzkrise zusammen, die eine neue Generation an den Vorteilen einer Ideologie des freien Marktes zweifeln ließ. Die in Chongqing verfolgte Politik stellte einen Schritt weg vom Neoliberalismus zu einer Zeit dar, in der sich die nationale Führung mit der Fortführung neoliberaler Reformen schwer tat. Unabhängig von der Frage, ob Bo korrupt war oder nicht, betonte er die Bedeutung der Gleichheit und des allgemeinen Wohlstands. Es wurde ein größerer Schwerpunkt auf Umverteilung, Gerechtigkeit und Gleichheit gelegt als in anderen Städten. Da die Provinz bereits stark industrialisiert war, waren staatliche Unternehmen für dieses Modell wichtig („der staatliche Sektor schreitet voran, der Privatsektor schreitet voran“).

Der Vorfall in Chongqing bietet den Behörden nun die Gelegenheit, mit ihrem neoliberalen Programm fortzufahren. Kurz nach Bos Absetzung veranstaltete das Entwicklungsforschungszentrum des Staatsrates ein Forum in Peking, auf dem die prominentesten neoliberalen Chinesen, wie etwa die Ökonomen Wu Jinglian und Zhang Weiyang, ihr Programm verkündeten: Privatisierung der Staatsunternehmen, Privatisierung von Grund und Boden und Liberalisierung des Finanzsektors. Fast zeitgleich, am 18. März, veröffentlichte die

Staatliche Kommission für Entwicklung und Reform einen Bericht, der Pläne für die Privatisierung großer Teile des Schienenverkehrs, des Bildungssektors, der Gesundheitsvorsorge, der Kommunikation, von Energieressourcen und so weiter enthielt. Nach Abschaltung aller links-gerichteten Webseiten wurde es schwieriger, gegen Neoliberalismus zu mobilisieren als je zuvor. Wegen der Vorfälle in Chongqing ist die neoliberale Welle derzeit wieder am Erstarren.

Die Rhetorik der Kulturrevolution und die Entpolitisierung der Politik

Auffällig am Vorfall in Chongqing war die politische Rhetorik, von der Wen in seiner Pressekonferenz am 14. März Gebrauch machte. Nachdem er die Errungenschaften verschiedener Chongqing-Regierungen anerkannt hatte, empfahl er dem Parteiausschuss und der Regierung von Chongqing, die Ereignisse zu „reflektieren“ und „Lernen aus ihnen zu ziehen“. Er bezog sich auf eine Resolution des Zentralkomitees der KPCh, in der die Kulturrevolution offiziell als „Katastrophe für Land und Leute“ bezeichnet wurde und sprach davon, dass „wir Platz in unseren Köpfen schaffen und die Wahrheit aus Fakten ziehen“ sollten. Die Reform sei „entscheidend für Chinas Zukunft und Schicksal.“

Aus welchem Grund verglich Wen das Experiment von Chongqing mit der Kulturrevolution, die vor beinahe 40 Jahren endete? Die Kulturrevolution ist in China ein Tabu. Einerseits wird sie verdammt, andererseits nie offen über sie gesprochen. Im öffentlich-politischen Raum wurde sie in den letzten drei Jahrzehnten immer wieder als Instrument genutzt, um Gegner zu diskreditieren und eine Debatte im Keim zu ersticken. Es ist unmöglich, sich gegen den von Wen vorgenommenen Vergleich mit der Kulturrevolution zu verteidigen: um sich zu verteidigen, müsste man über sie diskutieren. Durch Bezugnahme auf die Kulturrevolution hat Wen das Chongqing-Experiment herausgehoben und es so von anderen Reformexperimenten separiert. Nun kann es nur noch kritisiert und politische sowie intellektuelle Persönlichkeiten, die damit verbunden sind, verunglimpft werden.

Wens Bezugnahme auf die Kulturrevolution zeigt, dass die Ereignisse in Chongqing politischer Natur waren. Es ist nicht mehr nur die Frage, ob Reformen durchgeführt werden, sondern welche Richtung diese Reformen einschlagen sollen. Inmitten der Wechselfälle des heutigen China wird eine Reform nur dann erfolgreich sein, wenn über verschiedene politische Ansätze oder Werte diskutiert wird sowie ein Vergleich und ein Wettbewerb zwischen verschiedenen Formen lokaler Reformexperimente stattfinden. Doch indem Wen die politische Natur des Chongqing-Experiments betont, benutzt er die Kulturrevolution, um dem Experiment seine wahre politische Bedeutung abzusprechen.

Wir erleben die Ent-Politisierung der Politik – ein Zeitalter, in dem die Wirtschaftslogik politische Vernunft ersetzt, ein Diskurs über die staatlich gelenkte Weiterentwicklung des Landes statt über politische Beteiligung geführt wird und eine Restrukturierung von Kapitalinteressen eine Debatte über politische Werte ersetzt. Hinterzimmerpolitik ersetzt politische Offenheit und Machtkämpfe ersetzen den politischen Wettbewerb. Die zahllosen jungen Menschen in ganz China, für die das Ziel des allgemeinen Wohlstands – ein Kennzeichen des Chongqing-Experiments – eine Quelle der Inspiration und des Enthusiasmus geworden ist, könnten in den politischen Nihilismus abgleiten. Politischer Nihilismus ist das Gegenteil von Hinterzimmerpolitik – aber dient als idealer Nährboden entpolitizierter Politik. Politische Macht kann im Namen der Bürger neoliberale Umstrukturierung auch gegen den Willen der Menschen vorantreiben und geringen Widerstand hervorrufen.

China braucht politische Reformen. Doch diese müssen auf politischer Offenheit beruhen und durch öffentliche Beteiligung und Auseinandersetzung in Schwung gebracht werden. Die Reform muss der überwiegenden Mehrheit der Menschen nützen und sich den menschenfeindlichen neoliberalen Programmen widersetzen. Es müssen Reformen sowohl im sozialen als auch im politischen Bereich erfolgen: ohne Reformen im sozialen Bereich gibt es keine echte Gleichheitspolitik; und auch die Entfremdung zwischen den politischen Institutionen und dem gesellschaftlichen Bereich kann nicht überwunden werden. Um Chinas Hinterzimmerpolitik zu beenden, muss

es echte Meinungs- und Versammlungsfreiheit geben. Dies bedeutet, dass große Konglomerate daran gehindert werden müssen, ihr Medienmonopol zur Manipulation der öffentlichen Meinung zu nutzen. Die Bürger sollten Vereinigungen bilden und ihre eigenen Medien gründen dürfen, somit den Schutz der Meinungsfreiheit als Grundrecht erhalten. Sie sollten auch eine Rolle bei der Überwachung der Politikgestaltung erhalten.

Die „Reform des Führungssystems“ muss gut mit den erwähnten Prozessen verbunden sein, um die Basis für politische Offenheit zu schaffen und zu verhindern, dass diese in den Sumpf der Hinterzimmerpolitik zurückfällt. Politische Offenheit unter Beteiligung des Volkes ist die oberste Prämisse für Chinas politische Reform. Nur unter den Bedingungen politischer Offenheit kann verhindert werden, dass die Demokratie in einen legitimierenden Mechanismus für neue Ungleichheiten verfällt. Nur in einer Demokratie mit gleichwertiger Beteiligung der Öffentlichkeit kann Demokratie gegen die Manipulation durch Monopolinteressen sowie durch wenige Machthaber verteidigt werden.

Seit den Ereignissen in Chongqing sagen einige Chinas Kollaps voraus. Tatsächlich beruht seit 1989 die unbestrittene Wahrheit darauf, dass alle Vorhersagen über einen Zusammenbruch Chinas aufgrund von vorübergehenden Veränderungen selbst obsolet wurden. Der Grund für das Scheitern dieser Vorhersagen liegt darin, dass die Kommentatoren zu viel Wert auf den Willen einzelner politischer Figuren legen und den Willen des Volkes außer Acht lassen. Sie haben nur die vorübergehenden Veränderungen im Blick und lassen die grundlegenden Transformationen und gewaltigen Energien, die seit dem frühen 20. Jahrhundert durch die langen Kämpfe in Chinas Staat und Gesellschaft vorhanden sind, außer Kraft. Sie haben keine Kenntnis von der Tradition und der Kreativität in dieser Gesellschaft.

Selbst in der vergangenen Dekade waren die Bemühungen und Kämpfe für Gleichheit, Gerechtigkeit und Demokratie in der chinesischen Gesellschaft nicht umsonst, sondern haben zu zahlreichen gesellschaftlichen Reformen geführt. Sämtliche Bemühungen, diese Errungenschaften zunichtezumachen und die Geschichte der Kämpf-

fe um diese Errungenschaften auszuradieren, sind genauso nutzlos wie Versuche, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Chinas Zukunft wird davon abhängen, ob es gelingt, den politischen Nihilismus zu überwinden, der durch das Verhalten der Politiker, die Monopolisierung der Stimmen durch die Massenmedien und die Manipulation des Kapitals ausgelöst wurde. Es wird auch entscheidend sein, die politische Leidenschaft und Hingabe der Menschen für die kontinuierliche Arbeit an gesellschaftlicher Transformation wieder zu entzünden. Die Geschichte gehört denjenigen, die mit beiden Füßen auf dem Boden stehen und für das Überleben des chinesischen Volkes sowie für eine gerechtere Welt kämpfen.

Michael Anti

Das Chinanetz und intelligente Zensur

12

Michael Anti ist das Pseudonym von Zhao Jing, der durch die Abschaltung seines Blogs Berühmtheit erlangte, wozu die chinesischen Behörden Microsoft Ende 2005 aufgefordert hatten. Dies war vermutlich eine Reaktion auf einen Artikel, den Anti geschrieben hatte. Darin ging es um die Absetzung führender Leitartikler bei den Beijing News sowie einen ungewöhnlichen Streik von Journalisten des Blattes als Ausdruck ihres Protestes gegen diese Absetzungen. Antis Fall löste eine Debatte über geheime Absprachen westlicher Firmen im Zensursystem der chinesischen Regierung aus.

Der folgende Beitrag ermöglicht einen freimütigen und aufschlussreichen Einblick in die Rolle sozialer Medien in der heutigen chinesischen Politik und die Versuche der Partei, das Internet zu kontrollieren. Anti vertritt die These, dass das Internet die Zentralregierung zu Lasten der Kommunalregierungen stärkt. Sein Vergleich der Methoden der Kulturrevolution mit Angriffen aus dem Internet gegen Parteifunktionäre ist ein erfrischendes und überraschendes Bindeglied zwischen China 1.0 und 3.0.

China hat das Internet in zwei Internets geteilt: das globale Internet und das „Chinanetz“. In den vergangenen 15 Jahren hat die chinesische Regierung ein unkonventionelles Katz-und-Maus-Spiel mit den 500 Millionen Internetnutzern gespielt – immerhin die größte Gruppe von Netzbürgern in der ganzen Welt. Das globale Internet wird in China zensiert, doch das parallele Chinanetz boomt. Die chinesische Regierung hat jede Web 2.0-Seite blockiert, aber gleichzeitig die Schaffung einer Reihe von Abbildern erlaubt: statt Google nutzen wir Baidu; wir verwenden Sina Weibo statt Twitter und Renren statt Facebook, und Filme schauen wir auf Youku statt auf YouTube. Die chinesische Herangehensweise an das Internet lautet schlicht: „blocken und nachahmen.“

Ich bezeichne das als „intelligente Zensur.“ Etliche arabische Diktatoren wie der frühere ägyptische Präsident Hosni Mubarak haben das Internet abgeschaltet, um Kritik durch Netzbürger zu verhindern. Doch haben sie nicht verstanden, dass die Leute auf die Straße gehen, wenn sie nicht ins Internet können. Wiederum andere arabische Diktatoren wie der frühere tunesische Präsident Zine El Abidine Ben Ali haben den Zugang zu amerikanischen Seiten wie Facebook ermöglicht, konnten aber nicht verhindern, dass die Menschen dort regierungskritische Videos online stellen. Der chinesische Ansatz dagegen ist intelligenter. Einerseits befriedigt die chinesische Regierung das Bedürfnis der Menschen nach einem sozialen Netzwerk. Andererseits stehen die Server in Peking, so dass die Regierung jederzeit auf die Daten zugreifen kann. Aus diesem Grund hat Google China verlassen: die Firma wollte nicht akzeptieren, dass die Regierung Kontrolle über die Server in China hat.

Doch die intelligente Zensur hat das Chinanetz trotzdem nicht davor bewahrt, ein echter öffentlicher Raum zu werden – ein „Schlachtfeld“ öffentlicher Meinung und ein Alptraum für einige chinesische Funktionäre. Chinas 300 Millionen Mikroblogger – dies entspricht der gesamten Bevölkerung Amerikas – stellen eine machtvolle Kraft dar. So verursachte beispielsweise der Versuch der Behörden im Juli 2011, einen Zusammenprall zweier Züge in Wenzhou im südlichen China zu vertuschen, einen riesigen Aufschrei unter chinesischen Netzbürgern. In den ersten fünf Tagen nach dem Zusammenstoß schrieben

10 Millionen Menschen in den sozialen Medien kritische Posts über die Regierung – so etwas hatte es noch nie zuvor in China gegeben. Später wurde der Eisenbahnminister, gegen den bereits Korruptionsverfahren liefen, entlassen und zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt.

Vor einiger Zeit kam es zu einem witzigen Meinungsaustausch zwischen dem chinesischen Umweltministerium und der amerikanischen Botschaft in Peking. Das Ministerium warf der Botschaft vor, sich durch die Bekanntmachung der tatsächlichen Luftqualität in Peking in die Innenpolitik einzumischen. So betrug beispielsweise laut Botschaftsdaten der Verschmutzungsgrad an einem beliebigen Tag 148, d. h. der Wert lag so hoch, dass ein Aufenthalt im Freien gefährlich war. Der Wert des Ministeriums lag dagegen bei 50, d. h. „gut“. 99 Prozent der chinesischen Mikroblogger vertraten klar die Seite der Botschaft. Ich lebe in Peking. Auch ich checke jeden Tag die Daten der Botschaft um zu entscheiden, ob ich mein Fenster öffne.

Doch warum boomt das chinesische soziale Netzwerk trotz der Zensur? Teilweise hat das mit der chinesischen Sprache zu tun. Posts auf Twitter und Twitter-Klonen wie Weibo sind auf 140 Zeichen beschränkt. In der englischen Sprache lassen sich damit Sätze mit knapp 20 Wörtern oder ein Satz mit einem kurzen Link schreiben, dies entspricht etwa einer Überschrift. Ein chinesischer Tweet entspricht 3,5 englischen Tweets. Weibo (was „Mikroblog“ auf Englisch bedeutet) ähnelt eher Facebook als Twitter. In China gilt: was nicht auf Weibo ist, das gibt es nicht.

Das Chinanetz verändert das Denken und das Leben der Menschen in China. Es hat für die Sprachlosen einen Kanal geschaffen, der ihre Stimmen erklingen lässt. Früher gab es in China ein Petitionssystem – ein Rechtsmittel außerhalb des Rechtssystems, mit dem die Bürger korrupte lokale Funktionäre umgehen und sich stattdessen direkt an die Zentralbehörden wenden konnten. Doch wenn sich viele Bürger direkt an Peking wenden, birgt das die Gefahr einer Revolution. In den vergangenen Jahren wurden viele Menschen, die sich an Peking gewandt hatten, entweder abgewiesen oder in so genannte „schwarze Gefängnisse“ gesteckt. Doch mit Weibo haben die Bürger

eine Alternative und können vom Mobiltelefon aus Petitionen an die Regierung richten.

Einige dieser Beschwerden werden von Journalisten, Professoren oder Prominenten aufgegriffen. Der populärste Mikroblogger in China, Yao Chen, hat ungefähr 21 Millionen Follower – fast wie ein nationaler Fernsehsender. Trotz Zensur haben 300 Millionen Chinesen dank Weibo die Möglichkeit, jeden Tag miteinander zu sprechen. Zum ersten Mal gibt es dadurch eine wirkliche öffentliche Sphäre in China. Die Chinesen lernen damit, Freiheit und den Umgang miteinander zu praktizieren.

Gleichwohl schläft die Katze in diesem Katz-und-Maus-Spiel nicht. Sensible Wörter sind auf Weibo geblockt. So kann man zum Beispiel nicht nach dem Namen des Präsidenten oder nach den Nachnamen aller hochrangigen chinesischen Führer suchen. Man kann nicht nach der Stadt Chongqing suchen, die Austragungsort eines politischen Kampfes war. Dadurch haben die Chinesen eine große Kreativität für Wortspiele, alternative Wörter oder Memen entwickelt. So sprechen sie beispielsweise über den Kampf zwischen Gras-Schlamm-Pferden und Flusskrebse. Das Gras-Schlamm-Pferd, caonima, ist ein Homophon für „motherfucker“ – so nennen sich die Netzbürger selbst. Der Flusskrebs, héxiè, ist ein Homophon für „Harmonisierung“ oder „Zensur“. Damit ergibt sich ein Kampf zwischen caonima und héxiè. Wenn sich große Dinge ereignen, diskutieren die Netzbürger mit Hilfe solcher seltsamer Ausdrücke und Wörter darüber, die man auch als promovierter Sinologe nicht versteht.

Alles, was auf Weibo gepostet wird, wird von den Behörden gespeichert und analysiert. Wenn man zum Beispiel postet, dass man „zusammen kommen“ oder „sich treffen“ oder „gehen“ möchte, könnte es sein, dass die Polizei bei der Ankunft schon auf einen wartet. Die Kommunalregierungen haben jedoch keinen Zugriff auf diese Daten. Wenn Netzbürger auf Weibo Kritik an den Kommunalregierungen üben, bleibt diesen nichts anderes übrig als entweder die Zentralregierung zu bestechen oder sich zu entschuldigen. Aus diesem Grund hat das Mikroblogger die Kommunalregierungen sehr viel transparenter gemacht. Die wirklich interessante Frage ist, warum die Zent-

ralregierung anlässlich des Zusammenstoßes der Züge im Jahr 2011 zum ersten Mal fünf Tage lang freie Meinungsäußerung geduldet hat. Die Antwort ist einfach: selbst die Spitzenpolitiker waren des Eisenbahnministers überdrüssig und nutzten die öffentliche Meinung als perfekte Ausrede ihn zu entlassen und zu bestrafen.

Das gilt auch für Bo Xilai, den abgesetzten Parteiführer aus Chongqing. Zwischen Februar und April 2012 wurde Weibo zum Austragungsort von Gerüchten über Bo. Plötzlich war es geduldet, etwas über „Prinzlinge“ wie Bo zu sagen. Es fühlte sich fast an, als lebe man in den USA. Doch hätte man es gewagt, irgendetwas über einen gefälschten Staatsstreich in Peking zu tweeten oder zu retweeten, wäre man verhaftet worden. Das bedeutet, die Freiheit war klar umrissen. Hinter dieser Freizügigkeit geschah etwas Merkwürdiges. Da Bo ein sehr populärer linker Führer war, wollte ihn die Zentralregierung eliminieren. Weibo – die Öffentlichkeit von 300 Millionen Menschen – bot sich dabei als nützliches Werkzeug für den politischen Kampf an.

Die Technologie mag neu sein, aber die Technik an sich gibt es schon sehr lange. Schon der Vorsitzende Mao Zedong hat von ihr Gebrauch gemacht. Während der Kulturrevolution hat er Millionen von Chinesen mobilisiert, um die Kommunalregierungen zu zerstören. Die chinesische Zentralregierung muss die öffentliche Meinung noch nicht einmal lenken: sie kann einfach selektiv einzelne Zensurmaßnahmen aussetzen. So wie die Zensur als politisches Tool eingesetzt wird, so wird auch die ausbleibende Zensur benutzt.

Die sozialen Medien haben das Denken der Chinesen verändert. Immer mehr Chinesen schätzen Meinungsfreiheit und Menschenrechte, allerdings nicht als aus dem Westen importiertes Privileg, sondern als ihr Geburtsrecht. Zum ersten Mal haben die Chinesen einen nationalen öffentlichen Bereich, in dem sie Bürgerrechte üben und sich auf die zukünftige Demokratie vorbereiten können. Doch die sozialen Medien haben Chinas politisches System nicht verändert. Die Zentralregierung hat die zentralisierte Serverstruktur genutzt, um ihre Macht auszubauen und gegen Kommunalregierungen und verschiedene Gruppen vorzugehen.

AUSSENPOLITIK

Wang Yizhou

13

„Gestalterisches Engagement“: Ein neuer Ansatz der chinesischen Außenpolitik

Wang Yizhou hat einen großen Beitrag für die Entwicklung der Internationalen Beziehungen als Studienfach in China geleistet. Er gehört zum liberalen Spektrum der chinesischen Forscher im Bereich der Internationalen Beziehungen und beschreibt seine Einstellung als „halb liberal-internationalistisch, halb realistisch“. Er glaubt folglich stärker an die Kraft von internationalen Institutionen als ausdrückliche Realisten wie Yan Xuentong und defensive Realisten wie Wang Jisi.

Sein Beitrag ist ein Ausschnitt aus seinem einflussreichen Buch „Creative Involvement: a New Direction in China's Diplomacy“, das im Jahr 2011 auf Chinesisch erschienen ist. In dem Buch wird eine interessante Abkehr der drei Jahrzehnte alten Strategie von Deng Xiaoping erörtert. Unter Verwendung von Joseph Schumpeters Theorem einer „kreativen Zerstörung“, fordert Wang die Transformation der chinesischen Diplomatie, um seiner Rolle als Großmacht gerecht zu werden.

Die schnelle Expansion chinesischer Interessen in Übersee hat zur Folge, dass die Diplomatie des Landes für mehr geeignete Garantien und langfristige Planungen sorgen muss. China ist weltweit der viertgrößte Rohölproduzent. Doch wegen seines ständig steigenden Energiebedarfs muss es 57 Prozent seines Ölkonsums importieren, wodurch es zum weltweit größten Energieimporteur wird. Ungefähr zwei Drittel seines Eisenerzbedarfs müssen importiert werden, damit China rund die Hälfte des weltweiten Bedarfs an Rohstahl produzieren kann.

Im Jahr vor Einführung der Reform- und Öffnungspolitik reisten jährlich ungefähr 9.000 Chinesen ins Ausland. Heutzutage verlassen jedes Jahr mehr als 70 Millionen Chinesen das Land, von denen die meisten keine Würdenträger, sondern normale Menschen sind, zu denen Studenten, Arbeitsmigranten, Touristen und Geschäftsleute zählen. Chinas Auslandsinvestitionen sind eine wichtige Antriebskraft der globalen Wirtschaft und haben Einfluss auf eine wachsende Zahl von Unternehmen in vielen Bereichen. Da die chinesischen Übersee-Interessen immer wichtiger werden, müssen das Außen-, das Verteidigungs- und das Wirtschaftsministerium sich im neuen Denken üben und eine neue Strategie entwickeln.

China kann es sich nicht leisten, die stetig wachsenden globalen Herausforderungen zu ignorieren und zu erwarten, dass es vom Rest der Welt in Ruhe gelassen wird. Wenn China seiner Rolle und seinem Bild als bedeutende Weltmacht weiterhin entsprechen möchte, muss es seinen internationalen Verpflichtungen nachkommen. Der in den letzten dreißig Jahren praktizierte Ansatz der Öffnung und internationalen Zusammenarbeit war die Grundlage für Chinas beispiellosen Fortschritt. China hat ein Interesse an der Aufrechterhaltung von nationaler Stabilität, Frieden und der Zusammenarbeit mit anderen Staaten. In der sich ändernden Weltordnung erwartet die internationale Gemeinschaft von China, eine aktivere Rolle einzunehmen, den Einsatz in allen Bereichen der Global Governance zu erhöhen und einen Beitrag gemäß seiner derzeitigen Stärke und Einfluss zu leisten.

China sollte sich vor allem in den Bereichen Klimawandel, nukleare Proliferation, handelsfeindlicher Protektionismus, Investitionen in

unterentwickelte Regionen und Stärkung der Kapazitäten von internationalen Organisationen engagieren. Eliten und Bürger in China stimmen immer stärker darin überein, dass Rechte und Verpflichtungen sich wechselseitig bedingen. Aus diesem Grund muss Chinas zurückhaltende Position und seine Politik der Nicht-Einmischung überdacht und eine proaktivere und kreativere Richtung eingeschlagen werden.

Welche Ziele sollte China mit einer aktiven Diplomatie verfolgen?

China sollte vor allem nach Vollmitgliedschaft und Achtung seiner Interessen in internationalen Vereinigungen sowie nach mehr Mitsprache und Befugnissen bei der Festlegung der Regeln in internationalen Angelegenheiten streben. Obwohl es das größte Schwellenland ist, besitzt es nicht den vollen Status einer Marktwirtschaft. Aus diesem Grund ist es oft Opfer unfairer Handels- und Antidumping-Praktiken durch Industrieländer in Europa und Amerika. China besitzt eine der größten Flotten- und Transportkapazitäten, beteiligt sich aber kaum an der Ausgestaltung oder Novellierung des Internationalen Seerechts. China hortet die meisten ausländischen Reserven in der Welt, doch in der internationalen Finanzwelt erfährt es nicht den gebührenden Respekt, was vor allem für die Festlegung von Regeln und die Verwaltung des Internationalen Währungsfonds gilt. Es wäre am besten, wenn Chinas Rechte in diesen und ähnlichen Bereichen gestärkt und garantiert würden. Handlungen, die China absichtlich an der Ausübung seiner Rechte hindern, würden dadurch bestraft.

China sollte Schritte zum Schutz seiner Überseeinteressen ergreifen, vor allem hinsichtlich des reibungslosen Betriebs der Energieversorgungsströme und der internationalen Handelsrouten. Zur Erfüllung seiner Entwicklungsziele sollte China in den nächsten Jahren bei der Expansion seiner Seekräfte und der Sicherheit seiner Seeverbindungswege Prioritäten setzen. Es sollte in diesen Bereichen mit anderen Nationen und insbesondere mit traditionellen Seemächten zu-

sammenarbeiten. China wird schrittweise von einer Landmacht zu einer Seemacht werden.

Diese Expansion ist nicht vergleichbar mit dem Kampf um Gebiete und Vorherrschaft, wie es Deutschland und Japan während des Zweiten Weltkriegs vorgemacht haben. Stattdessen geht es hier um vernünftige und geordnete Fortschritte, die in Einklang mit Chinas Interessen sowie mit internationalen Normen im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit stehen. In Zukunft könnte China auch Interessen in den Polarregionen, im Weltraum und an anderen entfernten Grenzen verfolgen. Chinesische Politiker und Akademiker wollen um jeden Preis verhindern, dass sich die tragische Logik der Geschichte wiederholt, wonach eine aufsteigende Macht in jedem Fall nach Hegemonie strebt und die Welt ins Chaos stürzt. Es wurde viel darüber diskutiert, wie Chinas anhaltende Erscheinung sowohl friedlich ablaufen kann als auch ein Gewinn für alle Beteiligten wird. Präsident Hu Jintao hatte dies so ausgedrückt, dass China eine neue Außenpolitik betreiben solle, die „die chinesische Öffentlichkeit zufrieden macht und gleichzeitig die Menschen in aller Welt beruhigt.“

China sollte in der Weltpolitik nach gebührendem Respekt streben. Es sollte die internationale Gemeinschaft, vor allem aber die großen Akteure, auffordern, das Recht der freien Wahl verschiedener Entwicklungspfade und Ideologien anzuerkennen. In der Welt wird immer noch an einer überholten Kalten Kriegs-Mentalität festgehalten. Viele Chinesen sind der Meinung, dass in der internationalen Arena Demokratie, Menschenrechte, Wirtschaftsmodelle und politische Entwicklungspfade anhand eines euro-amerikanischen Maßstabs gemessen werden. Nur Modelle, die der Linie des Westens entsprechen, gelten als „gute“ Wahl, alle anderen Optionen sind „schlecht“ oder „nicht gut genug“. Die Zeit seit dem Ende des Kalten Krieges hat jedoch nachdrücklich gezeigt, dass das westliche Modell selbst fehleranfällig ist und dringend reformiert werden muss.

Chinas Entwicklung hat ihre starke Dynamik beibehalten und dieser Kurs wird von der Mehrheit der Chinesen unterstützt. China ist sich im Klaren, dass gegenseitiger Respekt mehr erfordert als nur Worte; bis dieses Prinzip endgültig in den Köpfen der Menschen und den internationalen Beziehungen verankert ist, kann viel Zeit vergehen. China ist bereit, andere Nationen zu respektieren und von ihnen zu lernen und erwartet das auch von anderen Ländern. Fei Xiaotong, einer der bekanntesten chinesischen Soziologen und Philosophen hat den zukünftigen Weg Chinas im Bereich der Außenpolitik folgendermaßen zusammengefasst: „Respektiere andere Kulturen und Werte wie deine eigenen und die Welt wird ein harmonisches Gebilde werden.“

Wie kann China die neue Außenpolitik des „gestalterischen Engagements“ umsetzen?

„Gestalterisches Engagement“ ist ein neuer Denkansatz in Chinas Außenpolitik. Hierbei handelt es sich weder um eine systematische ideologische Doktrin noch um eine logische Prämisse oder eine traditionelle Theorie der internationalen Beziehungen bzw. der Außenpolitik. Stattdessen handelt es sich um einen Leitfaden, der sich irgendwo zwischen metaphysischer Theorie und einer erläuterten politischen Interpretation bewegt. Er ist durch eine Reihe von Erfolgsgeschichten der chinesischen Außenpolitik der vergangenen Jahre inspiriert worden und geprägt von der traditionellen chinesischen Kultur und Kontinuität der chinesischen Außenpolitik. Er respektiert internationale Praktiken und Entwicklungslinien und vereint Bemühungen, „chinesische Charakteristika“ im Bereich der Außenpolitik zu verankern.

„Gestalterisches Engagement“ geht davon aus, dass Weltfrieden und Entwicklung unveränderliche Ziele bleiben und Chinas kontinuierlicher Aufstieg und seine wachsende Außenabhängigkeit fortauern. Es betont Führung, das Ergreifen von Initiativen und konstruktive Zusammenarbeit als Elemente der chinesischen Außenpolitik. Sein Ziel ist, „etwas zu schaffen“: die Gestaltung internationaler Regeln und die Aufforderung an andere Nationen, Chinas Recht auf Vertre-

tung seiner Interessen zu akzeptieren. Zudem strebt die Doktrin nach einer friedlichen, kooperativen Beilegung von Streitigkeiten, bei der alle gewinnen. „Gestalterisches Engagement“ bedeutet, nicht länger Gefangener konventioneller Gedanken und Praktiken zu sein. Stattdessen tritt sie angesichts von Dilemmata und Herausforderungen für einfallsreichere Mediations-Methoden und geistreiche Ideen ein, um ein Verharren in den unnachgiebigen und stark vereinfachten konfrontativen Methoden der Streitbeilegung zu vermeiden.

Für ein stärkeres Global Governance-Engagement sollte China seine Wirtschaftsbeziehungen durch Vertragsunterzeichnungen mit Ländern auf der ganzen Welt ausdehnen. Dies ist durch die Einführung marktwirtschaftlicher Elemente in China möglich geworden, die der Hauptgrund für Chinas wachsenden globalen Einfluss wie auch für die Kritik des Auslandes waren. China sollte seine Auslandshilfe und die zur Verfügung stehenden öffentlichen Güter deutlich erhöhen, so dass es diese als Verhandlungsmasse nutzen kann, um ein größeres Mitspracherecht bei globalen Entscheidungsprozessen zu erhalten.

Laut UNO-Vorgaben sollen Industriestaaten und Schwellenländer 0,7 Prozent ihres Bruttoinlandproduktes für internationale Hilfe und Entwicklung bereitstellen. Auch wenn Chinas Entwicklungshilfe in den letzten Jahren stetig zugenommen hat, ist es noch ein weiter Weg bis zur Erfüllung dieser Vorgabe. Investitionen in Entwicklungshilfe würden China auch bei der Erfüllung seiner strategischen Ziele nützen, da derartige Hilfen ein mächtiges Werkzeug bei der Ausdehnung chinesischen Einflusses werden könnten. Das gegenwärtige Entwicklungshilfesystem sollte reformiert werden, da es bereits seit 30 Jahren besteht und in betriebswirtschaftlicher Manier nach dem Prinzip des Marktaustausches betrieben wird. Eine neue übergeordnete Behörde, wie die Allgemeine Entwicklungshilfeverwaltung in anderen Ländern, sollte geschaffen werden, um Entscheidungen auf Basis der Anforderungen der Wirtschaft, der Politik, der Diplomatie und der Sicherheit treffen zu können. Diese Behörde könnte verschiedene Ministerien aus den Bereichen Wirtschaft, Außenbeziehungen und Militär koordinieren.

Um die Entwicklungshilfe auszubauen, muss China sowohl strategische Auslandshilfe als auch die Bereitstellung öffentlicher Güter in Erwägung ziehen – beides sind Bereiche, die sich von traditioneller Entwicklungshilfe unterscheiden. Strategische Auslandshilfe zielt darauf, Chinas elementare Sicherheitsinteressen und strategischen Ziele durchzusetzen. In den vergangenen Jahren fand dies in verschiedenen Formen statt: als zivile und militärische Unterstützung für benachbarte Staaten, als Investitionen in Energie und Bodenschätze in Afrika und im Nahen und Mittleren Osten; als Investitionen in und Errichtung von Infrastruktur, von Kommunikationseinrichtungen und als Verknüpfung von Industrieketten in strategisch wichtigen Regionen.

Öffentliche Güter sind die Produkte, Projekte oder Konventionen, die von der internationalen Gemeinschaft für Kollektivmaßnahmen verwendet werden und die oft internationalen Organisationen und Institutionen mit internationaler Glaubwürdigkeit übergeben werden wie den Vereinten Nationen. Diese öffentlichen Güter bestehen aus Beiträgen für Friedenstruppen und für den Bau von Ausbildungsbasen; für den von Chinas kommunistischer Jugendliga organisierten Freiwilligen-Dienst in Übersee; für UN-Mitgliedsbeiträge und für verschiedene Initiativen zum Schutz der Weltmeere und der Polarregionen.

Zwischen strategischer Auslandshilfe und öffentlichen Gütern kann keine scharfe Trennlinie gezogen werden – die beiden Kategorien unterscheiden sich, verstärken sich aber auch gegenseitig. Ihre wechselseitige Beziehung und ihre neue Rolle in Chinas Außenpolitik müssen thematisiert und diskutiert werden. In den letzten zwei oder drei Jahrzehnten stand die Unterzeichnung von Wirtschaftsverträgen zu stark im Vordergrund der Auslandshilfe, wofür es gleichwohl gute Gründe gab. Inzwischen ist der für strategische Auslandshilfe und vor allem für öffentliche Güter bestimmte Anteil relativ klein geworden. Diese Situation sollte in der Zukunft schrittweise geändert werden. Wirtschaftsverträge, strategische Auslandshilfe und öffentliche Güter könnten China bei der globalen Implementierung des „gestalterischen Engagements“ behilflich sein. Aus diesem Grund sollte ihre Bedeutung sich in Chinas Haushalt sowie in den wesentlichen

einzelstaatlichen Politikzielen widerspiegeln. Durch eine sorgfältige Gestaltung und Implementierung dieser Hilfsmodalitäten könnte Chinas „gestalterisches Engagement“ einen bemerkenswerten Effekt in der neuen Ära internationaler Beziehungen bewirken.

Ohne die Beteiligung eines Fünftels der Weltbevölkerung, ohne die Unterstützung der zweitgrößten Wirtschaft und ohne den politischen Willen und die Sicherheitsgarantien dieser aufstrebenden Macht bleiben internationale Institutionen und Normen irrelevant und die Legitimität und die Glaubwürdigkeit ihrer Resolutionen und Maßnahmen werden hinter ihren Versprechungen zurückbleiben. Angesichts fehlender großflächiger Konfrontationen zwischen den Supermächten wird über mittlere und lange Sicht weder eine auswärtige Macht noch eine Notlage Chinas größeres internationales Engagement einschränken, zumindest solange Chinas innenpolitische Reform, Entwicklung und Stabilität nachhaltig bleiben. Durch die Übernahme von Führung im Bereich Wandel und eine verstärkte Rolle in der Weltpolitik, in Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Umweltschutz und der militärischen Sicherheit wird China eine der Antriebskräfte der großen internationalen Organisationen sein.

Yan Xuetong

Die Schwächung der unipolaren Struktur

14

Yan Xuetong, Professor an der Tsinghua-Universität, gehört zu den wichtigsten chinesischen Analysten der chinesischen Außenpolitik. Sein Buch „Ancient Chinese Thought, Modern Chinese Power“ gilt als Meilenstein bei der Entwicklung eines chinesischen Modells der internationalen Beziehungen und hat dazu geführt, dass einige Gelehrte von einer „Tsinghua-Schule der Internationalen Beziehungen“ sprechen. Als selbstbewusster Nationalist hat Yan sich für eine offenere Herangehensweise in Bezug auf Taiwan, Japan und die Vereinigten Staaten ausgesprochen. Auch wenn er sich selbst als Realist bezeichnet, hat er einflussreiche Arbeiten über die chinesische Soft Power verfasst und sich Mitte der 1990er Jahre als einer der ersten Chinesen dafür ausgesprochen, die regionale Integration in Asien zu unterstützen. In meinem Buch „What does China think?“ habe ich ihn als chinesische Antwort auf die amerikanischen Neokons bezeichnet und vorgeschlagen, seine Denkrichtung eines selbstbewussten Realismus als „Neokomm“ zu beschreiben. Dieser Beschreibung hat er nicht widersprochen.

Sein Aufsatz, der ursprünglich im Verkündungsorgan der Kommunistischen Partei, der Global Times Ende 2011 auf Chinesisch erschien, fordert ein radikales Umdenken hinsichtlich der in den letzten Jahrzehnten verfolgten Kernprinzipien der chinesischen Außenpolitik: die Dominanz des Wirtschaftswachstums zu Lasten der Politik; Chinas Ansatz der Blockfreiheit sowie seine ablehnende Haltung gegenüber Interventionen. Er entwickelt einen neuen Ansatz von „Verantwortlichkeit“ im Kontext einer sich herausbildenden Bipolarität in den internationalen Beziehungen und zunehmenden Forderungen nach Fairness und sozialer Gerechtigkeit, die die herrschenden Normen der Einmischung herausfordern.

Seit dem Ende des Kalten Krieges sind die Vereinigten Staaten die letzte Supermacht, doch wurde ihre globale Vorherrschaft durch den Ausbruch der Finanzkrise 2008 geschwächt. Die gegenwärtige internationale Struktur wird sich vermutlich von einer unipolaren Struktur mit den USA als absolut führendem Akteur hin zu einer bipolaren Struktur zusammen mit China, das in den nächsten zehn Jahren zu einem etwas weniger mächtigen Gegenspieler der USA werden wird, verändern.

Das Machtgefälle zwischen China und den USA verringert sich. Im Jahr 2011 lag das chinesische Bruttoinlandsprodukt (BIP) ungefähr bei der Hälfte des amerikanischen BIP. Wenn Chinas BIP weiterhin mit einer Rate von 8,5 Prozent und das amerikanische BIP mit weniger als 3,8 Prozent wächst, wird sich das derzeitige Gefälle zwischen den beiden Mächten innerhalb des kommenden Jahrzehnts ausgeglichen haben. In den nächsten zehn Jahren wird die wirtschaftliche Kluft zwischen den beiden Nationen und anderen Großmächten weiter zunehmen. In den nächsten fünf Jahren werden nur die USA und China in der Lage sein, mehr als 100 Milliarden Dollar jährlich für Verteidigung auszugeben, was das Machtgefälle zwischen ihnen und den anderen Staaten erhöhen wird. Die internationale Struktur wird entweder von Unipolarität oder von Multipolarität charakterisiert sein. Auch bei der Wirtschaftsmacht wird die Tendenz Richtung Multipolarität abnehmen, da sich die Welt in Richtung einer bipolaren Struktur entwickeln wird.

Hinsichtlich strategischer Beziehungen bleiben die USA jedoch die einzige Supermacht der Welt. Präsident Barack Obama hat das unilaterale Handeln des ehemaligen Präsidenten George W. Bush durch Multilateralismus ersetzt und so Amerikas Verhältnis zu seinen traditionellen Verbündeten verbessert und ihre Unterstützung zurückgewonnen. Die USA haben in den letzten vier Jahren vor allem ihre strategischen Beziehungen zu Frankreich, Deutschland, Indien und Japan verbessert. Seit dem Jahr 2010 hat eine amerikanische „intelligente Diplomatie“ Chinas Politik der Blockfreiheit ausmanövriert. Es ist offensichtlich, dass China und Russland nicht genügend strategische Partner haben, um derzeit die unipolare Struktur in Frage zu stellen. Auch wenn China in den nächsten zehn Jahren eine Verände-

rung der grundlegenden Machtstruktur bewirken könnte, wird es ohne ein formelles Bündnis mit Russland aus einer unipolaren Welt keine bipolare Welt machen können.

Die Normalisierung der Interventionsdiplomatie

Viele Entwicklungsländer machen derzeit die Einmischung zur Norm. So gründeten im Dezember 2011 Vertreter von 33 Staaten aus Lateinamerika und der Karibik die Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten als neues führendes Regionalbündnis. Mit der Deklaration von Caracas verpflichteten sich die Unterzeichnerstaaten zur Intervention, wenn durch einen militärischen Coup ein Regimewechsel droht. Im März 2011 forderte die aus 22 Mitgliedstaaten bestehende Arabische Liga den Westen zur Einrichtung einer Flugverbotszone über Libyen auf.

Als Antwort auf die militärischen Auseinandersetzungen in Syrien hat die Arabische Liga Syriens Mitgliedschaft suspendiert und im Dezember 2011 wirtschaftliche Sanktionen gegen das Land verhängt. China hat im UNO-Sicherheitsrat für die Verhängung von Sanktionen und die Einrichtung einer Flugverbotszone über Libyen gestimmt. Die Welt könnte in Zukunft Zeuge eines Wettbewerbs zwischen Prinzipien der Einmischung und der Nichteinmischung werden. Das Prinzip der Intervention könnte sich als neue internationale Norm herausbilden, während das Nichtinterventionsprinzip als dominierende Norm bestehen bleibt.

Vor mehr als 2600 Jahren wurde in China die Norm der Intervention von der Allianz der Kuiqiu begründet. Deren Mitglieder durften keine unrechtmäßigen Taten begehen: die Nachfolgelinie ändern, eine Frau zur Konkubine degradieren oder die Beteiligung von Frauen an der Politik erlauben. Über Tausende von Jahren galt eine solche Einmischung als internationale Norm. Im Westfälischen Frieden von 1647 wurde das Konzept der Souveränität entwickelt, das daraufhin zur Norm wurde. Die moderne internationale Norm der Nicht-Einmischung wurde formell in der Charta der Vereinten Nationen im

Jahr 1945 festgelegt und durch die Praxis der UN-Mitglieder konsolidiert.

Auf dem Weg zur bipolaren Struktur könnte es zu einer Schwächung des Prinzips der Nichteinmischung kommen. Da die Bedeutung einer Globalmacht abnimmt, werden Regionalmächte in ihren Regionen zu dominieren versuchen und Einfluss auf die Innenpolitik in anderen Regionalstaaten nehmen. In den nächsten Jahren werden die Prinzipien der Einmischung und der Nicht-Einmischung nebeneinander existieren. Seit Gründung der Vereinten Nationen haben die Normen der nationalen Einheit und der nationalen Selbstbestimmung nebeneinander existiert und die Außenpolitik der Nationalstaaten bestimmt.

Leeres Gerede von internationalen Organisationen

Die Fähigkeit internationaler Organisationen, das Weltgeschehen zu lenken, lässt nach. Die Regeln internationaler Organisationen wurden gemäß den Fähigkeiten ihrer Mitglieder nach dem Zweiten Weltkrieg aufgestellt. Im Laufe der Zeit haben sich diese Fähigkeiten der Mitglieder in eine andere Richtung entwickelt, als dies bei Aufstellung der Regeln noch der Fall war. Obwohl die Fähigkeiten einiger Mitglieder zurückgingen, blieben sie die Hauptentscheidungsträger und bestimmten die Gründungsprinzipien dieser Organisationen. So haben sich beispielsweise die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates nicht geändert. Auch der Präsident der Weltbank ist traditionell ein Amerikaner und der Geschäftsführende Direktor des Internationalen Währungsfonds traditionell ein Europäer.

Durch die Veränderung der globalen Machtstruktur in Richtung einer bipolaren Struktur werden internationale Organisationen weniger erfolgreich beim Umgang mit internationalen Konflikten sein. Es ist schwierig für zwei Supermächte, sich auf eine Lösung eines internationalen Konflikts zu verständigen. Für eine einzige Supermacht ist es dagegen leicht, die politischen Entscheidungen in internationalen Organisationen zu dominieren. Die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates haben ihr Vetorecht während des Kalten Krie-

ges häufiger ausgeübt als nach dem Ende des Kalten Krieges. Der Machtübergang von Unipolarität hin zu Bipolarität könnte dazu führen, dass im UN-Sicherheitsrat häufiger Vetos ausgesprochen werden als in den vergangenen zwei Jahrzehnten.

Im Angesicht einer Krise werden internationale Organisationen öfter Probleme diskutieren anstatt sie zu lösen. Es müssen neue internationale Institutionen geschaffen werden, die praktische Lösungen zur Beilegung globaler Krisen erarbeiten. Als etwa die G8 globale wirtschaftliche Fragestellungen nicht mehr allein lösen konnten, wurde die G20 gegründet. Die Asiatisch-pazifische Wirtschaftsgemeinschaft (APEC) wurde gegründet, als sich Schwierigkeiten bei der Errichtung eines Ostasiatischen Wirtschaftsausschusses auftaten. Angesichts des Widerstandes von APEC, etablierten Mitglieder des Verbands südostasiatischer Staaten (ASEAN) sowie weitere asiatisch-pazifische Staaten das Format 10 + 1, dann 10 + 3 und schließlich 10 + 8.

Mit der Zunahme internationaler Institutionen hat auch die Zahl internationaler Gipfeltreffen zugenommen. Die auf diesen Gipfeln verabschiedeten Erklärungen werden immer länger und komplizierter. Doch nach einer Einigung folgen meist keine Taten zur Umsetzung des Konsenses oder zur Förderung der Zusammenarbeit. Internationale Organisationen tendieren daher immer stärker dazu, lediglich Positionen einzunehmen statt praktische Probleme zu lösen.

Eine wachsende Nachfrage nach sozialer Gerechtigkeit und Fairness

Die Prinzipien der Fairness und Freiheit stehen in direkter Konkurrenz zueinander. Nach dem Kalten Krieg wurde Liberalismus zur international führenden politischen Schule. Zuletzt wurde die dominante Rolle des Liberalismus jedoch durch das Prinzip der Fairness in Frage gestellt. Seitdem die EU und die USA ihre Handelsvorteile eingebüßt haben, setzen sie auf die Förderung des fairen Handels, während sie die Überlegenheit des Freihandels ignorieren, den sie selbst über viele Jahrzehnte unterstützt haben. Angesichts der Herausforderung im Umweltbereich, den Ausstoß von Kohlenstoffen zu

reduzieren, haben die Schwellenländer gemeinsame, aber unterschiedliche Verantwortlichkeiten für die Reduzierung der Emissionen vorgeschlagen. Dieser Ansatz vertritt das Prinzip der fairen Reduzierung insofern, als Industrieländer einen großen Teil der Verantwortung übernehmen sollten.

Das Prinzip der fairen Reduzierung basiert auf dem Konzept der historischen Verantwortlichkeit. Industrieländer haben die Industrialisierung zuerst abgeschlossen. Folglich waren die Industrieländer, die 17 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen, in den letzten 60 Jahren für 70 Prozent der Kohlenstoffemissionen verantwortlich. Die Industrieländer sollten für dieses Gefälle entsprechende Anpassungen vornehmen. Im Gegensatz dazu haben die Entwicklungsländer, die 83 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen, in den letzten 60 Jahren nur 30 Prozent der gesamten Kohlenstoffemissionen verursacht. Es ist deshalb gerecht, den Entwicklungsländern mehr Spielraum beim Ausstoß von Kohlenstoffemissionen zu geben. Gemäß dem Freiheitsprinzip wird dadurch Fairness im Handel und bei Kohlenstoffemissionen gefördert. Echte Fairness würde sich jedoch in einem System unterschiedlicher Verantwortlichkeit zeigen.

Die Forderung nach Fairness im internationalen Bereich stellt zunehmend das Paradigma von Wirtschaftswachstum als höchster Priorität in Frage. Die Produktionskapazitäten der Welt übertreffen die Nachfrage bei Weitem und verursachen auf der ganzen Welt Überschüsse. Gleichzeitig gibt es jedoch wegen der Verteilungsgerechtigkeit weiterhin Probleme mit Armut und Hunger. Die Globalisierung hat diese Entwicklung beschleunigt sowie die Polarisierung zwischen Arm und Reich verstärkt. Aus diesem Grund fordern Menschen in den Industrie- und Entwicklungsländern inzwischen eher soziale Gerechtigkeit als wirtschaftliche Entwicklung.

Je stärker der Lebensstandard steigt, umso weniger Verständnis haben die Menschen für soziale Ungerechtigkeit. Der arabische Frühling, die Occupy-Bewegung, die europäischen Proteste gegen Sparmaßnahmen und die russischen Proteste gegen Wahlbetrug sind Anzeichen dafür, dass sich soziale Prioritäten verschieben: von wirtschaftlicher Entwicklung hin zu sozialer Gerechtigkeit. Der internati-

onale Trend Richtung Bipolarität schwächt die internationale Dominanz der USA genauso wie das traditionell amerikanische Konzept des freien Wettbewerbs, das durch Rufe nach sozialer Gerechtigkeit und Fairness in Frage gestellt wird.

Kontinuierliche Reformen

Das internationale System entwickelt sich langsam, Veränderungen treten sprunghaft auf. Das internationale System besteht aus Akteuren, einer Struktur und Regeln. Veränderungen an einem dieser Elemente können das ganze System verändern. Die gegenwärtige Tendenz zur Bipolarität, die sich herausbildende Norm der Einmischung und unwirksame internationale Einrichtungen sind Indikatoren für bevorstehende Änderungen im internationalen System. Die wachsende Forderung nach Fairness und sozialer Gerechtigkeit könnte eine starke soziale Kraft sein, um diesen Wandel voranzutreiben.

Zum Schutz seiner nationalen Interessen müssen Chinas diplomatische Prinzipien dem Wandel der Zeit angepasst werden. Im Buch der Lieder steht, dass „die Zhou-Dynastie zwar das gleiche Land bleibt, aber ständigem Wechsel unterliegt.“ Das bedeutet, dass die Zhou-Dynastie für viele hundert Jahre bestehen bleiben kann, weil sie sich kontinuierlich reformiert. Im Buch der Riten heißt es, dass „um jeden Tag etwas neues zu sehen, man jeden Tag reformieren muss.“ China muss sich diese Prinzipien bewusst machen und den kontinuierlichen Fortschritt der Reformen sicherstellen. Geht man davon aus, dass Chinas wirtschaftliche Errungenschaften in den letzten 30 Jahren das Ergebnis kontinuierlicher politischer Reform sind, müssen dieselben Prinzipien auch auf Chinas Außenpolitik angewandt werden.

Wang Jisi Chinas düsteres internationales Umfeld

15

Wang Jisi ist als „führender außenpolitischer Experte“ des früheren Präsidenten Hu Jintao bekannt und war Kommilitone des Präsidenten an der Universität. Angesichts der zunehmenden Forderungen nach einer selbstbewussteren Außenpolitik hat Wang sich für eine vorsichtige und bescheidene Haltung ausgesprochen und lehnt selbst den Vorschlag eines „friedlichen Aufstiegs“ ab, weil dieser Verdacht erregen könnte. Obwohl Wang überzeugter Realist ist und eine direkte chinesisch-amerikanische Konfrontation vermeiden will, schlug er als einer der ersten Chinesen vor, Deng Xiaopings strategisches Prinzip der „Zurückhaltung“ umzubenennen. In einem viel-zitierten Artikel, der im Februar 2011 vom chinesischen Journal of International Studies veröffentlicht wurde, entwickelte er folglich das Konzept der „Bescheidenheit und Klugheit“ als neue Strategie chinesischer Diplomatie.

Der hier folgende Aufsatz ist eine überarbeitete Version eines Vorworts, das 2012 in der China International Strategy Review erschienen ist, die jährlich von World Affairs Press herausgegeben wird. Dieses Jahrbuch, das Wang seit seiner Gründung im Jahr 2008 herausgibt, sammelt Beiträge von hochrangigen Funktionären, Experten und Gelehrten aus der ganzen Welt. Sein Aufsatz sollte als Reaktion auf die jüngsten Diskussionen darüber verstanden werden, ob China eine aggressivere Haltung einnehmen soll, um den seit Ausbruch der globalen Finanzkrise eingeleiteten strukturellen Machtwandel von den Vereinigten Staaten hin zu China widerzuspiegeln.

Die finanziellen Unruhen in den Vereinigten Staaten im Jahr 2008 haben zur schwersten globalen Finanzkrise seit den 1930er Jahren geführt und ökonomische Blasen in vielen Ländern zerstört. Europa steckt noch immer in einer Schuldenkrise. Das Erdbeben von Fukushima im Jahr 2011 und der Nuklearunfall haben der ohnehin schon schwächelnden japanischen Wirtschaft schwer zugesetzt. Viele Menschen sprechen nun gerne von einer „postamerikanischen“ multipolaren Welt. Als hätte sich der Nebelschleier einer „unipolaren Welt“ schon längst in Luft aufgelöst.

2011 wurden in Pakistan Osama bin Laden und in Libyen Muammar al-Gaddafi getötet. Doch im Westen wurden die Anfang 2011 ausgelösten Aufstände in der arabischen Welt kaum gefeiert. Zur gleichen Zeit wurde in den Medien viel über den Aufstieg der BRICS berichtet, die in globalen Angelegenheiten zunehmend kooperieren und mitkoordinieren. Chinas wirtschaftliche Stärke und militärische Macht nimmt kontinuierlich zu, die BRICS werden im Lauf des nächsten Jahrzehnts weiter an Stärke gewinnen. Zudem erleben Länder wie Indonesien, die Türkei, Vietnam und viele andere Schwellenländer eine Zeit des wirtschaftlichen Booms. Die Integration Lateinamerikas ist ebenfalls in eine neue Phase getreten. Die gewachsene Stärke dieser Entwicklungsländer wird zu größeren Konflikten in der bestehenden internationalen politischen und wirtschaftlichen Ordnung führen und die Führungsrolle des Westens stark herausfordern.

Diskussionen über diese Entwicklungen bei der globalen Machtverteilung konstatieren einen „Aufstieg des Ostens“ und einen „Niedergang des Westens“. Man könnte annehmen, dass China, das einerseits Druck aus dem Westen und andererseits Unterstützung aus den Entwicklungsländern erfährt, sich in einem stark verbesserten internationalen strategischen Umfeld bewegt. Tatsächlich aber gibt es in China ein weitverbreitetes Gefühl, sich in einem düsteren internationalen Umfeld zu bewegen. Warum besteht ein solcher Kontrast zwischen dem „günstigen globalen Machtgleichgewicht“ auf der einen Seite und einem „sich verschlechternden internationalen Umfeld“ auf der anderen Seite? Warum hat die kontinuierliche Zunahme chinesischer Macht nicht zu einem verbesserten externen Umfeld geführt?

Chinas Außenpolitik und Erwartungen der Öffentlichkeit

Zunächst einmal hat die globale Finanzkrise nicht nur westliche Volkswirtschaften getroffen, sondern auch Schwellenländer. Im Zeitalter der Globalisierung sind die Länder in der Welt einander auf Gedeih und Verderb ausgeliefert. Schrumpfende westliche Märkte und sinkendes Vertrauen in Finanzinstitute haben Chinas Export- und Investitionssektor Schwierigkeiten bereitet und starken Einfluss auf Chinas Binnenwirtschaft ausgeübt. In diesem Sinn gibt es keine kausale Beziehung zwischen dem ökonomischen „Abstieg des Westens“ und dem „Aufstieg des Ostens.“ Insgesamt sind die Aussichten für Chinas internationales wirtschaftliches Umfeld in den nächsten Jahren nicht gerade rosig.

Zweitens tendieren Strategen dazu, sich auf Staaten (und vor allem auf Großmächte) als Ausgangspunkt ihrer Analyse von Machtbeziehungen zwischen größeren Ländern zu konzentrieren. Aber dieser analytische Rahmen lässt die globalen Tendenzen außer Acht, die innerhalb oder jenseits nationaler Grenzen existieren. So ist beispielsweise das globale Bevölkerungswachstum ernsthaft im Ungleichgewicht: das Problem alternder Gesellschaften ist in Industrieländern und in China am größten; in Südasien, im Nahen und Mittleren Osten und in Afrika nimmt die Bevölkerung dagegen stetig zu. Folglich wird es schwierig sein, den Trend globaler Migration umzukehren. Die Konflikte zwischen Zuwanderern und Einheimischen werden zunehmen und könnten politische Konflikte auslösen. Starke Urbanisierung verursacht Engpässe im Gesundheitswesen, bei der Sicherheit, im Bildungssystem, im Transportwesen, im Umweltschutz sowie bei der Wasser- und Stromversorgung. Die Kluft zwischen Arm und Reich wird als Folge der Globalisierung kontinuierlich zunehmen. Das globale ökologische Umfeld wird sich weiterhin verschlechtern. Mit Hilfe neuer Technologien und vor allem den Onlinemedien stellen Individuen und kleine Gruppen Staaten und die internationale Gesellschaft vor Herausforderungen. Obwohl sich China auf seinem selbst festgelegten Entwicklungspfad bewegt und andere Länder anderen Wachstumsmodellen folgen, breiten sich die Prinzipien der persönlichen Freiheit, der Gleichheit, der Menschen-

rechte und der Demokratie in der ganzen Welt aus. Diese Herausforderungen kann Chinas internationales strategisches Umfeld nicht ignorieren.

Auch wenn es drittens stimmt, dass der Machtzuwachs der BRICS bis zu einem gewissen Grad den Druck des Westens auf China gemindert hat, bestehen immer noch große Differenzen zwischen China und der Mehrheit der Schwellenländer hinsichtlich nationaler Interessen und Ideologien. Zwischen China und einigen Nachbarstaaten gibt es Streitigkeiten über die territoriale Souveränität sowie über andere heikle Themen wie beispielsweise amerikanische Rüstungsverkäufe an Taiwan, Sorgen bezüglich Tibet und Xinjiang oder über Menschenrechte, Religionsfragen und den Wechselkurs des Renminbi. China gelingt es meist nicht, die ausdrückliche Unterstützung dieser Länder zu erhalten – und einige von ihnen lehnen diese sogar gänzlich ab. Folglich hat der „kollektive Aufstieg“ der Entwicklungsländer einen begrenzten Effekt auf die Verbesserung von Chinas internationaler Position und auf die Verbesserung seines Images und des politischen Umfelds.

Viertens sieht sich China bei seinem weiteren Aufstieg einem „Sicherheitsdilemma“ gegenüber. Im Zuge der Schaffung militärischer Kapazitäten zum Schutz der eigenen Sicherheit treffen die USA und Nachbarstaaten, die an Chinas friedlicher Absicht zweifeln, gegen China gerichtete Vorsichtsmaßnahmen und koordinieren sogar eine gemeinsame Strategie gegen China. Dies hat zur Folge, dass sich manche Chinesen noch unsicherer fühlen. Sie hegen größere Bedenken und Befürchtungen und fühlen sich noch stärker als „Opfer“ als zu Zeiten, in denen Chinas Position schwächer war. Viele fragen sich, wie China mächtiger und doch weniger sicher sein kann. Die zwei geläufigsten Antworten – die man nicht nur in den Medien, sondern auch von Experten und Gelehrten hört – lauten, dass die Verteidigungsausgaben zu niedrig sind und dass das Auftreten gegenüber Nachbarstaaten und den USA zu schwach ist. Dieses „Sicherheitsdilemma“ wird sich in der unmittelbaren Zukunft nur schwer lösen lassen. Die wahre Stärke, die politischen Instrumente und die strategische Planung in Chinas internationalen Beziehungen werden wei-

terhin hinter den Erwartungen der heimischen Öffentlichkeit zurückbleiben.

Interne negative Faktoren

Aus objektiver Sicht war Chinas Außenpolitik in den vergangenen Jahren proaktiver als je zuvor und hat das Prinzip des Schutzes seiner nationalen Kerninteressen betont – und zwar so stark, dass die internationale öffentliche Meinung es als zunehmend selbstbewusst wahrgenommen hat. Chinas Investitionen in Übersee und sein Außenhandel haben ebenfalls deutlich zugenommen, und zwar sowohl in Bezug auf die Menge als auch in Bezug auf die Qualität – chinesische Bürger und Geschäftsaktivitäten haben nun Fußspuren in fast jedem Winkel der Welt hinterlassen. Die chinesische Regierung hat auch finanziell und intellektuell stärker in den Aufbau der kulturellen Soft Power des Landes investiert. Chinas führende Diplomaten beteiligen sich stärker an Initiativen. Aktionen zum Schutz chinesischer Überseeinteressen haben ebenfalls deutlich zugenommen.

Gleichwohl ist das Ansehen Chinas in der Welt unbefriedigend. Der Grund dafür liegt hauptsächlich in einer Vielzahl negativer Ereignisse und instabiler Faktoren innerhalb Chinas. Um nur einige zu nennen: eine Reihe schwerwiegender gewalttätiger Vorfälle in Tibet und Xinjiang seit 2008, Massenvorfälle ausgelöst durch interne soziale Konflikte, Bedenken hinsichtlich der Qualität von Produkten, Lebensmittelsicherheit, öffentliche Sitten und die ökologische Umgebung, vorherrschende Korruption und der wiederkehrende Bruch der Disziplin durch leitende Funktionäre sowie gewisse chinesische Staatsbürger, die „Asyl“ in ausländischen Botschaften oder Konsulaten gesucht haben.

Viele Ressourcen werden erforderlich sein, um mit all diesen Themen umzugehen. Aus Sicht einiger Regierungsbehörden sind die eben erwähnten internen Probleme durch die Einmischung feindlich gesinnter ausländischer Einflüsse entstanden. Unabhängig von ihren Ursachen haben diese Probleme jedoch Chinas Ruf und seine Interessen beschädigt. Für eine erfolgreichere Außenpolitik muss China die Ab-

stimmung zwischen den einzelnen Ministerien sowie die Effizienz und die Transparenz der Regierung verbessern, ein besseres System der Rechenschaftspflicht etablieren, die Korruption bestrafen und die Bildung seiner Bürger verbessern. All das wird nicht zu sofortigen Ergebnissen in der gleichen Art und Weise führen wie es bei der Ankurbelung des Wirtschaftswachstums der Fall ist.

Wenn die hier erfolgte Analyse grundsätzlich stimmt, wird China in den kommenden Jahren vor noch größeren globalen Herausforderungen stehen. Auch wenn die Stärkung der Diplomatie, der nationalen Verteidigung, der Propaganda in Übersee und der außenwirtschaftlichen Aktivitäten wichtig ist, hängt Chinas Erfolg bei der Bewältigung globaler Herausforderungen auch davon ab, ob es das Tempo innenpolitischer Reformen beschleunigt und interne politische, wirtschaftliche und soziale Fragestellungen richtig angeht. Es ist wichtig, dass die chinesische Öffentlichkeit ein umfassenderes und objektiveres Verständnis der internen und externen Situation sowie des Zusammenhangs der beiden bekommt.

NACHWORT

*François Godement und
Jonas Parello-Plesner*

Welche Bedeutung hat China 3.0 für Europa?

China ist besser über die Ereignisse in Europa informiert als das umgekehrt der Fall ist. Dies hat nicht nur damit zu tun, dass die Europäische Union über ein transparenteres politisches System verfügt, sondern auch damit, dass Europa derzeit auf sich selbst fokussiert ist. Vor diesem Hintergrund war es das Ziel dieses Sammelbandes, Europäern die Debatten, die in China geführt werden und die Auswirkungen auf Europa haben, näher zu bringen. Die Europäer sind in der Vergangenheit davon ausgegangen, dass China von uns lernen muss; da China aber inzwischen die zweitgrößte Wirtschaftsmacht der Welt ist, müssen wir es kennenlernen und die Auswirkungen der dort stattfindenden Debatten auf uns verstehen – genauso wie wir das im Fall der USA machen.

Im Gegensatz zu den USA, mit denen China einen wechselseitigen Austausch hat, rangiert Europa als politischer Partner in chinesischen Debatten nicht besonders hoch im Kurs – dies zeigt sich auch daran, dass Europa in den drei außenpolitischen Aufsätzen in diesem Sammelband gar nicht auftaucht. Die EU gilt vielmehr als Experiment, das auf Soft Power, Normen und wirtschaftlichen Interessen gründet, und das einige Kompetenzen im Bereich der Handelspolitik besitzt, aber mehr auch nicht. Einige chinesische Funktionäre mögen es in manchen Fällen bedauern, dass die EU nicht über stärkeren Zusammenhalt und stringente Entscheidungsmechanismen verfügt, aber die meisten sind zufrieden damit, dass sie 28 bilaterale Beziehungen pflegen, die meist von China dominiert werden. Die einzige Gefahr, die aus Europa droht, ist sein Scheitern – dies würde die Größe von Chinas wichtigstem Exportmarkt verringern.

Für Europa steht jedoch in seinem Verhältnis zu China viel auf dem Spiel. In vielen Bereichen – Handel und Investitionen, Finanzregulierung, Staatsverschuldung, Energiesicherheit, Klima- und Umweltfragen, der Nahe und Mittlere Osten sowie Afrika – trifft es nun auf ein mächtiges China. Auch wenn Europas abnehmende militärische Macht keine Relevanz für den strategischen Schauplatz in Ostasien hat, muss Europa trotzdem verstehen, was dort abläuft und mit diplomatischen Mitteln seine Interessen verfolgen und seine Werte fördern. Vor diesem Hintergrund haben wir fünf Schlussfolgerungen entwickelt, die die Europäer aus unserer Sicht aus den Aufsätzen aus diesem Sammelband ziehen sollten.

Debatten in China 3.0

Auch wenn die Debatte über die Modelle von Chongqing und Guangdong durch die Absetzung Bo Xilais abgewürgt wurde, laufen andere Diskussionen weiter. Deng Xiaopings berühmter Ausspruch lautet: „Nicht diskutieren! ist eine meiner Erfindungen“ und die ehemalige Führungsriege sprach gerne von einer „harmonischen Gesellschaft“. Doch China 3.0 ist sehr viel umstrittener als China 2.0. Für Europa bedeutet das, dass es sehr viel ernsthaftere Ansichten gibt, mit denen man sich auseinandersetzen muss und die über die glänzende Oberfläche der Resolutionen der Kommunistischen Partei und der Vorgaben des letzten Fünfjahresplanes hinausgehen. Diese Ansichten reichen von Zhang Weiyings Behauptung, dass China „200 bis 300 Jahre von einer Marktwirtschaft“ entfernt sei, bis hin zu Justin Yifu Lins kühner Vorhersage von weiteren 30 Jahren wirtschaftlichen Wachstums, während der China den Westen ein- und schließlich überholt haben wird.

Ehemalige Führer wie Wen Jiabao haben verstanden, dass anhaltender wirtschaftlicher Erfolg von kontinuierlichen rechtlichen und politischen Reformen abhängig ist: die Erhöhung des Binnenkonsums macht es erforderlich, dass die Chinesen der lokalen Verwaltung vertrauen und dass Fürsorgedienste wirksam erbracht werden; innovative Forschung und Design erfordern größere Freiheiten und den Schutz von Eigentumsrechten; Rechtsstaatlichkeit und Rechen-

schaftspflicht erfordern Checks and Balances innerhalb und gegenüber der Partei; die Bekämpfung von Lobbyinteressen in der Staatswirtschaft macht es erforderlich, dass die Partei Gelder und Privilegien in Frage stellt. Die neue Führungsriege übernimmt somit die Macht zu einem Zeitpunkt, zu dem es ein Bewusstsein für das Erreichte und ein nagendes Gefühl der Unsicherheit in China gibt. Die Europäer sollten daher:

Anreize für Reformen schaffen

Die Europäer sollten den Debatten innerhalb Chinas mehr Aufmerksamkeit schenken und ein System von Anreizen für die Zusammenarbeit mit Reformern entwickeln, genauso wie China Anreize für EU-Mitgliedstaaten schafft. Das bedeutet, dass Europa mit Reformern Freundschaft schließen muss. So beklagen chinesische Privatunternehmen ähnlich wie europäische Firmen die Dominanz des staatlichen Sektors und das Fehlen gleicher Wettbewerbsbedingungen. Doch eine zu deutliche Unterstützung der Reformen könnte diesen sogar eher schaden, weswegen europäischer Beistand hier behutsam ausfallen sollte.

Die Provinzen im Blick haben

Chinas wirtschaftlicher Erfolg hat dazu geführt, dass die gesamte Gesellschaft in die Modernisierung und Globalisierung sowie ihre Folgen eingebunden ist; das war in den 1950er und 1960er Jahren anders, als die ländliche Gesellschaft eine separate Welt war. Da in erster Linie die Provinzen, von denen viele die Größe europäischer Länder haben, den Wandel bewältigen müssen, hängt von ihnen Gedeih und Verderb von China 3.0 ab. Die Europäer sollten ihre beeindruckende gemeinsame Größe und ihre ver-

netzten Regierungen dafür nutzen, um gemeinsam auf die chinesischen Provinzen zuzugehen, und hierfür die in verschiedenen europäischen Ländern bereits existierenden Netzwerke nutzen.

Die Generation Weibo ist im Kommen

Eines der Vermächtnisse des Hu-Wen Jahrzehnts ist Weibo. Im Jahr 2002 gab es fast noch keine Mikroblogs, heutzutage werden sie von mehr als 300 Millionen Chinesen genutzt – der sprachlich homogenste öffentliche Raum mit Peer-zu-Peer-Kommunikation und größer als alles, was sich Voltaire oder Habermas jemals erträumt haben. Der Parteistaat kann nun nicht mehr verhindern, dass sich die Menschen äußern: Hunderte von Millionen Nutzer des Internets und der sozialen Medien in ganz China bilden eine riesige „Echokammer“. Daraus resultiert ein unglaublich schäumender Marktplatz an Ideen, der unter der Oberfläche von hohlen, vorgekochten Reden zum Vorschein drängt.

Michael Anti hat in seinem Beitrag für diesen Sammelband darauf hingewiesen, dass das Entstehen dieses öffentlichen Raumes nicht automatisch zu politischer Liberalisierung führt. Die öffentliche Meinung im Internet ist ein ständiger Kriegsschauplatz, den die Partei mit immer neuen Methoden jenseits der staatlich kontrollierten Medien zu kontrollieren weiß. So lautet auch ein neues Schlagwort in China „Wei-Regierung“. Cai Qi, eine lokale kommunistische Größe in Zhejiang mit mehr als einer Million Follower, charakterisiert die Regierungsstrategie als „Kontrolle von Weibo durch seine Nutzung und Ermöglichung von Kontrolle durch seine Nutzung.“ Dies hat zur Folge, dass die öffentliche Debatte und die Zivilgesellschaft eine zunehmend unabhängige Variable im Umgang mit China ist. Die Europäer sollten daher:

„Weiplomatie“ anwenden

Weibo hat für Ausländer einen neuen Raum geschaffen, um direkter mit Chinesen in Kontakt zu treten und bil-

det damit folglich auch ein neues diplomatisches Tool. EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy hatte auf Weibo schon mehr Follower als auf Twitter. Die EU sollte auf digitale Diplomatie setzen, um über die Wächter in Peking und den verstaubten EU-China Menschenrechtsdialog hinauszukommen. Sie sollte versuchen, Chinesen direkt über die Menschenrechtsdialoge zu informieren, die die europäischen Regierungen und die EU mit der chinesischen Regierung führen, so dass diese ebenfalls bei diesen Fragen mitreden können. Dies könnte eine Möglichkeit bieten, mit China zu Wertefragen ins Gespräch zu kommen, auch wenn die chinesische Zensur vermutlich mit dem Einsatz ihrer elektronischen Scheren reagieren wird.

Austausch mit der Zivilgesellschaft

NGOs sprießen in China wie Pilze aus dem Boden, vor allem in den Schattenbereichen von nicht legalen, aber geduldeten zivilgesellschaftlichen Aktivitäten. Selbst die chinesische Zentralregierung ist für Veränderungen in den Bereichen Umwelt und Sozialfragen und für die Enthüllung von Machtmissbrauch durch lokale Regierungen auf diese gesellschaftlichen Unternehmer angewiesen. Guangdong übernimmt in dieser Hinsicht eine Vorreiterrolle, wie es Xiao Bin in seinem Aufsatz in diesem Band dargestellt hat. Diese Priorität lässt sich auch mit der Schaffung von Anreizen für Reformkräfte verbinden.

Das Übergreifen der chinesischen Wirtschaft auf die EU

Aus Unachtsamkeit hat China Devisenreserven in Höhe von 4,5 Billionen Dollar angehäuft (inklusive privatem Kapital) und läuft Gefahr, zumindest einen Teil davon zu verlieren. Yu Yongding nennt dies passenderweise eine „Vermögenskrise“. Handelsinterdependenzen und grenzüberschreitender Kapitalverkehr sind Chinas beste Versicherung. Hierzu muss China fundamentale Veränderungen akzeptie-

ren. Zum Beispiel die einer „fuzzy“ Gegenseitigkeit. Dies betrifft beispielsweise die Erhöhung ausländischer und europäischer Anteile am chinesischen Markt, die über Fabriken und gewerbliche Verkäufe hinausgehen sowie die Internationalisierung chinesischer Firmen. Wir sind bereits Zeuge einer neuen Welt, wenn ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums „gleiche Wettbewerbsbedingungen“ für Huawei verlangt.³⁰

China ist kein weit entferntes Land mehr, das nur Billiggüter produziert. Als nächste Phase seines „Heraustretens“ hat China entwickelte Märkte wie den europäischen im Blick, was für China wichtig ist, um auf der Wertkette emporzusteigen. Zudem wird es in Hochtechnologien und grüne Technologien investieren sowie etablierte Marken, geschäftliches Knowhow und Versorgungsketten kaufen. Chinesische Unternehmen haben die Eurokrise genutzt, um direkt in der EU zu investieren und europäische Unternehmen zu übernehmen. Laut Schätzungen werden die chinesischen Auslandsinvestitionen bis zum Jahr 2020 auf eine Billion Dollar steigen, wovon das meiste in die EU und die USA fließt.³¹ Im kommenden Jahrzehnt würden damit mindestens 250 Milliarden Dollar in der EU investiert.

Solche Investitionen stellen eine natürliche Entwicklung für die zweitgrößte Wirtschaft der Welt dar und könnten sich positiv auf Wachstum und Beschäftigung in Europas Volkswirtschaften auswirken. Der Anstieg chinesischer Investitionen in Europa kommt zu einer Zeit, in der viele europäische Länder und Firmen Kapitalzuflüsse brauchen. Somit gibt es eine neue finanzielle Nabelschnur zwischen China und Europa. Doch die Europäer haben auch Bedenken wegen der nationalen Sicherheit und fehlender Transparenz in den chinesischen Staatsunternehmen, bei denen es sich um hybride Kreaturen handelt, die politisch geführt werden, aber wirtschaftliche Ziele verfolgen. Wenn diese Bedenken nicht ausgeräumt werden, werden sie auf europäischer Seite den Protektionismus anheizen. Europa sollte daher:

30 Li Xiaokun und Qin Zhongwei: Report: No evidence of spying by Huawei, in: China Daily, 19. September 2012, abrufbar unter: http://europe.chinadaily.com.cn/world/2012-10/19/content_15829401.htm.

31 Daniel H. Rosen und Thilo Hanemann: An American Open Door?, Asia Society, Mai 2011, abrufbar unter: <http://asiasociety.org/policy/center-us-china-relations/american-open-door>.

Sich für chinesische Investitionen öffnen

Die EU sollte sich besonders bemühen, chinesische Privatunternehmen willkommen zu heißen, was auch die Position chinesischen Privatkapitals in China stärken würde. Die Europäer sollten in ihren Forderungen nach mehr Transparenz der Staatsunternehmen nicht nachlassen. Viele normale Chinesen verlangen Aufklärung darüber, wie staatliche Mittel in Staatsunternehmen verwendet werden. Europa muss die Standards für transparentes Corporate Governance hoch setzen und diese sollten sich beispielsweise an Richtlinien der OECD orientieren, um zu verhindern, dass die fehlende Transparenz auch Einzug in der EU hält. Wettbewerbspolitik könnte dabei ebenso eine Rolle spielen.

Auf gleiche Behandlung und eine „zweite Öffnung“ der chinesischen Wirtschaft drängen

Europa sollte eine „zweite Öffnung“ der chinesischen Wirtschaft anregen, die mit Chinas eigenem Ziel der Stärkung der Binnenkaufkraft und des Wachstums sowie der Reduzierung wirtschaftlicher Ungleichgewichte auf globaler Ebene in Einklang steht. Unternehmenseigentum und Börsengänge (IPO), Rechte des geistigen Eigentums, Finanz- und Dienstleistungssektoren und das öffentliche Beschaffungswesen sind in diesem Zusammenhang für Europa sehr wichtige Bereiche. Im Gegenzug für einen besseren Schutz chinesischer Investitionen in Europa sollte die EU sich für einen besseren Marktzugang für europäische Firmen in China einsetzen und beides in einem Investitionsvertrag verankern.

China betreibt eine post-Deng Außenpolitik

Die außenpolitische Strategie von Deng bestand in der Vertagung schwieriger Entscheidungen. Als er im Hinblick auf die maritimen Auseinandersetzungen mit Japan davon sprach, dass es in Ordnung sei, „solch eine Angelegenheit zurückzustellen“, hoffte er auch darauf, dass die „nächste Generation über größere Weisheit“ verfügen würde. 30 Jahre Wirtschaftswachstum und 20 Jahre zweistelligen Wachstums des Verteidigungshaushaltes haben den Spieleinsatz in der Fischerei, bei Seeschiffahrtsstraßen, Energieressourcen und Verteidigungslinien erhöht und die Vermeidung territorialer Streitigkeiten erschwert. Bedenkt man hier noch den übersteigerten Nationalismus, der durch eine patriotische Erziehung geschürt wurde, so wird die nächste Führungsgeneration mit Chinas Aufstieg noch mehr als ihre Vorgänger in seiner Nachbarschaft und darüber hinaus zu kämpfen haben. In seinem Beitrag für diesen Sammelband hat Wang Jisi darauf hingewiesen, dass Chinas Macht nicht sein „externes Umfeld“ verbessert hat.

Auf einem Treffen der ASEAN-Staaten im Juli 2010 hat der chinesische Außenminister gegenüber seinen Amtskollegen erklärt, dass „China ein großes Land ist“. Seitdem hat sich China daran gemacht, diese Aussage sowohl im Südchinesischen als auch im Ostchinesischen Meer unter Beweis zu stellen. Doch dieses neue Selbstvertrauen wird neben Chinas traditionell zurückhaltendem Ansatz bestehen bleiben. In China gibt es immer noch liberale Internationalisten wie Wang Yishou, der in seinem hier abgedruckten Beitrag davon spricht, dass „wenn China seine Rolle und sein Bild als bedeutende Weltmacht weiterhin wahrnehmen möchte, es seinen internationalen Verpflichtungen nachkommen muss.“ Chinas Flitterwochen in den internationalen Beziehungen sind vorbei und es sieht sich nun den Pflichten ausgesetzt, die mit der Rolle als Großmacht einhergehen. Je stärker China beispielsweise seine Präsenz in ressourcenreichen Staaten ausbaut und die Zahl im Ausland arbeitender Chinesen ansteigt, umso häufiger wird es von Kidnappings und Evakuierungen betroffen sein. Seine Außenpolitik wird gleichermaßen von Ereignissen wie von großen strategischen Überlegungen geprägt sein. Europa sollte daher:

Eine globale Chinapolitik entwickeln

Die EU braucht eine globale Chinapolitik, die auf dem Konzept des wechselseitigen Engagements basiert und zum Ziel hat, China konstruktiv in internationale Angelegenheiten einzubinden – oder, um es etwas defensiver zu formulieren, die internationale Ordnung „chinasicher“ zu gestalten. Als Unterzeichner des internationalen Seerechts sollte die EU auf die rechtliche und multilaterale Perspektive der territorialen Auseinandersetzungen, in die China verwickelt ist, hinweisen. Die EU hat ein klares Interesse an offenen Seewegen sowie an der friedlichen, rechtlich verankerten Beilegung dieser Konflikte.

Kooperation mit China im Bereich Risikomanagement

Wenn zivile Konflikte außer Kontrolle geraten, sind chinesische Bürger zunehmend Risiken ausgesetzt. China könnte überzeugt werden, multilaterale Interventionen zu unterstützen, wenn seine eigenen Interessen berührt sind (in Syrien arbeiten kaum Chinesen). Dadurch wird China nicht unbedingt zum „verantwortlichen Anteilseigner“, doch die große Rettungsoperation in Libyen hat gezeigt, wie China unbewusst seine eigene Version der „Schutzverantwortlichkeits-Doktrin“ begründet hat, zumindest was seine eigenen im Ausland lebenden Bürger und Arbeiter anging. Die EU sollte mit China nicht auf Grundlage großer und abstrakter Prinzipien von Good Governance zusammenarbeiten, sondern sich konkrete Fälle vornehmen, bei denen chinesische und westliche Interessen übereinstimmen. Dies könnte im Gegenzug auch zu einer schrittweisen Veränderung von Chinas langfristigen Kalkulationen führen.

Schlussbemerkung

Die chinesische Frage stellt sich für Europa in vielen Facetten, sie reicht von Afrika, zur Proliferation und zu internationaler Regierungsführung. Zur Verbesserung seiner Verhandlungskapazität sollte Europa nicht nur ein besseres Verständnis entwickeln, sondern geschlossen auftreten und handeln. Die Europäer sollten die Kompetenzen der EU in den Bereichen unterstützen, in denen sie schon existieren, zum Beispiel im Bereich Handel, Investitionen und Umwelt. Und sie sollten Kompetenzen verstärken und Ziele besser definieren in Bereichen, in denen sie jüngst aufgetreten ist – zum Beispiel in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Nationale Abkürzungen sind sehr verlockend, doch werden sie Europas Position schwächen und bei China niemals die Art von Anerkennung hervorrufen, die ein Kontinent mit 500 Millionen Bürgern erzielen könnte. Europa verfügt über mehr Macht als es sich zugesteht, aber nur, wenn diese wirksam eingesetzt wird. Ein „Mehr an Europa“ ist der Schlüssel, um einen kohäsiveren Ansatz zu entwickeln, genauso wie hier auch die Lösung für die Eurokrise liegt. Das Gelingen von China 3.0 bleibt der größte strategische politische Lackmustest für die EU.

Über die Autoren

Michael Anti (Jahrgang 1975) ist Journalist, Aktivist und Blogger. Er arbeitet seit 2001 als Kolumnist, Korrespondent, Kommentator, Reporter und Forscher für die *Huaxia Times*, den *21st Century World Herald* und die *Southern Metropolis Daily*.

Cui Zhiyuan (Jahrgang 1963) ist Professor für Politik und öffentliche Verwaltung an der Tsinghua-Universität in Peking. Er hat zunächst Politikwissenschaft an der Hunan-Universität und an der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften (CASS) in Peking studiert und ist 1987 an die Universität von Chicago gewechselt. Im Jahr 2004 ist er nach China zurückgekehrt.

François Godement ist Senior Policy Fellow und Leiter des Asienprogramms am European Council on Foreign Relations. Er arbeitet zudem als Berater des Planungsstabes des französischen Außenministeriums und war beratend für die OECD und die EU tätig. Zu seinen ECFR-Publikationen zählen: *A Power Audit of EU-China Relations* (zusammen mit John Fox, 2009), *A Global China Policy* (2010), *The Scramble for Europe* (mit Jonas Parello-Plesner und Alice Richard, 2011) sowie *China at the Crossroads* (2012).

Hu Shuli (Jahrgang 1953) ist Herausgeberin des Wirtschafts- und Finanzmagazins *Caixin*. Sie hat 1982 an der Renmin-Universität in China ihren Bachelor in Journalismus gemacht. 1998 hat sie das Magazin *Caijing* gegründet. Nachdem sie das Magazin 2009 verlassen hatte, hat sie *Caixin* entwickelt. Im Jahr 2011 wurde sie von *Time* zu einer der „hundert einflussreichsten Personen in der Welt“ gekürt.

Mark Leonard ist Mitbegründer und Direktor des European Council on Foreign Relations. Er ist Autor der Bücher *Why Europe will run the 21st century* (2005) und *What does China think?* (2008). Zu seinen ECFR-Publikationen zählen: *The Spectre of a Multipolar Europe* (mit Ivan Krastev et.al., 2010), *Four Scenarios for the Re-*

invention of Europe (2011) und *A Europe of Incentives: How to regain the trust of citizens and the markets* (mit Jan Zielonka, 2012).

Justin Yifu Lin (Jahrgang 1952) war von 2008 bis 2012 Chefökonom und Vizepräsident der Weltbank. Er stammt ursprünglich aus Taiwan, flüchtete aber auf chinesisches Festland und wurde zum ersten Chinesen, der von der Universität von Chicago einen PhD in Wirtschaftswissenschaften erhielt. Er ist Autor von *Demystifying the Chinese Economy* (Cambridge: Cambridge University Press, 2012).

Sun Liping (Jahrgang 1955) ist Professor für Soziologie an der Tsinghua-Universität. Vor seinem Wechsel an die Tsinghua-Universität hat er fast 20 Jahre am Institut für Soziologie der Universität Peking gelehrt, wo er Xi Jinpings Doktorvater war.

Ma Jun (Jahrgang 1969) ist Direktor des Zentrums für chinesische öffentliche Verwaltungsforschung am Institut für Regierungslehre der Sun-Yat-sen Universität in Guangzhou. Er ist Gründungsmitglied der chinesisch-amerikanischen Vereinigung für Public Affairs.

Pan Wei (Jahrgang 1960) ist Professor am Institut für Internationale Studien und Direktor des Zentrums für China- und Weltangelegenheiten an der Universität von Peking.

Jonas Parello-Plesner war bis 2012 Senior Policy Fellow am European Council on Foreign Relations. Zu seinen ECFR-Publikationen zählen: *The Scramble for Europe* (zusammen mit François Godement und Alice Richard, 2011), *China's Janus-faced response to the Arab revolutions* (zusammen mit Raffaello Pantucci, 2011) sowie *China and Germany: Why the emerging special relationship matters for Europe* (zusammen mit Hans Kundnani, 2012).

Wang Jisi (Jahrgang 1948) ist Dekan des Instituts für Internationale Studien an der Universität Peking. Zuvor hat er in Oxford, Berkeley, Michigan und am Claremont McKenna College in Kalifornien (2001) gelehrt. Er war bis 2005 Direktor des Instituts für amerikanische Studien an der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften (CASS) und von 2001 bis 2009 Direktor des chinesischen Instituts

für Internationale Studien an der Zentralen Parteihochschule der Kommunistischen Partei Chinas.

Wang Hui (Jahrgang 1959) ist Forschungsprofessor an der Tsinghua-Universität. Wegen seiner Beteiligung an den Protesten auf dem Platz des Himmlischen Friedens im Jahr 1989 wurde gegen ihn ermittelt und er wurde für ein Jahr zur „Umerziehung“ nach Shangluo, Shaanxi geschickt. Nachdem er einige Zeit in den USA verbracht hatte, kehrte er Mitte der 1990er Jahre wieder nach China zurück. Zusammen mit Huang Ping war er von 1996 bis 2007 geschäftsführender Herausgeber des Magazins *Dushu*.

Wang Shaoguang (Jahrgang 1954) ist Professor und Lehrstuhlinhaber an der Fakultät für Regierung und Öffentliche Verwaltung der chinesischen Universität in Hong Kong. Nach seiner Zeit bei den Roten Garden studierte er an der Universität Peking Jura und war Kommilitone des zukünftigen Premierministers Li Keqiang. 1990 erhielt er von der Cornell Universität mit einer revisionistischen Arbeit über die Kulturrevolution einen PhD und lehrte von 1990 bis 2000 an der Yale Universität, bevor er nach Hong Kong zog.

Wang Yizhou (Jahrgang 1957) ist Professor und stellvertretender Dekan am Institut für Internationale Studien der Universität Peking. Er hat seinen PhD an der Graduate School der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften (CASS) gemacht und war zudem stellvertretender Direktor des Instituts für Weltwirtschaft und Politik an der CASS. Er war auch Chefredakteur von *World Economics and Politics*.

Xiao Bin (Jahrgang 1961) ist Professor am Institut für Regierungslehre der Sun-Yat-sen-Universität in Guangzhou. Xiao stammt aus Tibet und wuchs in der rückständigen Region Sichuan auf. Er machte an der Sun Yat-sen-Universität seinen Master und seinen PhD in Philosophie und wurde zum geistigen Urheber des „Guangdong-Modells“.

Yan Xuetong (Jahrgang 1952) ist Präsident des Carnegie-Tsinghua Verwaltungsrates und Dekan des Instituts für moderne Internationale Beziehungen an der Tsinghua-Universität. 1992 erhielt er von der

Universität von Kalifornien, Berkeley, seinen PhD. Er ist Autor von *Ancient Chinese Thought, Modern Chinese Power* (Princeton: Princeton University Press, 2011).

Yang Chan (Jahrgang 1987) hat einen Bachelor in Management von der Fudan Universität und einen Master in Internationaler Wirtschaftspolitik von der Science Po in Paris. Sie hat Erfahrungen in den Bereichen Medien, internationale Bildung und Think Tanks. Ihr Forschungsgebiet sind die internationale Wirtschaftsgeschichte und Mechanismen der globalen Kooperation. Für die englische Originalfassung hat sie einige Beiträge dieses Sammelbandes übersetzt.

Yu Yongding (Jahrgang 1948) war Präsident der chinesischen Gesellschaft der Weltwirtschaft und Direktor des Instituts für Weltwirtschaft und Politik an der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften. Er war Mitglied des Geldpolitischen Ausschusses der Chinesischen Volksbank sowie Mitglied des Nationalen Beraterausschusses für Chinas 11. Fünfjahresplan. Er besitzt einen PhD in Makroökonomie und Internationalen Finanzen der Oxford-Universität.



EUROPEAN
COUNCIL
ON FOREIGN
RELATIONS
ecfr.eu

China tauscht nicht nur seine Führungsschicht aus, sondern tritt auch in die nächste Stufe seiner Entwicklung ein. Diese einzigartige Sammlung von Essays – geschrieben von Chinas prominentesten Gelehrten – ermöglicht einen unübertroffenen Einblick in die großen Debatten, die über die Zukunft des chinesischen Wachstumsmodells, des politischen Systems und der Außenpolitik geführt werden. Sie legen nahe, dass sich China am Rande eines Wandels befindet, der so bedeutend ist wie Mao Zedongs Kommunistische Revolution (China 1.0) und Deng Xiaopings Marktrevolution (China 2.0). Wir nennen das China 3.0.

„Da China das dritte Stadium in seiner Geschichte betreten hat, erkundet es nun einen neuen Pfad – den chinesischen Sozialismus 3.0.“

Wang Shaoguang

„Wenn China jetzt nicht mit der Restrukturierung beginnt, wird es später einen umso höheren Preis zahlen müssen.“

Yu Yongding

„China hat einen langen Weg von der Logik der Räuberei zur Logik des Marktes vor sich. Chinas Wirtschaft beruht weiterhin eher auf Privilegien als auf Rechten.“

Zhang Weiyang

„Damit China auch weiterhin erfolgreich ist, müssen wir Reformen vorantreiben, egal wie schwierig diese sind.“

Hu Shuli

„Somit muss die chinesische Regierung selbst ohne Wahlen den Menschen gegenüber Rechenschaft ablegen, was Chinas politisches System transformieren wird.“

Ma Jun

„Lokale Gemeinschaften, die in China Tausende von Jahren Bestand hatten, sind schrittweise zerstört worden, zunächst

durch den Maoismus, und schließlich durch den Markt.“

Pan Wei und Shang Ying

„Die chinesische Herangehensweise an das Internet lautet schlicht: ‚blocken und nachahmen‘.“

Michael Anti

„Ohne ein formelles Bündnis mit Russland wird China aus einer unipolaren Welt keine bipolare Welt machen können.“

Yan Xuetong

„Viele fragen sich, wie China mächtiger und doch weniger sicher sein kann. Die zwei geläufigsten Antworten lauten, dass die Verteidigungsausgaben zu niedrig sind und dass die Politik gegenüber Nachbarstaaten und den USA zu schwach ist.“

Wang Jisi

„Europa sollte eine „zweite Öffnung“ der chinesischen Wirtschaft anregen, die mit Chinas eigenem Ziel der Stärkung der Binnenkaufkraft und des Wachstums in Einklang steht.“

**François Godement und
Jonas Parello-Plesner**

FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG



FUNDAÇÃO
CALOUSTE
GULBENKIAN

Robert Bosch Stiftung

STIFTUNG
MERCATOR

ECFR/129
ISBN: 978-1-910118-29-0

Design David Carroll & Co